NZZ Nr. 45 APRIL 2023

NZZ GESCHICHTE

China und der Westen

Ein Ringen um Macht



NZZ GESCHICHTE China April 2023 45

Liebe Leserin, lieber Leser

Mitten im Zweiten Opiumkrieg (1856–1860), mit dem Grossbritannien China zur wirtschaftlichen Öffnung zwang, veröffentlichte der chinesische Gelehrte Feng Guifen eine Sammlung von Aufsätzen mit politischer Sprengkraft. Er argumentierte, dass die Überlegenheit des Westens nicht nur auf Dampfschiffen, Schusswaffen und militärischer Ausbildung beruhe, sondern auch auf effizienten Institutionen, auf Bildung und Wissenschaft. Das war ein Tabubruch: Immerhin war China eine der ältesten Zivilisationen der Welt. Erziehung und Staatskunst hatten im Reich der Mitte einen hohen Stellenwert.

«Die Prinzipien der Regierung leiten sich aus dem Lernen ab», schrieb Feng in einem seiner Aufsätze, und seiner bescheidenen Meinung nach müsse das zum gegenwärtigen Zeitpunkt heissen: Lerne von verschiedenen Nationen. «Was gibt es Besseres, als die chinesischen ethischen Prinzipien der menschlichen Beziehungen und der konfuzianischen Lehren als Grundlage zu nehmen und sie mit den Techniken des Reichtums und der Macht der verschiedenen Nationen zu ergänzen?» Das hiess nichts anderes, als dass China, das zum Spielball westlicher Grossmächte geworden war, von seinen Feinden lernen sollte.

Die Idee der «Selbststärkung» ermöglichte ab den 1860er Jahren bedeutende Reformen im Kaiserreich. Es war, wie die Autorin unserer Titelgeschichte zeigt, nicht das letzte Mal, dass sich China in Auseinandersetzung mit dem Westen neu erfunden hat.

Lea Haller, Redaktionsleiterin

Cover-Illustration: Jörn Kaspuhl

INHALT



Vorbereitungen für das Massaker an protestantischen Hugenotten in Frankreich vom 23. auf den 24. August 1572 (Bartholomäusnacht), gemalt vom lettischen Maler Kārlis Hūns 1868.

Woher kommt all die Gewalt? Das fragte sich der französische Essayist Michel de Montaigne zur Zeit der Religionskriege im 16. Jahrhundert.

→ Seite 72

Bild: Kārlis Hūns: «Eve of St. Bartholomew's Night», 1868. Watercolour on paper. Collection of the Latvian National Museum of Art. Inv. No. VMM Z-3874. Photo: Normunds Brasliņš

INHALT

BOXERAUFSTAND

Im 19. Jahrhundert haben in China ausländische Mächte das Sagen. Das Land ist ein Eldorado für westliche Händler und Abenteurer. Als sich die chinesische Landbevölkerung auflehnt, paktieren die imperialen Staaten erstmals militärisch und schlagen die Revolte mit brutaler Gewalt nieder. Eine Demütigung für China – bis heute.

Text Brigitte Studer **Illustration** Ricardo Santos


Boxer
THE FALL OF THE PEKIN CASTLE THE HOSTILE
HA-TA-MEN STREET.
HOUSES
HONG KONG BANK.
STREET
LATEST CHINESE BASTION
CITY WALL.
WATER GATE
(MOAT - DRY)
(CHINESE - CITY)

Die Unruhen begannen im Norden des chinesischen Kaiserreichs, mit Überfällen auf christliche Missionen und Kirchen, mit Angriffen auf chinesische Landsleute, die zum Christentum konvertiert waren, und mit der Zerstörung von Eisenbahnstrecken und Telegrafenlinien. Im Sommer 1900 schickten nicht weniger als acht Staaten – Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, die USA, Japan, Italien, Russland und Österreich-Ungarn – Truppen in die Unruhegebiete, um den Aufstand der Chinesen niederzuschlagen. So wurde aus einer regionalen Bauernrevolte Weltgeschichte, ein Krieg zwischen Ost und West, zwischen Moderne und Tradition, zwischen Souveränität und fremder Dominanz.

Auf der einen Seite standen die imperialen Staaten. Seit dem 17. Jahrhundert hatten Europas Kolonialmächte, vor allem Grossbritannien, in China aggressiv ihre Handelsinteressen durchgesetzt. 1842 hatten sie den Ersten Opiumkrieg gewonnen, der 1839 entbrannt war, nachdem kaiserliche Beamte das Opium britischer Händler beschlagnahmt hatten. Nach dem Krieg erzwangen die ausländischen Staaten Konzessionen in der Hafenstadt Schanghai, das heisst Pachtgebiete, in denen sie weitgehende Souveränitätsrechte erhielten. Nach dem Zweiten Opiumkrieg (1856–1860) sicherten sie sich weitere wirtschaftliche Zugeständnisse und sogar das Recht, legal Opium zu importieren. Grossbritannien, Frankreich, Russland und die USA eröffneten zudem Botschaften in der bis dahin geschlossenen Stadt Peking. 1895, als China in einem erneuten Krieg unterlag, diesmal gegen das expandierende Japan, wurde das geschwächte Land in Einflusssphären geteilt, in denen die Europäer, die Amerikaner und die Japaner Handels- und Militärstützpunkte unterhielten und über Bergbau- und Eisenbahnrechte verfügten. China entwickelte sich zum Eldorado für westliche Investoren, Geschäftsleute und Abenteurer.

Auf der anderen Seite standen die Boxer. Diesen Namen hatten die chinesischen Aufständischen von den Ausländern bekommen, da sie auf öffentlichen Plätzen traditionelle Kampfkünste übten. Hervorgegangen aus einer bäuerlichen Geheimgesellschaft in den Provinzen Shandong und Zhili, führten sie religiöse Rituale durch, die sie in Trance fallen liessen und angeblich unverwundbar gegen alle fremden Waffen machten. Zusammengesetzt aus jungen Bauern und Landarbeitern, erkennbar an roten Turbanen und Schärpen, waren die Boxer in Dorfgruppen organisiert, ohne zentrale Führung.

Parallel zur Männer- gab es eine Frauenorganisation, die Roten Laternen. Auch die rot gekleideten jungen Frauen und Mädchen sollen über magische Kräfte verfügt haben. Ob sie selbst gekämpft haben, ist wegen der mangelhaften Quellenlage unbekannt, doch sie exerzierten und marschierten mit gezückten Säbeln durch die Dörfer. Legenden umranken die Roten Laternen; so konnten sie offenbar ihre Säbel in die Luft werfen, um Feinde aus der Distanz zu köpfen. Wenn sie reglos blieben, erhoben sich ihre Seelen und stürzten sich ins Gefecht. Sie konnten fliegen und dabei mit ihren Fächern Feuer entfachen. Ausserdem schrieb man ihnen ausserordentliche Heilkräfte zu – durch Händeklatschen konnten sie verletzte Kämpfer retten.

Die Boxer lehnten sich gegen ihre prekäre wirtschaftliche Existenz auf, gegen Hunger und Arbeitslosigkeit, verursacht durch Überschwemmungen und eine verheerende Dürre in jener Zeit, aber auch durch die technologischen Neuerungen und billigen Waren, die die westlichen Mächte ins Land brachten. Die Konkurrenz entzog vielen die Lebensgrundlage. Die Boxer sahen die Verantwortlichen ihres Unglücks vor allem in den katholischen und protestantischen Missionaren und Missionarinnen, für sie das imperialistische Symbol schlechthin. Seit 1860 durften sich die Missionare im Landesinnern etablieren. Sie hatten Sonderrechte, von denen auch die Konvertiten profitierten, die den Konfuzianismus und traditionelle chinesische Glau-

---

Die Serie

Bisher erschienen:

• Russische Revolution

Nächste Folge: Erklärung der Menschenrechte

---

bensformen aufgegeben hatten. Das verstärkte die Auflösung der hergebrachten gesellschaftlichen Ordnung in den Dörfern, und es schuf unter den nichtchristlichen Chinesinnen und Chinesen viel Verdruss.

Obschon die Revolte der Boxer eine religiöse Basis hatte und tief in der Volkskultur wurzelte, waren ihre Ziele politisch. Sie richtete sich gegen die Fremden und die ihnen gewährten Konzessionen, anfänglich auch gegen das Kaiserhaus der mandschurischen Qing-Dynastie, das China regierte. Das änderte sich, als die Kaiserinwitwe Cixi im Aufstand die Möglichkeit sah, die Kolonisatoren loszuwerden, und sich auf die Seite der Boxer stellte. Die Kämpfer genossen unter der Landbevölkerung und auch bei der chinesischen Beamtenschaft breite Sympathie.

Im April/Mai 1900 eskalierte der Konflikt, als die Aufständischen mehrere Eisenbahningenieure töteten und sich der Hauptstadt Peking mit ihrem Gesandtschaftsviertel näherten. Die ausländischen Mächte, um ihre Besitzungen und die Sicherheit ihrer Bürger fürchtend, konzentrierten zwei Dutzend Kriegsschiffe an der Küste. Die vor Ort stationierten ausländischen Truppen erhielten Unterstützung durch ein internationales Entsatzheer. Etwa 100 000 alliierte Soldaten kamen zusammen, Artilleristen, Kavalleristen, Infanteristen, Marinesoldaten und so weiter. Aus dem Boxeraufstand war der Boxerkrieg geworden. Die Grossmächte wollten ihre Interessen in China verteidigen, und keine wollte den Platz einer anderen überlassen. Das zwang die imperialistischen Staaten erstmals zu einer internationalen, koordinierten Militäraktion; sie mussten sich über die Kampfführung verständigen, danach auch über den Wiederaufbau.

Es standen jedoch nicht einfach Europäer Chinesen gegenüber oder Kolonialländer den Aufständischen und dem kaiserlichen Heer: Die ausländischen Truppen waren multiethnisch. Auf französischer Seite kämpften auch Vietnamesen, Algerier und Schwarzafrikaner, auf amerikanischer Afroamerikaner, auf britischer bengalische Reiter, Sikhs aus Punjab, Australier und Chinesen, auf russischer Kosaken und Tataren. Mehrheitlich kämpften Asiaten gegen Asiaten.

Bis Ende August eroberte die internationale Allianz das von den Boxern besetzte Tianjin und das belagerte Peking zurück. Beide Städte wurden sofort von allen beteiligten Heeren geplündert. In Peking explodierte zugleich die Gewalt. Die Soldaten brandschatzten, zerstörten, mordeten und vergewaltigten, die chinesische Bevölkerung wurde terrorisiert. Wer konnte, floh aus der Stadt. Hunderte Frauen und junge Mädchen, manchmal ganze Familien, wählten aus Angst oder vor Scham lieber den Tod. Der französische Kommandeur, von einem britischen Journalisten deswegen zur Rede gestellt, antwortete angeblich salopp: «Es ist unmöglich, die Galanterie des französischen Soldaten zu unterdrücken.»

Die Zerstörung machte vor nichts halt. So sprengte ein britischer Offizier in einem Akt des Vandalismus, der in der Welt einen Aufschrei provozierte, die über tausend Jahre alte, aus Porzellan erbaute Weisse Pagode. Auch die Missionare und die Diplomaten und Damen der Botschaften bedienten sich. Die kostbaren Jadestatuetten, Elfenbeinlöffel, Seidenstoffe und Instrumente des kaiserlichen Observatoriums landeten in westlichen Museen und Privathäusern oder wurden noch vor Ort versteigert.

Die Niederschlagung des Boxeraufstands wurde als «Zivilisierungsmission» verstanden. Sie endete in extremer Gewalt. Besonders brutal verlief die «Pazifizierung» jener ländlichen Gebiete, die unter deutschem Kommando standen. Das Expeditionskorps war von Kaiser Wilhelm II. mit den Worten verabschiedet worden: «Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Dass es niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen scheel anzusehen.» Gefordert war Vergeltung für den Tod des deutschen Gesandten Clemens von Ketteler, der in Peking ermordet worden war.

Protest gegen die «Hunnenrede» des deutschen Kaisers kam fast nur von der Sozialdemokratie. Der Westen sah im Rest der Welt Barbaren. So bezweckte das Völkerrecht des 19. Jahrhunderts die Einführung von Regeln zwischen souveränen Staaten, bezog sich aber explizit nur auf die «zivilisierte» Welt. Noch im Jahr 1914 unterstrich das *British Manual of Military Law,* dass

die Normen des internationalen Rechts nur für Kriege zwischen zivilisierten Nationen galten, nicht für solche mit unzivilisierten Staaten und Stämmen. Die angebliche Zivilisierung der indigenen Bevölkerung legitimierte denn auch den kolonialen Wettlauf um Territorien und Ressourcen. Privates Unternehmertum, Imperialismus und Gewalt waren dabei eng verschränkt. Als etwa die niederländische Ostindien-Kompanie im frühen 17. Jahrhundert beschloss, den Muskatnusshandel zu monopolisieren – ein Gewürz, das damals nur in Indonesien wuchs –, massakrierte sie die Bevölkerung der Banda-Inseln, um den Anbau und den Export zu kontrollieren. Wie der Generalgouverneur der Ostindien-Kompanie meinte: «Nichts auf der Welt gibt einem mehr Rechte denn Macht.»

Ende des 19. Jahrhunderts war die Welt enger geworden, die westlichen Grossmächte hatten alles Interesse, sich untereinander zu einigen. So teilten sie an der Berliner Kongo-Konferenz von 1884/85 Afrika unter sich auf. Damals dominierte im Westen ein sozialdarwinistisches Menschenbild, wonach die Tüchtigen natürlicherweise die Welt beherrschen – das heisst die Weissen. Chinesen galten wie alle anderen Völker als minderwertig. Gleichzeitig war das westliche Verhältnis zu China sowohl von Furcht als auch von Sehnsucht geprägt. In China sah man nicht nur die «gelbe Gefahr», China repräsentierte auch den «Orient», eine idealisierte Welt voller Geheimnisse und Versprechen. «Diese Kaiserstadt, das war einer der letzten Zufluchtsorte des Unbekannten und Wunderbaren auf der Erde, einer der letzten Boulevards der sehr alten, für uns unvorstellbaren und fast ein wenig märchenhaften Menschengeschlechter», meinte der französische Marineoffizier und Reiseschriftsteller Pierre Loti wehmütig im zerstörten Peking nach dem Festbankett der Siegermächte.

Die demütigenden Friedensbedingungen, die China aufgezwungen wurden, gaben der Reformbewegung im Süden des Landes Auftrieb. China wollte von den Kolonialmächten lernen, damit es sich von ihnen befreien konnte. Ziel war die Modernisierung des Landes – auch wenn die Boxer genau sie bekämpft hatten. 1911 führte die Reformbewegung zum Sturz der Qing-Dynastie, zum Ende des Kaisertums und zur Ausrufung einer Republik im Jahr darauf. Auch wenn die junge Sowjetunion die nationalistischen und antiimperialistischen Kräfte in China bald militärisch stärkte, sollte es noch Jahre dauern, bis das Land seine Souveränität zurückerhielt. Zuvor erlebte es einen blutigen Bürgerkrieg und eine grausame japanische Besatzung in der Zeit der Republik, die bis 1949 währte.

Für China ist der Boxerkrieg bis heute ein Stigma, er steht für eine Demütigung durch den Westen. Die Boxer ihrerseits sind nach der Machteroberung durch die Kommunistische Partei im Jahr 1949 zum Symbol des Widerstands gegen fremde Aggressoren und korrumpierte Eliten geworden. Und die Allianz der ausländischen Mächte? Sie verhinderte nicht, dass die gleichen Länder 1914 im Ersten Weltkrieg gegeneinander antraten. Ihre Kooperation im Boxerkrieg kündete gleichwohl eine neue Ära multilateraler Zusammenarbeit an, etwa beim Grenzschutz oder als Verteidigungsbündnis. |G|

Weiterführende Literatur

Paul Cohen: History in Three Keys. The Boxers as Event, Experience, and Myth. New York 1997.

Amitav Ghosh: The Nutmeg's Curse. Parables for a Planet. London 2021.

Gail Hershatter: Women and China's Revolutions. Lanham 2018.

Susanne Kuss: Deutsches Militär auf kolonialen Kriegsschauplätzen. Berlin 2010.

Diana Preston: Rebellion in Peking. Stuttgart 2001.

Edward Said: Orientalismus. Frankfurt am Main 2009.

Pierre Singaravélou: Tianjin cosmopolis. Une autre histoire de la mondialisation. Paris 2017.



Brigitte Studer, Jahrgang 1955, ist emeritierte Professorin für Schweizer und Neueste Allgemeine Geschichte der Universität Bern. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Geschlechtergeschichte, die Geschichte des Sozialstaats, die Geschichte von Nationalität und Bürgerrechten sowie die Geschichte des internationalen Kommunismus.

Illustration: Agata Marszalek

Landesmuseum Zürich. SCHWEIZERISCHES NATIONALMUSEUM. MUSÉE NATIONAL SUISSE. MUSEO NAZIONALE SVIZZERO. MUSEUM NAZIUNAL SVIZZER.

Zum Geburtstag viel Recht

175 Jahre Bundesverfassung

17.3.–16.7.23

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Département fédéral de l'intérieur DFI
Dipartimento federale dell'interno DFI

«Helden sind grosszügig, sie reichen die Hand zur Versöhnung»

Heute wird Erinnerung vielerorts nationalisiert: Wir waren die Opfer, Täter waren die anderen. Putin rechtfertige damit gar seinen Überfall auf die Ukraine, sagt die Historikerin Katja Makhotina.

Interview Lea Haller
Bild Bettina Flitner

Wir treffen uns in München, Katja Makhotina reist aus den Winterferien an und hat ihren Hund Grischa dabei. Hier hat sie doktoriert, sie kennt im Viertel jede Ecke. Aufgewachsen ist sie in St. Petersburg – bis 1992 Leningrad –, wo sie just zur Zeit der Wende eingeschult wurde und sich früh für Geschichte zu interessieren begann. Ihre Eltern und Grosseltern haben Samizdat-Bücher gelesen, dissidente Untergrundliteratur über den stalinistischen Terror und den Zweiten Weltkrieg. Bis heute ist der Schriftsteller und Journalist Wassili Grossman eine wichtige Referenz für sie: Mit seinem Kollegen Ilja Ehrenburg hatte er noch während des Kriegs eine umfangreiche Dokumentensammlung zum Genozid an den sowjetischen Juden erstellt, das *Schwarzbuch*, das nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gedruckt werden durfte. «Die jüdischen Ghettos und die Massengewalt in Osteuropa, das wurde mein Thema», sagt Makhotina. Seit über zwanzig Jahren lebt sie nun in Deutschland. Im Frühling 2022 erschien bei WBG Theiss ihr gemeinsam mit der Historikerin Franziska Davies verfasstes Buch *Offene Wunden Osteuropas*.

NZZ Geschichte: **Bei der Leningrader Blockade zwischen September 1941 und Januar 1944 starben über eine Million Zivilisten. War die Erinnerung an die Belagerung in Ihrer Kindheit in St. Petersburg noch lebendig?**
Katja Makhotina: Ja, sie hatte einen hohen Stellenwert. Immer am 9. Mai, in Russland der Tag des



«Der Nationalismus wird der Realität, in der wir leben, nicht gerecht.» Katja Makhotina an der Universität Bonn, Februar 2023.

Sieges über die Wehrmacht, fuhr man zum Piskarjowskoje-Gedenkfriedhof, wo viele zivile Opfer der Belagerung begraben sind. Die Geschichten hungernder und sterbender Menschen wurden uns von den Überlebenden in allen Details erzählt. Heute frage ich mich, ob das wirklich passend war für kleine Kinder. Aber die Erzählungen hatten natürlich einen Zweck, sie nahmen uns in die Pflicht. Sie sagten uns: Eure Vorfahren haben die Stadt damals heldenhaft verteidigt, und ihr müsst gute Erben dieser Geschichte sein.

Das ist ein heroischer Blick auf die Geschichte. Man könnte sie auch anders erzählen: als Opfergeschichte.
Zu Beginn meiner akademischen Sozialisation habe ich auch so gedacht, ich habe mich von der heroischen Geschichtserzählung distanziert. Heute sehe ich es etwas anders. Wir sind in Westdeutschland stark von der Vorstellung geprägt, dass die heroische Geschichte Teil einer falschen, unaufrichtigen Erinnerungskultur ist. Wir gehen davon aus, dass Menschen grundsätzlich nicht als Helden denken und sprechen, sondern sich vor allem als Opfer der Geschichte sehen. Die Erinnerungstheorie sagt: Wir anerkennen, dass etwas Schreckliches passiert ist, das bei den Opfern ein Trauma ausgelöst hat, und nun integrieren wir dieses Trauma in unser kollektives Gedächtnis. Der Historiker Reinhart Koselleck sprach von einem «negativen Gedächtnis», das sich die Täternation Deutschland auferlegt habe.

Der Wille zu einer solchen Aufarbeitung ist aber selbst relativ jung.
Es kommt nicht von ungefähr, dass die Erinnerungsforschung zur Zeit der Wende aufkam: Der Kommunismus war passé, er war ein gescheitertes Projekt, nun kam die postheroische Erinnerungstheorie. Sie verhindert allerdings, dass wir verstehen, wieso Menschen über sich selbst als Helden sprechen wollen. Warum sie versuchen, mit einem Trauma fertigzuwerden, indem sie sich selbst heroisieren und um ihre Toten einen Totenkult veranstalten: gestorben für das Vaterland, gestorben für eine grosse Idee, gestorben im Widerstand. Wieso sie sich nicht als Objekt fataler Ereignisse betrachten wollen, sondern als aktives Subjekt der Geschichte.

Die Hinwendung zu den Opfern war aber ein Fortschritt. Lange Zeit hat man sich nur für die Täter interessiert, wenn überhaupt.
Es war eine kleine Gruppe von Männern, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den Fokus geriet: die Nazi-Spitze. Den Opfern hat man nicht zugehört. Das war zunächst den Umständen geschuldet: Empathie kann man erst entwickeln, wenn man einigermassen gut leben kann und sich selbst nicht mehr als Opfer von Vertreibung und Wirtschaftsnot sieht. Als das eigene Leben dann besser wurde, fehlte schlicht die Bereitschaft, sich um die Opfer und ihre Angehörigen zu kümmern. Erst seit den 1980er Jahren wenden wir uns ihnen zu und integrieren ihr Leid in unser eigenes kulturelles Selbstverständnis.

Gleichzeitig blendeten wir, wie Sie sagen, die Helden aus. Was verlieren wir damit?
Die heroische Erinnerung funktioniert so: Alles ergibt einen Sinn. Ich war im Lager, ich habe dort gelitten, aber ich habe es überlebt und bin ein Mensch geblieben. Ich habe meine Würde behalten. Ich bin sogar zu einem moralisch besseren

Menschen geworden. Verbreitet ist auch die Figur des Mentors: Ich hatte einen Mithäftling, der mir zeigte, wie man es machen muss, das hat mich gerettet. Selbstverständlich konnten nur ganz wenige auf diese Weise Zeugnis ablegen. Jene, die nur noch Haut und Knochen waren und die man in der KZ-Lagersprache «Muselmänner» nannte, starben innert kurzer Zeit, von ihnen gibt es keine heroischen Erzählungen. Es sind die Überlebenden, die ihre eigene Geschichte so deuten, um nicht verrückt zu werden. Dazu gehört auch eine

«Die heutige postheroische Erinnerungstheorie verhindert, dass wir verstehen, wieso Menschen über sich selbst als Helden sprechen wollen.»

Orientierung in die Zukunft: Der Kampf geht weiter. Man baut die Stadt wieder auf. Helden fordern keine Entschädigung und keine Rache, sie sind grosszügig, sie reichen die Hand zur Versöhnung. Das ist zwischen Deutschland und der Sowjetunion nach der Wende passiert.

Davon kann heute keine Rede mehr sein.
Nein, aber bis in die 2000er Jahre war das im postsowjetischen Raum Konsens: Man sagte, die Deutschen waren doch eigentlich auch Opfer. Die Hitlers kommen und gehen, aber das deutsche Volk bleibt. Deutsche Wehrmachtsveteranen reisten nach Wolgograd, wie Stalingrad heute heisst, es gab gemeinsame Kranzniederlegungen, es gab Schüleraustauschprogramme. Noch 2010 fand auf dem Roten Platz in Moskau eine grosse Militärparade statt, zu der Vertreter aller Westalliierten eingeladen wurden. Angela Merkel war da, über zweihundert Vertreter der Streitkräfte der Nato-Mächte USA, Grossbritannien und Frankreich waren da. Man sagte: Wir haben zusammen über den grössten Feind überhaupt gesiegt, Hitler galt als das absolut Böse. Heute ist das vorbei, jetzt heisst es im Kreml: Wir haben am meisten gelitten, und mit «wir» sind die Russen gemeint. Der Westen ist nun das Feindbild.

Wie kam es dazu?
Im Westen war man zunehmend nicht mehr bereit, die Rote Armee als Befreierarmee anzusehen. Staatsvertreter aus Russland und Weissrussland wurden nicht mehr zu Erinnerungsfeierlichkeiten eingeladen. Selbst die Befreiung der Vernichtungslager auf polnischem Boden geriet zunehmend aus der medialen Öffentlichkeit – es hiess nun, die Rote Armee habe Auschwitz «erreicht», als hätte das Lager eher zufällig auf ihrem Weg gelegen. Im September 2019, anlässlich des achtzigsten Jahrestags des Beginns des Zweiten Weltkriegs, formulierte das Europäische Parlament eine «Entschliessung» zur Bedeutung des Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas. Darin steht, dass der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 Ausgangspunkt für den Zweiten Weltkrieg gewesen sei, was nichts anderes heisst, als dass die Sowjetunion die gleiche Schuld am Kriegsausbruch trägt wie Deutschland. Wir wissen, dass der Hitler-Stalin-Pakt eine wichtige, aber keine hinreichende Voraussetzung für den Überfall auf Polen war. Die Memokraten in Brüssel entschieden einfach, wie man die Geschichte erinnern soll. Sie taten das als Reaktion auf den russischen Revisionismus: Der Kreml verteidigte

den Hitler-Stalin-Pakt, statt ihn zu verurteilen, und gab Polen die Schuld am Kriegsausbruch. Dagegen wollte Brüssel ein Zeichen setzen.

Der Westen machte die Sowjetunion also zum Mittäter.
Und Putin antwortete darauf, indem er ein Opfernarrativ schuf. Er spricht nicht mehr von einem heldenhaften Kampf mit zahlreichen zivilen Toten, sondern sagt: Die Deutschen haben auf unserem Territorium einen Genozid an der sowjetischen Bevölkerung verübt. In Russland werden enorme Ressourcen mobilisiert, um diese Genozid-These zu popularisieren. Putin legitimiert damit seinen Angriff auf die Ukraine: Auch heute werde Russland wieder mit Vernichtungsabsicht bedroht, und man sei es den Opfern von damals schuldig, sich mit allen Mitteln dagegen zu wehren. Man führe einen existenziellen Verteidigungskrieg gegen den Westen.

Der Opferbegriff wird also politisch instrumentalisiert. Aber eine heroische Erinnerungskultur kann auch schnell propagandistische Züge annehmen.
Das ist richtig, und das war immer so: Propagandistische Erinnerung ist stets heroische Erinnerung. Der Sieg bei Stalingrad etwa wird von Putin mythologisch überhöht und gleichzeitig für Russland reklamiert. Dass die Amerikaner Lastwagen und Panzer geliefert haben, blendet er aus.

Er blendet auch aus, dass rund sechs Millionen Ukrainer in der Roten Armee gekämpft haben.
Das wird heute natürlich gemacht, dass man diese Kontingente beziffert. Aus historischer Sicht ist es allerdings problematisch. Wir projizieren damit unser Konzept vom Nationalstaat auf die damaligen Verhältnisse.

Es gab aber seit dem 19. Jahrhundert ein ukrainisches Nationalbewusstsein, 1917 eine Republiksgründung und 1918 einen unabhängigen Staat – bis die Bolschewiki 1919 Kiew einnahmen und die Rote Armee 1920 auch in der Westukraine einmarschierte.
Ich spreche der Ukraine auf keinen Fall ihr Existenzrecht als Nation ab. Aber wir können heute einfach nicht mit Sicherheit wissen, ob sich diese Soldaten damals als Ukrainer, Russen, Kaukasier, Juden oder Sowjetbürger fühlten. Wir leben in einer globalisierten, kosmopolitischen Welt. Aber wenn wir über Erinnerungskultur sprechen, nationalisieren wir Menschen und Ereignisse und werden damit anachronistisch.

> «Wir können heute nicht mit Sicherheit wissen, ob sich die Soldaten der Roten Armee als Ukrainer, Russen, Kaukasier oder Sowjetbürger fühlten.»

Es gehört offenbar zum «nation building», sich eine gemeinsame Geschichte zurechtzulegen. Das haben die westlichen Nationalstaaten auch gemacht.
Das «nation building» hat einiges anzubieten: die Abgrenzung gegen aussen, die homogene Erzählung, die affirmative Erfolgsgeschichte. Und das funktioniert, weil man den anderen immer mit-

konstruiert und sagt, was man alles nicht ist, zum Beispiel: Wir sind keine Juden, wir sind keine Polen, wir sind keine Russen. Aber Erinnerung lässt sich nicht nationalisieren. Jüdische Partisanen erzählen sich eine andere Geschichte als Kommunisten, Veteranen der Sowjetarmee eine andere als lokale politische Funktionäre. All das fällt aus dem homogenen nationalen Narrativ heraus. Dazu kommt, dass die Gesellschaften Ostmitteleuropas erst seit dem Zweiten Weltkrieg überhaupt mehr oder weniger homogen sind. Bis zur nationalsozialistischen Massenvernichtung der Juden und den stalinistischen Säuberungen und Deportationen waren es pluralistische, multiethnische Gemeinschaften. Wenn wir die Geschichte dieser Bevölkerungen heute nationalisieren, denken wir nicht an die Toten. Wir rechnen sie heraus, sie haben keine Stimme mehr.

Auch in der Sowjetunion wurde der Holocaust nach dem Krieg tabuisiert.
Als Schülerin wurde mir vermittelt, dass es 27 Millionen Opfer des Krieges gab. Da hat man nicht berechnet, wie viele davon Juden waren, die jüdische Identität der Opfer war in der Sowjetunion kein Thema. Aber auch im Westen hat man nach dem Krieg nicht über das jüdische Leid gesprochen. Bei der ersten Theateraufführung von Anne Franks Tagebüchern in den USA 1955 wurde alles Jüdische an ihr aus dem Text gestrichen. Und als die Kiewer Schauspielerin Dina Pronitschewa, die im September 1941 wie durch ein Wunder das Massaker von Babij Jar überlebt hatte, 1968 in Darmstadt in einem Schwurgerichtsprozess als Zeugin aussagte, machte sich kein einziger deutscher Journalist die Mühe, sie für ein Interview anzufragen.

Es waren die jüdischen Überlebenden und ihre Kinder, die um eine Erinnerung gekämpft haben. Das erste jüdische Ehrenmal wurde inmitten der Kriegstrümmer in Warschau errichtet und 1948 enthüllt. Es erinnert an den Aufstand im Warschauer Ghetto im April 1943.
Dieses Ehrenmal ist bezeichnend: Zentrale Figur der Skulpturengruppe ist Mordechai Anielewicz, ein junger polnischer Jude, der wesentlich am Aufbau der Jüdischen Kampforganisation im Warschauer Ghetto beteiligt war und 1943 den Aufstand gegen die Deportation ins Vernichtungslager Treblinka anführte. Er ist als Held abgebildet, den Blick entschlossen nach vorn gerichtet. Das Denkmal zeigt: Die Jüdinnen und Juden wurden nicht wie Lämmer zur Schlachtbank geführt, sie haben um ihre Würde und ihr Überleben gekämpft. Ein Modell der Skulptur steht auch in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem.

Wie veränderte sich die Erinnerungskultur in den postsowjetischen Staaten nach der Wende?
Es entstanden neue Erinnerungsorte, vor allem für die jüdischen Opfer. In der litauischen Hauptstadt Vilnius etwa wurde 1989, ein Jahr vor der Unabhängigkeit, das Jüdische Museum eröffnet. Auch in anderen postsowjetischen Staaten entstanden Museen und Erinnerungsstätten, 2012 etwa das Jüdische Museum und Zentrum für Toleranz in Moskau. Das hat mit der Öffnung nach der Wende zu tun: Holocaust-Überlebende und ihre Kinder, die in Israel oder den USA lebten, begannen zu reisen, sie besuchten Vilnius, Riga, Minsk und Kiew, von wo ihre Familien stammten.

Gleichzeitig sind damals neue nationale Opfergruppen entstanden, namentlich solche, die von stalinistischem Terror betroffen waren, aber auch Dissidenten, die in der nachstalinistischen Zeit verfolgt wurden. Und es gab neue nationale Helden: antisowjetische Partisanen und Untergrundkämpfer, etwa die sogenannten Waldbrüder im Baltikum.

Gibt es eine Konkurrenz zwischen all diesen Erinnerungsakteuren?
Es ist nicht immer konfliktfrei. Jüdische Erinnerungsakteure haben oft das Gefühl, dass die Erinnerung an den Holocaust ihnen überlassen wird, dass der Staat sagt: Das ist Sache der Juden, wir fördern zurzeit verstärkt die Erinnerung an die stalinistischen Deportationen oder an den antisowjetischen Widerstand. Die Erinnerung an den Holocaust ist in den ostmitteleuropäischen Ländern unbequem, weil die eigene Bevölkerung als Täter involviert war. Es konnten nur deshalb innert kürzester Zeit so viele Menschen ermordet werden, weil sich die Nationalsozialisten auf die Mithilfe der Bevölkerung und die lokalen Polizeibataillone stützen konnten. Man muss sich also der Geschichte der eigenen Kooperation stellen. Und die osteuropäischen Staaten haben verstanden, dass die Opferfigur eine sehr bequeme Figur ist. Wenn alle Opfer sind, gibt es keine Täter – so formulierte es Reinhart Koselleck.

Auch der Historiker Timothy Snyder argumentiert in seinem Buch *Bloodlands* in diese Richtung: Ostmitteleuropa wurde von zwei totalitären Regimen überrannt.
Das sind Konstruktionen, die es uns heute leichtmachen, die Geschichte im Nachhinein zu glätten. Wenn man Quellen liest, wird das Bild aber komplizierter. Die Bevölkerung hat sich am Hab und Gut ihrer jüdischen Mitmenschen bereichert. Besonders schmerzhaft waren die Denunziationen: Eine Jüdin konnte vielleicht aus dem Lager fliehen und sich in den Wäldern verstecken, aber dann wurde sie von den eigenen Nachbarn verraten und ausgeliefert. Bei den Massentötungen haben lokale Polizisten für die Deutschen die Drecksarbeit erledigt. Ein ukrainischer Holocaust-Überlebender, der jetzt vor den russischen Bomben nach Deutschland geflüchtet ist, hat mir eine Geschichte erzählt, die ich nie mehr vergessen werde. In Bila Zerkwa in der Nähe von Kiew wurden im August 1941 alle jüdischen Kinder von Säuglingen bis ins Alter von fünf Jahren im Keller eines Hauses eingeschlossen. Bewacht wurde das Haus von lokalen Polizisten. Die deutschen Wehrmachtsoldaten beschwerten sich über den Lärm: Es war heiss und stickig, die Kinder schrien, sie hatten nichts zu essen, nichts zu trinken. Nach zwei Tagen machten sie die Tür auf. Es war ein Bild des Schreckens – fast hundert tote Kinder. Solche Anblicke wollte man den eigenen Truppen künftig nicht mehr zumuten. Im Januar 1942 beschloss die NS-Spitze an der Wannseekonferenz, die Judenvernichtung effizienter und industrieller zu organisieren.

Sie kamen 2001 als Studentin nach Deutschland. Da waren die jüdischen Opfer sicher ein Thema.
An der Universität Karlsruhe, wo ich studierte, war der Holocaust natürlich ein Thema, aber immer bezogen auf die Vernichtung in Konzentrationslagern. Es ging um Auschwitz, nicht um die Massenerschiessungen von Katyn oder Babij

Jar. Noch mehr Gewicht als der Holocaust hatte der deutsche Widerstand. Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Helmuth James Graf von Moltke, der Kreisauer Kreis – dazu haben wir Exkursionen gemacht. Was ich bemerkenswert fand: Niemand hat mich damals nach meiner Familiengeschichte gefragt. Es hat die Leute schlicht nicht interessiert, was während des Kriegs mit der Familie dieser Osteuropäerin passiert ist.

Trotz allem gilt Deutschland heute als Vorzeigenation in Sachen Aufarbeitung.
Im Zuge der europäischen Integration anerkannte man offiziell, dass es den Holocaust gab, mit sechs Millionen Toten. Man sagte: Es gibt eine kollektive Schuld, die nehmen wir auf uns. Aber über die sowjetischen Opfer von Krieg und Vernichtung hat man nicht gesprochen und spricht man bis heute kaum. Dabei wurden in allen besetzten Gebieten Greuel verübt, und nach den Juden, Sinti und Roma waren die Ostslawen davon am meisten betroffen. Wenn man in die deutschen Familien hineinfragt, ist es bis heute so, dass der eigene Vater oder Grossvater natürlich kein Verbrecher war, sondern ein armer Soldat, der nur seine Pflicht erfüllt hat. Der Opa an der Ostfront: Das ist immer noch eine Blackbox.

Ist eine gemeinsame, pluralistische Erinnerungskultur in Zukunft überhaupt noch möglich?
In den 1990er und den 2000er Jahren schien sie möglich, da waren wir der «Einheit durch Vielfalt» viel näher. Solange aber keine Bereitschaft da ist, sich die Geschichte der anderen anzuhören und sich für ihre Perspektive zu interessieren, wird es auch keine gemeinsame Erinnerungskultur geben. An vielen Orten auf der Welt findet heute eine Nationalisierung der Erinnerungskultur statt – auch in Europa. Das Zukunftsprojekt des europäischen Zusammenschlusses, das eine Antwort auf die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs war, zieht in diesen Ländern nicht mehr.

Der Nationalismus ist gerade in Osteuropa eine wichtige identitätspolitische Klammer.
Klar, angesichts der heutigen Kriegssituation kann man beobachten, dass es nicht nur einen schlechten, sondern auch einen guten Nationalismus geben kann. Diesen unterstützen wir. Aber ich bin eine Weltbürgerin. Ich bin überzeugt, dass jede Art von Nationalismus der Realität, in der wir leben, nicht gerecht wird. Der Nationalismus geht in der Regel mit einer Unfähigkeit zu kritischem Denken einher, mit geistiger Bequemlichkeit. Man muss dann die Komfortzone nicht verlassen. |G|

Katja Makhotina,
Jahrgang 1982, wuchs in St. Petersburg auf. Sie studierte Neuere und Neueste Geschichte, Osteuropäische Geschichte und Bohemistik in St. Petersburg, Karlsruhe, Regensburg und München und ist seit 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Geschichte der Universität Bonn, wo sie zurzeit eine Vertretungsprofessur innehat. 2017 erschien von ihr *Erinnerungen an den Krieg - Krieg der Erinnerungen. Litauen und der Zweite Weltkrieg* (Vandenhoeck & Ruprecht), 2022 gemeinsam mit Franziska Davies *Offene Wunden Osteuropas. Reisen zu Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs* (WBG Theiss).

Lea Haller
ist Redaktionsleiterin von *NZZ Geschichte.*
lea.haller@nzz.ch

Bohrmaschine

Man kann mit diesen Apparaten Milchshakes mixen oder Gesteinsproben auf dem Mond entnehmen. Aber einmal mehr war der Krieg die Wiege der Technik: keine Kanonenrohre ohne maschinelles Bohren.

Text Christoph Ribbat **Bild** Andrea Ventura

Gern gebohrt hat der Mensch schon im Jungpaläolithikum. Zwei Dutzend Jahrtausende ist es her. Die ersten Bastler durchlöcherten Muschelschalen, Tierzähne, Steine. So produzierten sie Amulette für Halsketten.

Haben diese Steinzeit-Schmuckdesigner vielleicht abends nach der Arbeit in den Himmel geschaut, den Mond betrachtet, diesen über ihnen schwebenden Stein, und sich sehnsüchtig vorgestellt, auch ihn einmal anzubohren? Ihr Wunsch sollte in Erfüllung gehen. Sie mussten nur bis zum Jahr 1971 warten. Da flogen Humanoide auf der Apollo-15-Mission mit einem Black-&-Decker-Gerät zum Erdtrabanten. Sie machten, das ist stets ein schönes Gefühl, ein Loch, wo zuvor keines war. Sie entnahmen Proben und kehrten nach Hause zurück. Selbst unsere Durchschnittsbohrmaschine aus dem Baumarkt könnte, wer weiss, das Symbol eines uralten Traums sein: Die Welt, meint der Mensch anscheinend, braucht viel mehr Löcher, als sie im Originalzustand bietet.

Aber der Weg zum heutigen Elektrogerät ist lang und kompliziert. Und zuvor muss klargestellt werden, um was für eine Tätigkeit es sich beim Bohren überhaupt handelt. Hier ein bisschen kratzen, dort ein bisschen? Das ist kein Bohren. Das ist Picken. Nur wer dreht, bohrt. Aber wie drehen? Mit der Hand? Diese ist zwar zu fast allem fähig. Doch für ergiebige Drehkraft brauchten die ersten modernen Bohrmaschinen, im 15. Jahrhundert entstanden, komplizierte Gestelle und Räderwerke. Bald hielten Menschen diese in Bewegung, bald Pferde. Leonardo da Vinci konstruierte eine waagrecht und eine senkrecht bohrende Apparatur. Sagen wir es höflich: Die Mona Lisa ist ihm besser gelungen.

Gern würde man glauben, dass man in der Frühen Neuzeit Löcher zu friedlichen Zwecken benötigte. Und tatsächlich stellten die Ingenieure der Epoche auch Wasserleitungen mit den Bohrgeräten her. Die ganze Wahrheit aber lautet, wie so oft: Der Krieg brachte die Technik voran. Europa war süchtig nach Kanonen. Also tüftelte man ständig daran herum, wie deren Rohre auszubohren seien. Eine Schritt-für-Schritt-Anleitung zur Bohrmaschinenherstellung fanden



Waffenproduzenten seit 1540 in Vannoccio Biringuccios *De la pirotechnia*. Dieses Standardwerk der Metallverarbeitung präsentierte knifflige Details und ein vielversprechendes Ergebnis: «In die Mündung des Geschützes eingeführt, machte der Bohrer ein genaues Loch.» Ein Biringuccio-Leser war wohl auch Johann Maritz, geboren in Burgdorf, gestorben in Genf. Er präsentierte im frühen 18. Jahrhundert eine von Wasserkraft angetriebene Kanonenbohrmaschine höchster Qualität. Sicher ist Maritz damit Wegbereiter des heutigen Heimwerkerarsenals. Doch setzte er, «genaues Loch» hin oder her, weiterhin auf ein Prinzip, das an der Zimmerwand der Mietwohnung nur schwer umsetzbar ist: Der Bohrer stand still, das Werkstück rotierte.

Erst elektrischer Strom brachte genügend Tempo in die Drehung des Metallstifts – und machte damit das Werkeln unserer Tage möglich. Diverse Erfinder hätten für ihre Beiträge zu diesem Prozess Denkmäler auf Baumarkt-Parkplätzen verdient. In Australien meldeten Arthur James Arnot und William Blanch Brain 1889 das erste Patent für eine elektrische Bohrmaschine an. Das E-Handbohrgerät erfanden die Brüder Wilhelm und Carl Fein 1895 in Stuttgart. Und den Apparat mit dem uns vertrauten Design entwickelten S. Duncan Black und Alonzo G. Decker in einer Metallwerkstatt in Baltimore. Wie schön sind Erfinderlegenden: Ein Colt lag dort auf dem Tisch herum, eines Tages im Jahre 1917, aber statt zu Gewalttaten zu verleiten (Black hätte sich ja eine Zukunft ohne Decker vorstellen können, Decker eine ohne Black), inspirierte die Waffe zwei friedliche Bastler zum Gestalten eines Bohrers mit revolverhafter Form. Eine sehr erfolgreiche Innovation.

Schauen wir aber auch auf die fast vergessenen Helden. Entdecken wir Giovanni Martignoni, in Lugano geboren, in Liestal als Mechaniker beschäftigt, schliesslich nach Düsseldorf ausgewandert. Dort entwickelte er in den 1860er Jahren den heute omnipräsenten Spiralbohrstift. Dieser liess den Bohrstaub sehr viel leichter aus dem Loch austreten. Weil er noch nicht geschliffen werden konnte, ignorierte man ihn zuerst – bis amerikanische Entwickler noch einmal «erfanden», was anfangs allein Martignonis brillante Idee gewesen war. Nun liess sich der Spiralbohrer schleifen. Der Schweizer im deutschen Exil, betagt, verarmt, bekam das noch mit, ohne je davon zu profitieren.

Die Blacks und die Deckers dieser Welt dagegen, die also, die immer den richtigen Moment erwischen, machten aus dem Bohrer einen Alltagsgegenstand der Konsumgesellschaft. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zog die amerikanische Mittelschicht ins Vorstadt-Einfamilienhaus. Der Bohrmaschinenverkauf vervielfachte sich, weil sich der Herr des Hauses nun als Heimwerker definierte. Und das die Schwerkraft infrage stellende Anbringen von Monumentalwandschränken wurde zu einem von Millionen beherrschten Zauberkunststück.

Es ist verführerisch, die Bohrmaschine als Männlichkeitssymbol zu sehen und die 1950er Jahre als verschlafene Zeit, die der Familienvorstand mit lärmendem Werkzeug autoritär regierte. Tatsächlich aber waren die Geschlechterrollen dieser Ära zuerst unsicher definiert. Während des Zweiten Weltkriegs hatten Amerikanerinnen in Fabriken und in technischen Berufen gearbeitet. Frauenzeitschriften hatten regelmässig Ratgebertexte zu Renovierungsfragen veröffentlicht. Handwerkliche Geräte waren Frauen also sicher nicht fremd.

Das Leben wurde dann umorganisiert. Werbung und Medien stellten klar, welches Familienmitglied den Pistolengriff zu packen hatte. «Schauen Sie, was Sie mit einer Bohrmaschine in der Küche anstellen können!», versprach 1954 eine Bildstrecke im Magazin *Popular Science*. Durfte die Dame also doch über Wände herfallen, ganz wie der Gatte? Aber nein: Die Zeitschrift zeigte eine Hausfrau, perfekt geschminkt, adrett beschürzt, die sich ausserordentlich darüber freute, dass sie ein neben dem Küchenfenster fest installiertes Bohrgerät mit seinen wechselbaren Aufsätzen zur Besteckreinigung, zum Dosenöffnen und zur Milchshake-Zubereitung verwenden konnte. Eier damit zu verquirlen: laut *Popular Science* ebenfalls denkbar. Mit dem Bohrer zu bohren: keinesfalls, zumindest nicht für sie. Fortan stand fest, dass Hausarbeit und Heim-

werken prinzipiell unterschiedliche Dinge waren, in weiblich und männlich getrennt.

In einem solchen suburbanen Familiendomizil hätte sich ein Steinzeitmensch sicher unwohl gefühlt. Zu restriktive Gender-Politik. Nicht genug Löcher. Eher hätte er sich, in seiner Eigenschaft als Höhlenbewohner, für den modernen Tunnelbau interessiert. Neben dem 1866 erfundenen Dynamit waren es Bohrmaschinen, die das Durchlöchern der Alpen ermöglichten. Die ersten druckluftbetriebenen Exemplare trieben 1857 bis 1870 den Mont-Cenis-Tunnel zwischen Italien und Frankreich voran, neue hydraulische Apparate um 1900 den Simplon. So gross wie vier aufeinandergestapelte Elefantenbullen sind heutige Anlagen. Weltweit attackieren sie Berg und Erdreich für immer neue Bahn- und Strassenröhren. Wir perforieren den Planeten mit einer Konsequenz, die uns Angst machen sollte.

Panik regt sich bei uns aber stattdessen im Angesicht sehr viel kleinerer Bohrmaschinen. Schön sauber glänzen sie. In Zahnarztpraxen hängen sie bereit. Auch die souveräne Heimwerkerin unserer Zeit, sonst von nichts zu erschüttern, nimmt Platz, bekommt ein Lätzchen umgeschnallt und betrachtet die auf sie wartende Technologie mit bestenfalls gemischten Gefühlen.

Wir haben wohl die Ängste früherer Patientengenerationen geerbt. Ab 175 000 Umdrehungen des Stifts pro Minute hört Bohren auf, weh zu tun: Dann lässt das Instrument den Zahn nicht mehr vibrieren. Und moderne Apparate leisten das problemlos. Früher aber, mit der im späten 19. Jahrhundert entwickelten Dental-Tretbohrmaschine, schaffte selbst der sportlichste Zahnmediziner, so heftig er aufs Pedal eintrat, höchstens 2000 Rotationen. Die ersten Elektrogeräte: ebenfalls zu leistungsschwach. Sehr spät erst, ab Ende der 1950er Jahre, machte Turbinentechnik das Bohren schmerzfrei. Nach und nach.

Wie gut haben wir es also heute – dieser Gedanke, regelmässig wiederholt, könnte bei der nächsten Zahnbehandlung selbsttherapeutische Wirkung entfalten. Oder dieser: dass ein Forschungsteam jüngst in Pakistan die Backenzähne von neun verschiedenen Individuen der Jungsteinzeit fand. Die ersten Menschen bastelten nur Amulette? Von wegen. In all diese Zähne hatte ein früher Dentist gebohrt, vor 9000 Jahren, zur Kariesentfernung, also in den Mündern lebender Personen.

Noch heute zeigen die Kauorgane Spuren der nicht allzu behutsamen Eingriffe. Die Archäologen konnten aber auch belegen, dass alle neun Patienten die Prozedur überlebten. Für frühhistorisch interessierte Zahnarzt-Angsthasen gibt es keine bessere Nachricht. |G|



Christoph Ribbat, Jahrgang 1968, ist Professor für Amerikanistik in Paderborn. 2011 erschien von ihm im Steiner-Verlag *Flackernde Moderne. Die Geschichte des Neonlichts.* Bei Suhrkamp folgten: *Im Restaurant* (2016), *Deutschland für eine Saison* (2017) und *Die Atemlehrerin* (2020). Zuletzt erschien im Jahr 2022 *Wie die Queen,* eine Biografie der deutsch-jüdischen Emigrantin Ilse Gross, die in England unter dem Namen Kathrine Talbot zur Erfolgsautorin wurde (Insel-Verlag).

Weiterführende Literatur

Carolyn M. Goldstein: Do It Yourself. Home-Improvement in 20th-Century America. New York 1998.

A. John Gwinnett und Leonard Gorelick: A Brief History of Drills and Drilling, in: Beads 10/11 (1998/99), S. 49–56.

Bernhard Maidl: Faszination Tunnelbau. Berlin 2018.

Albert Neuburger: Erfinders Lebensabend. Martignoni und der Spiralbohrer, in: ders.: Erfinder und Erfindungen. Berlin 1913, S. 189–199.

Günter Spur: Vom Wandel der industriellen Welt durch Werkzeugmaschinen. München 1991.

O. A.: Der Zahnarztbohrer gestern und heute. www.zahnputzladen.de/i/blog, 15. 8. 2021.

Für Hinweise dankt der Autor Philipp Schweighauser (Universität Basel) und Jonathan Voges (Universität Hannover).



Welthandel als logistische Herausforderung: Im Hafen von Shenzhen im Südosten Chinas türmen sich beladene Container, bereit für die Verschiffung (2006).

CHINA

Bild: Michael Christopher Brown



China und der Westen

Die längste Zeit der Geschichte tauchte der Westen in der chinesischen Vorstellung der Welt kaum auf. Dann erzwangen die westlichen Mächte die Öffnung des Kaiserreichs. Seither bewegt sich das gegenseitige Verhältnis zwischen Abgrenzung und Abhängigkeit.

Von Sabine Dabringhaus



Erst in der Zeit um 1800 gelingt es den ersten Gesandten aus Europa, zum Kaiserhof in Peking vorzudringen.
Die Chinesische Mauer in Badaling unweit der Hauptstadt, 1870er Jahre.

Seit einigen Jahren werden die Beziehungen zwischen China und dem Westen von Politikern und Medien als «Systemrivalität» charakterisiert. Damit ist nicht nur der Wettbewerb um wirtschaftliche Märkte und technologische Führung gemeint, sondern auch Chinas Anspruch auf ein alternatives Modell staatlicher Ordnung. Es scheint, dass nach einem britischen 19. und einem amerikanischen 20. Jahrhundert nun ein chinesisches 21. Jahrhundert folgt.

Auch die chinesische Regierung drückt in ihren Parolen diesen ehrgeizigen Anspruch aus: Seit der Wende zum neuen Jahrtausend ist offiziell von einem «chinesischen Traum» die Rede, von einer «aufstrebenden Grossmacht» und von ihrem «Weg des Wiederaufstiegs». Die Vision einer neuen Weltordnung mit China im Zentrum erinnert an die Idee eines «Reichs der Mitte» und seiner Herrschafts- und Einflusssphäre, die «alles unter dem Himmel» umfasst – eine traditionelle chinesische Vorstellung, die sich bereits in Quellen vor unserer Zeitrechnung finden lässt. So heisst es im *Buch der Lieder*, entstanden zwischen dem 10. und dem 7. Jahrhundert vor Christus: «Unter dem weiten Himmel ist alles des Herrschers Land.»

Der Westen taucht dabei so gut wie gar nicht auf. Und doch lässt sich Chinas Entwicklung in den vergangenen beiden Jahrhunderten nicht ohne sein Verhältnis zum Westen verstehen. Es ist ein zwiespältiges Verhältnis, bisweilen von Anziehung geprägt, bisweilen von Feindschaft, und das auf beiden Seiten. Nicht nur China veränderte sich in diesem Zeitraum, sondern auch seine Vorstellung der Welt jenseits der eigenen. Vom «Westen» *(xi)* sprach man schon zur Zeit der Han-Dynastie (206 vor bis 220 nach Christus), des zweiten Herrscherhauses in der Geschichte des über zwei Jahrtausende währenden chinesischen Kaiserreichs. Mit diesem Westen meinte man aber die Grenzräume westlich des chinesischen Kernlands, die auch als «Westgebiete» *(xiyu)* bezeichnet wurden. Von dort drangen in den späteren Jahrhunderten Buddhismus und Islam nach China vor. Mit diesen Gebieten und durch sie hindurch wurde über die verzweigte Seidenstrasse transkontinentaler Handel mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten getrieben.

Die frühesten direkten staatlichen Kontakte nach Europa wurden erst im späten 17. Jahrhundert geschlossen: 1689 unterzeichneten in der sibirischen Grenzstadt Nertschinsk die Gesandten des russischen Zars Peter des Grossen und des chinesischen Kaisers Kangxi einen Grenz- und Handelsvertrag, der das bilaterale Verhältnis für die folgenden zwei Jahrhunderte erfolgreich regeln sollte. Zuständig für die Kommunikation mit Russland war aufseiten der Qing-Dynastie sogar eine eigene Behörde, das «Amt zur Verwaltung der Grenzvölker» – und nicht das Ritenministerium, das für den konfuzianischen Staatskult und das Hofzeremoniell verantwortlich war und die Staaten Westeuropas nebenbei mitbetreute.

Den europäischen Gesandtschaften gelang es bis ins späte 18. Jahrhundert nicht, zum Kaiserhof in Peking vorzudringen. Erst 1793 empfing der Qing-Kaiser Qianlong in seiner Sommerresidenz die von Lord Macartney geleitete Gesandtschaft des britischen Königs. Zuvor hatte es eine Einigung in der heiklen Frage des Begrüssungsrituals gebraucht: Der Lord vollzog einen Kniefall, statt sich mit dem üblichen Kotau auf den Boden zu werfen. Von China unerbeten, führte diese erste Begegnung zwischen dem Vertreter einer europäischen Grossmacht und dem Kaiser von China nicht zur Verstetigung – zu einer «Normalisierung», nach westlichen Vorstellungen – der Beziehungen. Die Briten konnten keines ihrer Ziele durchsetzen: Weder durften sie diplomatische Vertretungen in Peking eröffnen noch weitere Handelshäfen an Chinas Küsten. Johann Christian Hüttner, der die Delegation als Übersetzer und Hauslehrer begleitete, glaubte seine Erklärung für den Misserfolg gefunden zu haben: «Misstrauen gegen Fremde hat die Chinesen von jeher ausgezeichnet. Sie erlauben nie einer Gesandtschaft, über einige Monate zu verweilen.»

Während das Zarenreich über direkte Kontaktmöglichkeiten in Peking verfügte, mit seinen Kaufleuten und einer Vertretung der russisch-orthodoxen Kirche, beschränkte sich der

Bilder S. 26/27 und S. 29: Thomas Child / Loewentheil Photography of China Collection



Eine Kultur, die man im Westen entweder für rückständig oder aber für zauberhaft hält: Aristokratische Hochzeit in der Zeit der Qing, der letzten Dynastie des Kaiserreichs, 1870er Jahre.

Zugang der Westeuropäer weiterhin auf den Handelshafen von Kanton (Guangzhou) tief im Süden des Reichs. Das änderte sich erst, als die Briten die Waffen sprechen liessen, um den Import von Opium nach China zu erzwingen – im sogenannten Opiumkrieg, der 1842 mit dem Friedensvertrag von Nanjing endete. In diesem Vertrag gelang ihnen, was Macartney vergeblich versucht hatte: eine Öffnung Chinas, eine machtpolitische Neugestaltung der internationalen Beziehungen.

Auf den Ersten Opiumkrieg folgte der Zweite, und damit änderten sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts die Verhältnisse im Qing-Reich entscheidend. Nach ihrer erneuten Niederlage musste sich die kaiserliche Regierung den Forderungen der europäischen Kolonialmächte, der USA und Russlands beugen. In mehreren «Ungleichen Verträgen» wurde die Abschaffung des chinesischen Handelsmonopols festgeschrieben. Fünf Hafenstädte mussten für die Niederlassung der Briten geöffnet werden, diese erhielten das Recht, Kanonenboote zu stationieren, zudem wurden die Ausländer von chinesischen Rechtsansprüchen ausgenommen. Schliesslich sicherte eine Klausel auch allen anderen fremden Mächten diese Bedingungen zu.

So wurde das Kaiserreich der Qing-Dynastie durch die Opiumkriege genötigt, seine Wirtschaft für den Aussenhandel zu öffnen. Die «Vertragshäfen» mit ihren europäischen Handelsniederlassungen entwickelten sich zu westlichen Enklaven mit eigener Hoheit, das chinesische Recht war hier teilweise ausser Kraft gesetzt.

Vom Kaiser zur Partei

Während weltweit alle Imperien im Lauf der Zeit verschwunden sind, weist China eine einzigartige Kontinuität seiner staatlichen Identität auf. Sie manifestiert sich im Staatsverständnis des Philosophen Konfuzius mit seinem Akzent auf Harmonie und wechselseitigen Pflichten. Dynastien kamen und gingen; manche regierten das ***Kaiserreich*** wenige Jahrzehnte, so wie die Dynastie der Qin, das erste Herrscherhaus (221 bis 206 vor Christus), andere mehrere Jahrhunderte, etwa die der Han (206 vor bis 220 nach Christus). Erst die 1912 ausgerufene ***Republik*** beendete nach über zwei Jahrtausenden das Kaisertum.

Im 19. und im 20. Jahrhundert wurde China von fremden Mächten erniedrigt und von Japan weiträumig besetzt. Versuche einer staatlichen Modernisierung scheiterten, die konstitutionelle Monarchie ebenso wie die liberale Demokratie. Das Land wurde von Warlords und einem Bürgerkrieg heimgesucht.

Der Bürgerkrieg endete mit dem Sieg der Kommunisten und der Gründung der ***Volksrepublik*** im Jahr 1949. Die unterlegenen Nationalisten des Kuomintang-Führers Chiang Kai-shek fanden Zuflucht auf Taiwan und riefen eine Republik aus, die bis heute nur von wenigen Staaten anerkannt wird. In der Volksrepublik fielen dem «Grossen Sprung nach vorn» und der «Kulturrevolution» unter dem Revolutions- und Parteiführer Mao Zedong rund dreissig Millionen Menschen zum Opfer, ehe der Pragmatiker Deng Xiaoping in den späten 1970er Jahren monumentale Wirtschaftsreformen anstiess. Mit ihnen wurde das Land sozioökonomisch, aber nicht politisch modernisiert: Die Alleinherrschaft der Partei besteht bis heute fort.

Urs Schoettli

Aus heutiger chinesischer Sicht begann damit ein «Jahrhundert der Demütigung», das erst mit der Gründung der Volksrepublik China 1949 endete. Nur die wachsende Rivalität unter den Kolonialmächten verhinderte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine vollständige Kolonialisierung des Landes. Chinas politische Lage bis zum Sturz der letzten kaiserlichen Dynastie im Jahr 1911 wurde später in der chinesisch-marxistischen Geschichtsschreibung als «halbfeudal-halbkolonial» bezeichnet.

Das mentale Verhältnis zum Westen veränderte sich damals tiefgreifend. Erstmals wurde die eigene Gegenwart gegenüber dem Westen als rückständig wahrgenommen. Daher galt es nun, den Westen technologisch und machtpolitisch einzuholen. Unter der Devise der «Selbststärkung» wurde in den 1860er Jahren ein staatliches Modernisierungsprogramm in Gang gesetzt. «Chinesisches Wissen als Substanz, westliches Wissen zum praktischen Nutzen» *(zhongxue wei ti, xixue wei yong)* – mit dieser Strategie sollte die Monarchie stabilisiert werden. Ab 1865 entstanden in Schanghai und anderen Hafenstädten die ersten Waffenfabriken und Schiffswerften, an die Übersetzerschulen angegliedert waren. An der Einführung westlicher Militärtechnologie und am Aufbau moderner Armeetruppen waren schon früh westliche Firmen beteiligt, etwa das deutsche Rüstungsunternehmen Krupp, das 1871 seine ersten Aufträge aus China erhielt.

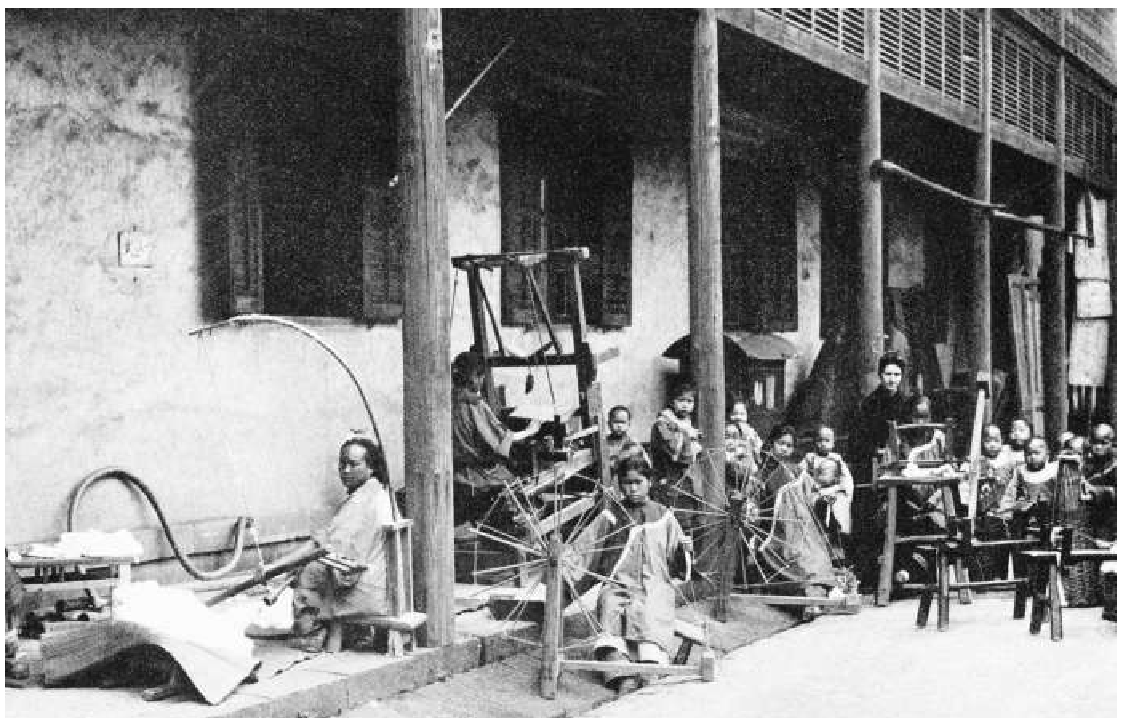
Die bitteren Niederlagen in den beiden Kriegen des späten 19. Jahrhunderts, im Chinesisch-Französischen Krieg von 1884/85 und im Chinesisch-Japanischen Krieg von 1894/95, zeigten das Scheitern dieser Politik. Zwar konnte sich die Qing-Dynastie noch einige Jahrzehnte halten, doch der Staat war zu schwach, um sich gegen die ausländischen Mächte zu behaupten. Die Erosion des kaiserlichen Herrschaftssystems liess sich nicht stoppen. Mit dem Engagement westlicher Rüstungsfirmen entstanden regionale Armeen einzelner Provinzgouverneure, so dass die kaiserliche Zentralregierung die Kontrolle über das Land mehr und mehr verlor.

Während das Ungleichgewicht der Macht zwischen China und dem Westen wuchs, erlebte der Wissenstransfer im 19. Jahrhundert einen Höhepunkt. Angestossen hatten ihn während der ersten Hälfte des Jahrhunderts Kaufleute und Missionare. Nach der Öffnung des Landes infolge des Ersten Opiumkriegs waren Missionsverlage zunächst die wichtigste Quelle für Informationen über Europa und Nordamerika. Sie hatten ihre Sitze in den Vertragshäfen und in Hongkong, und sie verfügten über das technische Monopol beim modernen Druck von chinesischen Büchern. Übersetzungen westlicher Werke aus Gebieten wie Astronomie, Mathematik, Medizin, Geografie, Botanik, Geologie, Mechanik und Navigation machten neues Wissen zugänglich. Manches davon fand Eingang in Standardwerke dieser Epoche, beispielsweise in die *Chronik der vier Kontinente (Sizhou zhi),* eine Art erste chinesische Weltgeschichte, geschrieben vom Staatsmann Lin Zixu, der durch seinen patriotischen Widerstand gegen die Briten berühmt geworden war.

Die Missionare gründeten Schulen, Colleges, Krankenhäuser und Museen. Besonders erfolgreich war ihr Wissenstransfer in der Medizin. In Missionskrankenhäusern wurde die erste Generation chinesischer Ärzte ausgebildet, die mit westlicher Medizin vertraut waren. Ein berühmtes Beispiel ist Sun Yat-sen, der 1912 der provisorische Präsident der neu gegründeten Chinesischen Republik werden sollte und später als Gründervater des modernen China verehrt wurde – zuvor hatte er im britisch beherrschten Hongkong Medizin studiert und war Arzt geworden. Tatsächlich wirkte die westliche Medizin in dieser frühen Reform- und Öffnungsphase Chinas bisweilen als Initialzündung, die junge Intellektuelle zum Engagement in der Gesellschaft motivierte.

Erste moderne staatliche Schulen waren bereits im Zug der «Selbststärkung» gegründet

Die Chinesen sehen in den christlichen Missionaren oft die Vorhut der ausländischen Invasion.
Unterricht im Spinnen und Weben an einer Missionsschule, 1900.

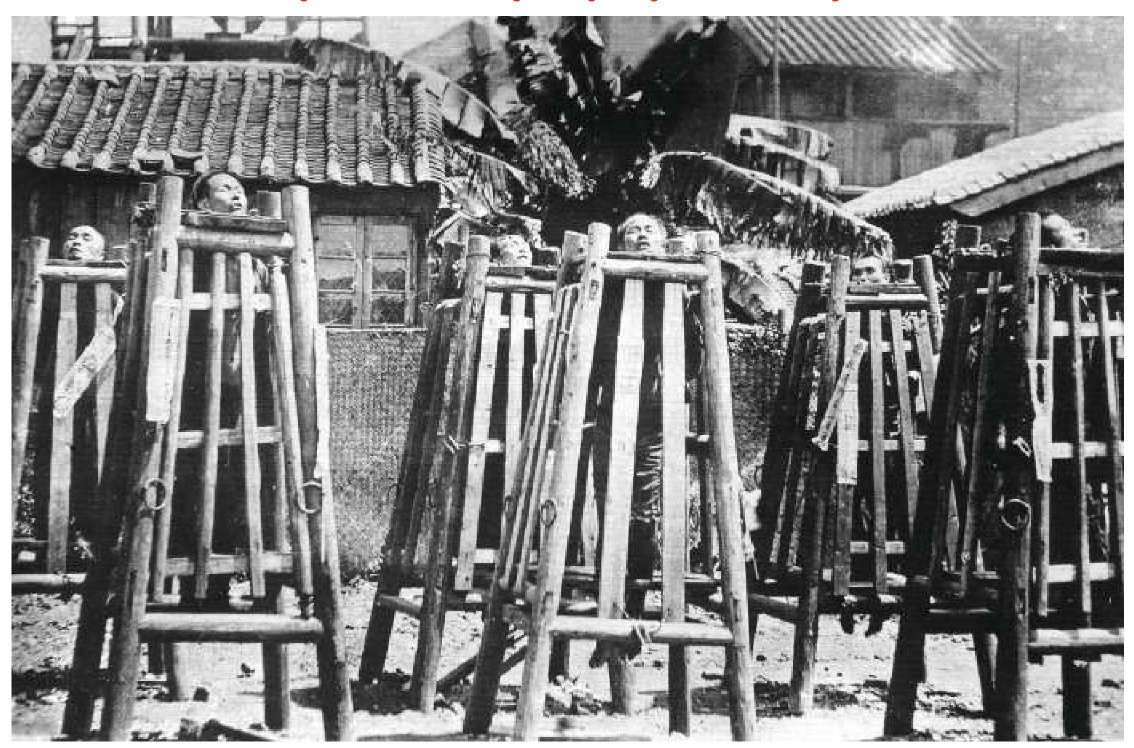


worden, mit Sprachinstituten in Peking (1862), Schanghai (1863) und Guangzhou (1864). Widerstände in konservativen Beamtenkreisen verhinderten jedoch, dass man naturwissenschaftliche Erkenntnisse aus dem Westen in den Stoff der kaiserlichen Staatsprüfungen aufnahm, mit denen der Beamtennachwuchs rekrutiert wurde. Damit verlagerte sich die staatliche Reforminitiative nicht nur im militärischen, sondern auch im kulturellen Bereich vom Zentralstaat zu reformwilligen Provinzgouverneuren.

Die Übersetzung westlicher Werke beruhte auf der Zusammenarbeit von chinesischen Reformbeamten mit Missionaren und Gelehrten; in grossen Teilen der gebildeten Oberschicht Chinas verbreitete sich die Auseinandersetzung mit westlichem Wissen. Einen der umfangreichsten Beiträge zu diesem Transfer leistete der Amerikaner John Fryer, der zwischen 1868 und 1896 in der Waffenfabrik Jiangnan in Schanghai beschäftigt war und 129 Übersetzungen erarbeitete.

Ein wichtiger Impuls ergab sich schliesslich auch aus der neuen Möglichkeit, ausserhalb des Landes zu studieren. Die ersten chinesischen Auslandstudenten gingen ab 1896 zunächst nach Japan, das sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts durch eigene Reformen zu einem kulturellen Ableger der westlichen Welt entwickelte. Wissen aus Europa gelangte vielfach durch Übersetzungen aus dem Japanischen nach China; das Gleiche gilt für politische und wissenschaftliche Schlüsselbegriffe wie «Autokratie» (japanisch *sensei,* chinesisch *zhuanzhi*), «Gesellschaft» (*shakai, shehui*) oder «Wissenschaft» (*kagaku, kexue*). In Japan lernten die chinesischen Studenten zudem neue politische Entwicklungen kennen, vor allem die konstitutionelle Monarchie – Japan hatte seit 1889 eine Verfassung – und den Imperialismus. Welches aggressive Potenzial die japanische Form des Imperialismus hatte, zeigte sich erstmals im Chinesisch-Japanischen Krieg von 1894/95: China kapitulierte.

Auf die Rebellion der «Boxer» folgen Gewaltexzesse: Möglicherweise sind es Aufständische, die in der Zeit um 1900 in Guangzhou am Hals in Käfigen aufgehängt und so zu Tode gefoltert werden.





Nach den westlichen Kolonialmächten wird das imperialistische Japan zur grössten Bedrohung der chinesischen Nation. Hankou (heute Teil von Wuhan) nach einem japanischen Luftangriff, 1938.

Als Japan auf den ostasiatischen Kontinent vordrang, verlagerte sich der Hauptstrom chinesischer Auslandstudenten nach Nordamerika. Seit 1908 verwendeten die USA den Restbetrag der chinesischen Reparationszahlungen aus dem Boxerkrieg (Seite 6 dieser Ausgabe) für Stipendien an chinesische Studenten. Nach ihrer Rückkehr von amerikanischen Universitäten übernahmen viele von ihnen in der Zeit der Chinesischen Republik (1912 bis 1949) wichtige Funktionen in Politik, Wirtschaft und Kultur.

Es ist nicht einfach, den tatsächlichen Einfluss des Westens auf China zu beurteilen. Hinter diesem Einfluss standen Zwang, aber auch chinesische Initiative, ohne dass das eine vom anderen klar zu trennen wäre. In der wichtigsten westlichen Enklave, der Internationalen Niederlassung von Schanghai, wohnten überwiegend Chinesen; hier regierte ein eigenständiger anglo-amerikanischer Stadtrat, auf den die chinesische Regierung keinen Einfluss hatte. Für die offizielle Kommunikation mit dem Ausland hatte die Qing-Regierung 1861 ein Aussenamt geschaffen. Gleichzeitig hatten britische und französische Gesandte in der Hauptstadt ihre Arbeit aufgenommen. China wurde allmählich in das Netzwerk der westlich geprägten Staatenwelt integriert und entsandte bald eigene Diplomaten in die Hauptstädte der Grossmächte. Eine weitere institutionelle Innovation war das Kaiserliche Seezollamt, eine gemeinsame chinesisch-ausländische Behörde, die Einfuhrzölle erhob und den Schiffsverkehr überwachte.

Unter dem Schutz der ausländischen Rechtsprechung entwickelte sich in den Vertragshäfen und in der britischen Kronkolonie Hongkong eine gemischte Kultur, die nicht länger von den traditionellen grundbesitzenden Honoratiorenfamilien beherrscht wurde. Die Ausländer lenkten zwar die Stadtverwaltung, förderten aber im wirtschaftlichen und im kulturellen Bereich den Aufstieg neuer gesellschaftlicher



Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts haben sich in chinesischen Hafenstädten europäische Enklaven mit eigenen Behörden und eigenen Rechtshoheiten etabliert. Avenue Edward II. in Schanghai, August 1937.

Gruppen, etwa von Journalisten und Privatunternehmern, die sich auf die Praktiken des modernen Kapitalismus und der westlichen Kultur einliessen, ohne zwangsläufig auch westliche Werte vollständig zu übernehmen.

Ganz anders sah es in der ländlichen Gesellschaft aus: Hier konnte weiterhin kaum von einer Öffnung Chinas gesprochen werden. Die einzigen Westler, die dorthin vordrangen, waren Missionare, die mit ihren oftmals aggressiven Bekehrungsmethoden zunehmend auf lokalen Widerstand stiessen und Hunderte von Rechtsstreitigkeiten provozierten. Wo es politisch und militärisch möglich war, griffen die westlichen Schutzmächte immer wieder zugunsten der Missionare in die Konflikte mit Dorfgemeinschaften und Lokalbehörden ein. Trotz ihren Verdiensten um medizinische Versorgung, Erziehung, Hungerhilfe und die chinesisch-westliche Kulturbegegnung wurden die Missionare vielfach als Speerspitze der ausländischen Invasion betrachtet. Junge Chinesen schlossen sich gegen Ende des Jahrhunderts zu sogenannten Boxergruppen zusammen; sie wollten durch einen magisch inspirierten Faustkampf gegen die Ausländer Unverwundbarkeit erlangen und verbreiteten sich unter der Parole «Unterstützt die Qing, vertreibt die fremden Teufel!» über weite Teile Nordchinas.

Als sich die Qing-Regierung im Sommer 1900 entschloss, die aufständischen Boxer zu unterstützen, und nicht einschritt, als sie das Gesandtschaftsviertel in Peking belagerten, eskalierte der Konflikt zum Krieg. Ein Entsatzheer aus acht Nationen – Japan, Russland, Grossbritannien, Frankreich, USA, Deutschland, Italien, Österreich – befreite die Ausländer im Gesandtschaftsviertel und bestrafte die Hauptstadt und ihr Umland mit Plünderungen, Zerstörungen und Übergriffen auf die Zivilbevölkerung. Schwere und langfristige Folgen hatten die astronomisch hohen Reparationszahlungen an die

siegreichen ausländischen Mächte. Die Qing-Regierung musste in den letzten Jahren ihres Bestehens mehr als die Hälfte ihres Etats dafür verwenden. Derweil agierte das internationale diplomatische Korps in der Hauptstadt als eine Art Über-Regierung, gegen deren Entscheidungen die kaiserlichen Minister im Zweifelsfall nichts ausrichten konnten. Die Reformen, die im letzten Jahrzehnt der Qing-Dynastie eingeleitet wurden und das Kaiserreich in eine konstitutionelle Monarchie verwandeln sollten, ähnlich wie zuvor Japan, kamen zu spät.

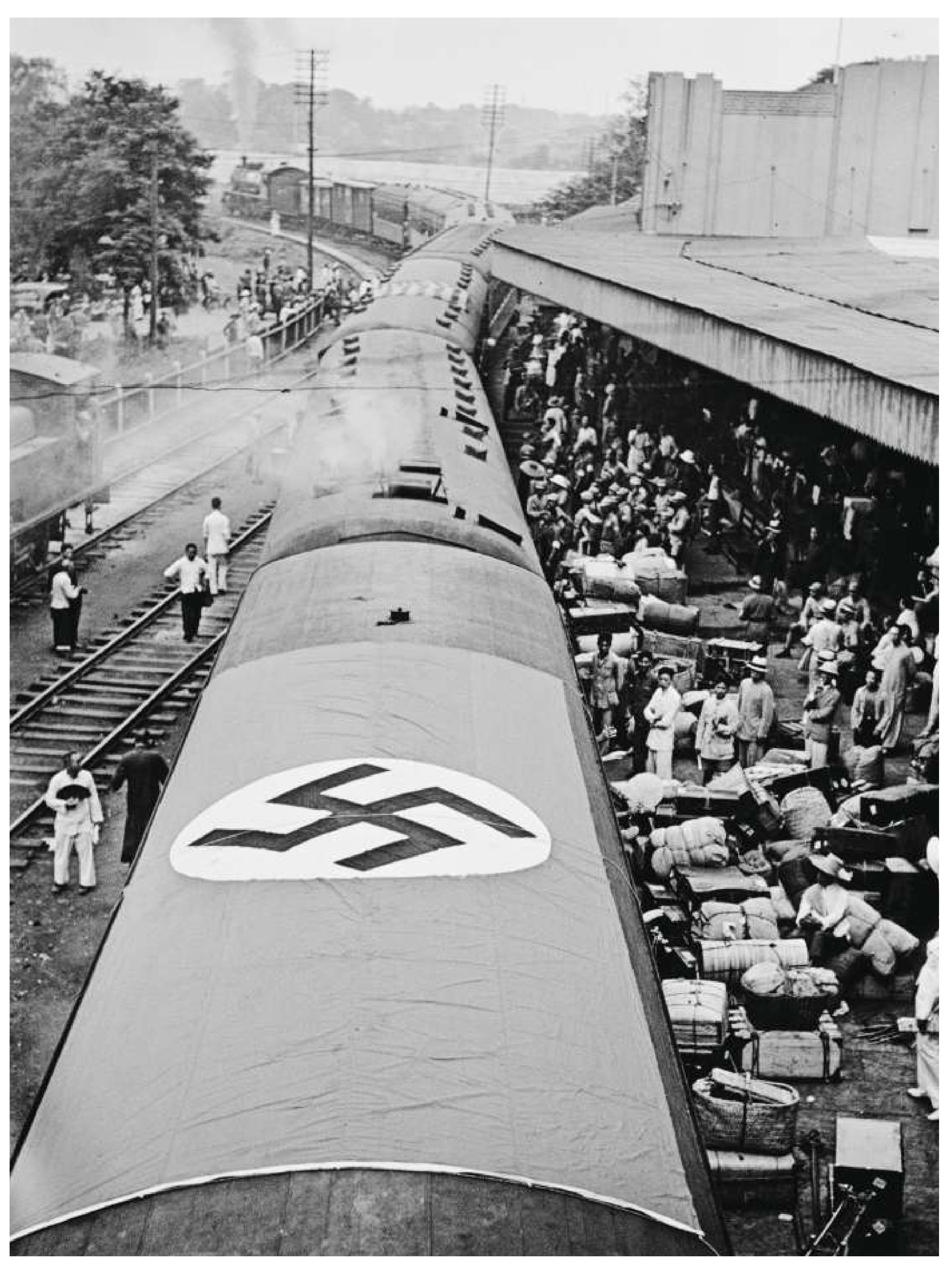
Im Boxerkrieg war eine neuartige Haltung des Widerstands gegenüber dem Westen sichtbar geworden, der Antiimperialismus. Er zeigte sich auch 1905 im landesweiten Boykott amerikanischer Waren, bei dem erstmals neue Formen des breiten gesellschaftlichen Protests praktiziert wurden. Traditionelle Zünfte und moderne Handelskammern organisierten den Boykott gemeinsam in China und unter den Auslandchinesen. Sie reagierten damit auf verschärfte antichinesische Einreisebestimmungen in den USA, und sie erreichten zumindest ein gemässigteres Verhalten der amerikanischen Behörden.

Keine Protestwelle «von unten» wie im Fall der Boxer, sondern eine Militärrevolte in der zentralchinesischen Grossstadt Wuchang (heute ein Teil von Wuhan) leitete im Jahr 1911 das Ende des Kaisertums ein. Die Qing-Regierung wurde von einem Zweckbündnis in die Knie gezwungen, dem revolutionäre Aktivisten wie der erwähnte Sun Yat-sen angehörten, Vertreter der Eliten in den Provinzen sowie Offiziere der Regionalarmeen, die nach westlichen Vorbildern neu organisiert worden waren. In den Reforminitiativen seit den 1860er Jahren waren immer auch politische Ideen aus dem Westen erkennbar gewesen. Doch die Chinesische Republik, ausgerufen 1912 nach dem Sturz des Kaiserhauses, wurde ohne direkte westliche Beteiligung geschaffen.

Die Qing-Regierung und die aufgeklärteren unter den hohen Beamten hatten den Westen nie als Einheit betrachtet, sondern immer schon zu differenzieren gewusst zwischen Europa (und den einzelnen europäischen Ländern), den USA sowie Japan. Zudem war das Bild dieses Westens offen für Anpassungen. So revidierten die politisierten chinesischen Gelehrten am Ende des 19. Jahrhunderts ihre Begriffe und unterschieden fortan zwischen «westlichem Wissen» und Wissenschaftlichkeit schlechthin; bisher waren beide Begriffe gleichbedeutend gewesen. Der einflussreiche Intellektuelle, politische Aktivist und Publizist Liang Qichao, der lange die Verbreitung westlichen Wissens propagiert hatte, ersetzte «westlich» durch «neu». Wie viele chinesische Gelehrte seiner Zeit war er überzeugt, dass das traditionelle Wissen Chinas mit den Errungenschaften der modernen Wissenschaft unvereinbar sei – und dass diese Wissenschaft inzwischen universal und nicht länger allein westlich sei.

Nach der Wende zum 20. Jahrhundert rückte eine jugendliche Gegenkultur in den Vordergrund, die sich in Studiengruppen, politischen Vereinigungen und Zeitschriftenredaktionen zum Kern einer modernen chinesischen Intellektuellenschicht formierte. Sie machte das konfuzianische Erbe für die Demütigung Chinas im internationalen Kampf der Mächte verantwortlich; zu diesem Erbe gehörte namentlich die Vorstellung, dass die Welt auf einer moralischen Ordnung gründe und der Mensch durch Rechtschaffenheit, Sittlichkeit und Aufrichtigkeit nach seiner Vervollkommnung streben soll. Die radikalen Stimmen artikulierten sich am deutlichsten in der 1915 gegründeten Zeitschrift *Neue Jugend*. Aus ihrer Sicht war primär die eigene «feudale» Tradition für die Krise Chinas verantwortlich, erst an zweiter Stelle die ausländische Aggression.

Als Handlungsnormen wurden der jungen Generation nunmehr westliche Werte empfohlen: Freiheit, Fortschritt, Weltoffenheit, Wissenschaftlichkeit. Die Französische Revolution war das ferne Vorbild dieses radikalen Denkens, das mit rationaler Wissenschaftsgläubigkeit gegen Tradition und geistige Stagnation antrat. Das Ziel war, einen «neuen Menschen» zu schaffen, der modern sein würde – aber nicht unbedingt modern zu westlichen Bedingungen.



Der Einfluss des Westens schwindet: Am 5. Juli 1938 treten deutsche Militärberater am Bahnhof von Hankou die Heimreise an. Engagiert hat sie Chiang Kai-shek, Anführer der Nationalisten und ab 1925 Präsident der kurzlebigen Chinesischen Republik.

Bilder: Robert Capa © International Center of Photography / Magnum Photos; Pictures From History / akg-images



Am 1. Oktober 1949 kündigt Mao Zedong, Kommunistenführer und Sieger gegen die Nationalisten, in Peking die Gründung der Volksrepublik China an. Damit endet ein «Jahrhundert der Demütigung».

Was die Chinesen schliesslich im Ersten Weltkrieg erlebten, verstärkte bei vielen Intellektuellen den Zweifel an ihrer Orientierung am Westen. Das Land hatte zwar 150 000 Arbeiter zur Unterstützung der Alliierten nach Frankreich gesandt, erhielt aber nach dem Krieg das ehemalige deutsche Kolonialgebiet in der nordchinesischen Provinz Shandong nicht zurück; es blieb bei den Japanern, die es erobert hatten. Liang Qichao beobachtete damals die Friedensverhandlungen in Paris – für ihn war der Westen zum Sinnbild von Dekadenz geworden. «Man kann sagen, dass sich Europa im vergangenen Jahrhundert in einem unnatürlichen Zustand befunden hat, den man sogar als krank bezeichnen könnte», erklärte er 1920 in einer Rede in Schanghai. Und er warnte: «China kann nicht erfolgreich sein, wenn es diesen kranken Zustand nachahmt.» Für Liang Qichao war damit auch der Traum von der Allmacht der westlichen Wissenschaft am Ende.

Sollte also doch die eigene Tradition das Land zur erhofften kulturellen Eigenständigkeit und zur Unabhängigkeit als moderner Nationalstaat führen? Unter der Parole «Reorganisation der Vergangenheit» kam es zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den Schriften der chinesischen Klassiker, die seit mehr als zwei Jahrtausenden den Grundbestand der Bildung ausgemacht hatten. Hu Shi, ein an der New Yorker Columbia University ausgebildeter Historiker, Philosoph und Literaturkritiker, mahnte, China müsse nach amerikanischem Vorbild einen eigenständigen Charakter entwickeln. Er empfahl, die chinesische Tradition methodisch zu sichten und zu prüfen, um das Land aus der

Krise zu bringen, die der Westen ausgelöst hatte. Die Anhänger der Bewegung um die Zeitschrift *Neue Jugend* hielten jedoch an einer kompromisslosen Abrechnung mit dem kulturellen Erbe fest und suchten nach politischen Lösungen in einem breiten Spektrum westlicher Ideen: Anarchismus, Sozialismus, linke Demokratiekonzepte und Marxismus dominierten ihre Debatten.

Gleichzeitig erhielt der Antiimperialismus angesichts der Beschlüsse auf der Pariser Friedenskonferenz neuen Auftrieb: Die Übertragung der Gebiete in Shandong an Japan löste 1919 die sogenannte 4.-Mai-Bewegung aus. Ziel dieser Studentenproteste in Peking und anderen Städten waren die Rückgewinnung Shandongs und die Absetzung pro-japanischer Regierungsmitglieder. Es gelang den Studenten, eine breite Allianz verschiedener Gesellschaftsschichten zu bilden und damit, im Anschluss an den Boykott von 1905, das Zeitalter städtischer Massenproteste einzuleiten. Der von westlichem Gedankengut inspirierte neue Typus des chinesischen Intellektuellen hatte gelernt, sich Bündnispartnern verständlich zu machen und dabei neuartige Agitations- und Kommunikationsformen wie Kundgebungen, Spruchbänder, öffentliche Reden, Flugblätter und offene Briefe einzusetzen. Der chinesische Nationalismus verwandelte sich von einer geistigen Haltung in eine politische Kraft, in der fast alle politischen Strömungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zusammenfanden.

Zugleich machte der japanische Imperialismus die «Rettung des Vaterlandes» immer dringlicher. Während die Briten lediglich ihren kolonialen Besitzstand wahren wollten, expandierten die Japaner und setzten von der Mandschurei her ihre Eroberungen entlang der chinesischen Ostküste fort. Diese Bedrohung vereinte die beiden massgeblichen politischen Akteure in der Ära der Chinesischen Republik zwischen

Während Mao alle westlichen Spuren tilgen lässt, hilft die Sowjetunion beim Aufbau der Industrie.
Im August 1958 verkünden Arbeiter eines Erdölkombinats in Yumen (Provinz Gansu) einen Produktionsrekord.



1912 und 1949: zum einen die Nationalpartei (Kuomintang) von Sun Yat-sen, zum anderen die Kommunistische Partei Chinas, die 1921 in Schanghai gegründet worden war, mit Unterstützung von Moskau. Damit war die Abkehr Chinas von westlichen Demokratievorstellungen besiegelt, denn neben den Kommunisten zogen auch die Nationalisten eine enge Anlehnung an die Sowjetunion vor und bauten leninistische Parteistrukturen auf. Bis 1927 waren die Kuomintang und die Kommunistische Partei in einer sowjettreuen Einheitsfront verbunden, in der kein Platz für westliche Konzepte blieb. Die niemals starke liberale Mitte, die sich an Rechtsstaat, Demokratie und Kapitalismus orientierte, wurde in der politischen Polarisierung zerrieben. Auch damit verminderte sich der Einfluss des Westens.

Zwar übernahm nach Sun Yat-sens Tod im Jahr 1925 der Militärführer und Politiker Chiang Kai-shek die Führung der Kuomintang und engagierte auch deutsche und amerikanische Armeeberater. Dennoch verloren die Europäer in dieser Periode generell an Bedeutung. Zur wichtigsten westlichen Macht für China – und für den ganzen pazifischen Raum – stiegen die Vereinigten Staaten auf; auch deshalb, weil sie in China keine kolonialen und nur geringe wirtschaftliche Interessen hatten. Das Regime des Nationalisten Chiang Kai-shek, das zwischen 1927 und 1937 aus der neuen Hauptstadt Nanjing die Republik regierte, pflegte enge Verbindungen zu den USA, aber auch zu Grossbritannien.

Für Mao Zedong, der nach 1930 zur wichtigsten Führungsfigur der Kommunistischen Partei aufstieg, verschwand der Westen dagegen in der Bedeutungslosigkeit. Nachdem Japan Ende 1931 den ganzen chinesischen Nordosten, die Mandschurei, besetzt hatte, war es zum Hauptfeind der chinesischen Nation geworden. Der Westen hatte diese Aggression nicht verhindert und unternahm auch nichts, als die japanische Armee ab Juli 1937 die gesamte chinesische Küstenzone überrollte.

1941 eroberten die Japaner auch die britische Kronkolonie Hongkong. Damit verschwand der letzte Rest von westeuropäischem Einfluss in China. Zwar gelang es den Briten nach dem Zweiten Weltkrieg, durch geschickte diplomatische Manöver und mit Duldung der USA ihre Kontrolle über Hongkong wiederherzustellen. Aber die «Ungleichen Verträge» galten nicht mehr. Aus ostasiatischer Sicht waren vom Westen im Grunde nur die 1945 triumphierenden USA übriggeblieben. In der Ideologie des Maoismus war Europa fast ganz verschwunden: Es war auf ein kleines Element im grossen Feindbild des Imperialismus geschrumpft.

Derweil kämpften Kommunisten und Kuomintang um die Macht in China. Während der japanischen Invasion war ihr Konflikt sistiert, doch nach dem Zweiten Weltkrieg brach er in einem blutigen Bürgerkrieg wieder auf. Er endete 1949 mit dem Sieg Mao Zedongs über Chiang Kai-shek und mit der Gründung der kommunistischen Volksrepublik China. Mao liess jede westliche Spur tilgen. Vage kommunistische Hoffnungen auf einen Modus Vivendi mit den USA hatten sich bereits um 1947 verflüchtigt, nachdem mehrere amerikanische Versuche gescheitert waren, zwischen Kommunisten und Kuomintang zu vermitteln. Die Ausländer, die nicht schon zuvor geflohen waren, wurden Anfang der 1950er Jahre gezwungen, China zu verlassen. Ausländischer Besitz wurde verstaatlicht, die christliche Mission vertrieben. Eine derart radikale «Entwestlichung» hat sich während der Dekolonisation Asiens und Afrikas kaum jemals wiederholt.

Die Volksrepublik China stand seit 1950 fest im Lager der Sowjetunion, auch wenn sich Mao Zedong als erfolgreicher Revolutionär und Staatsgründer dem Führungsanspruch des sowjetischen Machthabers Josef Stalin nie unterwarf. China erhielt aus Moskau umfangreiche finanzielle, materielle und personelle Unterstützung für den Aufbau einer Schwerindustrie und für Infrastrukturgrossprojekte. In den sozialistischen Block integriert, wenn auch ohne die Stationierung sowjetischer Truppen, baute die Volksrepublik Beziehungen zu ihren «Bruderländern» auf und erlebte den umfangreichsten Wissens- und Technologietransfer ihrer modernen Geschichte.

Im Diesseits verankert

Wenn es um die Geschichte des Wissens und der Wissenschaften im alten China geht, ist der wohl wichtigste Ort ein Friedhof – jener der Familie Kong in der Kleinstadt Qifu in der heutigen ostchinesischen Provinz Shandong. Hier steht man vor einem Grashügel und einer Stele, die das Grab von ***Konfuzius*** (551 bis 479 vor Christus) markieren. Der grosse Philosoph hat keine Religion, keine Metaphysik geschaffen, sondern ist entschlossen dem Diesseits verhaftet geblieben.

In dieser Orientierung wurzelt auch der ***Pragmatismus,*** die Innerweltlichkeit, die das Ethos und das Denken der Chinesen bis heute prägt. Die Welt hat diese Diesseitigkeit in jüngster Zeit mit dem spektakulären Aufstieg der chinesischen Wirtschaft erlebt. Doch der gleiche Pragmatismus bestimmte auch Lehre und Forschung im alten China, neben der Meritokratie, die den Beamtenapparat formte. Hier kam es früh zu wissenschaftlichen und technischen Leistungen, die im Westen erst Jahrhunderte später gelangen – Buchdruck, Schiesspulver, Kompass, um die bekanntesten zu nennen.

Heute kennt man die eigenständigen ***wissenschaftlichen Entwicklungen*** Chinas vor allem aus der traditionellen chinesischen Medizin. Doch in praktisch allen Disziplinen sind die Chinesen ihren eigenen Weg gegangen. Anders als im Westen hat keine Religion die Entwicklung des Wissens behindert, weder in der Naturkunde noch in der Mathematik, der Geologie oder der Astronomie. Ein spätes Bild für diesen Unterschied geben die christlichen Missionare des 19. Jahrhunderts ab, die neben ihrem Bekehrungseifer auch das damalige westliche Wissen nach China brachten.

Urs Schoettli

Maos Überzeugung vom unerbittlichen Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus prägte die chinesische Aussenpolitik. Zur unmittelbaren militärischen Konfrontation mit den USA kam es im Koreakrieg zwischen 1950 und 1953, als die Volksrepublik China Nordkorea mit «Freiwilligenverbänden» unterstützte. Der Krieg endete mit einem Waffenstillstand, aber ohne Friedensschluss. Das Verhältnis zwischen China und den Vereinigten Staaten blieb auch in den folgenden zwei Jahrzehnten von Feindseligkeit geprägt. Gleichzeitig hatte sich China als eine internationale Macht etabliert, die bereit war, verbündete kommunistische Länder zu unterstützen. Das geschah beispielsweise aufseiten des Viet Minh in dessen Krieg gegen die französischen Kolonialherren, später zugunsten Nordvietnams in dessen Verteidigung gegen die USA.

Die internationalen Konflikte mit dem Westen waren in der Zeit des Kalten Kriegs eng verbunden mit dem Kampf gegen vermeintliche innere Feinde, die man im kommunistischen Parteiapparat und in der Gesellschaft wähnte. Einen Höhepunkt erreichte dieser Kampf in der «Kulturrevolution» (1966 bis 1976), als die von Mao mobilisierten Roten Garden nicht nur die verbliebenen Zeugnisse europäischer Kultur ausmerzten, sondern auch die Symbole der traditionellen chinesischen Kultur. Verfolgt wurden auch jene Chinesen, die sich aus fachlichen Gründen mit dem Westen beschäftigt oder enge Kontakte zu Personen aus dem Westen gepflegt hatten. Mit Maos Tod 1976 endete diese düstere Zeit im Verhältnis zum Westen.

Deng Xiaoping, der neue starke Mann im chinesischen Parteistaat, sah sich zu einer radikalen Umorientierung veranlasst. Grund war Maos Bruch mit der Sowjetunion Anfang der 1960er Jahre, der sich aus dem Kampf um den Führungsanspruch in der kommunistischen Bewegung ergab. Durch diesen Bruch war China vom Wissens- und Technologietransfer aus dem Ostblock abgeschnitten. Auch wirtschaftlich befand sich die Volksrepublik in einer schweren Krise: Die in der maoistischen Ära geschaffene industrielle Basis blieb ineffizient, mit dem Pro-

Bild: Ollie Atkins / White House / Getty Images



Februar 1972: Überraschend besucht US-Präsident Richard Nixon die Volksrepublik (links Premier Zhou Enlai). Nach dem Bruch mit der Sowjetunion ist China isoliert, und die USA suchen einen neuen Verbündeten.

duktionswachstum ging es nur langsam voran, in den Städten herrschte hohe Arbeitslosigkeit, auf dem Land war die Armut weit verbreitet. 1978 leitete Deng Xiaoping eine Politik der Reform und der Öffnung gegenüber dem Westen ein. Darauf war China angewiesen, wenn es aus den Turbulenzen des maoistischen Klassenkampfs zu ruhiger wirtschaftlicher Entwicklung finden wollte. Deng Xiaoping war zudem überzeugt, dass die internationale Isolation unter Mao ein schwerer Fehler gewesen war. Mao selbst allerdings hatte das Eis bereits im Februar 1972 gebrochen, als er in einem realpolitischen Schachzug den amerikanischen Präsidenten Richard Nixon empfangen hatte.

Der einzige Brückenkopf des Westens in der Volksrepublik war die Kronkolonie Hongkong. 1841 von den Briten besetzt, hatte sich die Stadt bald zu einem Einfallstor europäischer Ideen und einem Stützpunkt politischer Bewegungen entwickelt, die sich in China selbst nicht entfalten konnten. Hongkongs Aufstieg nach 1945 war möglich, weil Bankiers und Unternehmer aus den chinesischen Grossstädten hier während Krieg, Bürgerkrieg und Revolution sich selbst und ihren Besitz unter britischem Recht in Sicherheit gebracht hatten. Nachdem 1971 das westliche Wirtschaftsembargo gegen die Volksrepublik aufgehoben worden war, entwickelte sich Hongkong zu einem international bedeutsamen Handels- und Finanzknotenpunkt, über den China seine Geschäfte mit dem Westen abwickelte. Im Land selbst machten ab 1957 die jährlich stattfindenden Handelsmessen in Kanton beschränkte Wirtschaftskontakte mit dem Ausland möglich.

China musste sich auch darum der Aussenwelt öffnen, weil es Deng Xiaopings Programm der «Vier Modernisierungen» von 1978 umzusetzen galt: Reformen in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technologie sowie Landesverteidigung. Es ging um den

Übergang von einer zentralen Planwirtschaft zu einer Ökonomie mit marktwirtschaftlichen Strukturen; eine Herausforderung, die ohne westliche Kooperation nicht zu bewältigen war. Ab dem Jahr 1979 richtete China «Sonderwirtschaftszonen» für den internationalen Handel ein, um Kapital, Expertise und Technologien aus dem Westen anzuwerben. Innerhalb von fünf Jahren wurden 942 Abkommen mit ausländischen Investoren abgeschlossen, 1990 war ihre Zahl auf fast 30 000 gestiegen. Mit der stetig erweiterten Öffnung des Landes entfaltete sich auch eine neue gesellschaftliche Schicht: das private Unternehmertum, das für den Wiederaufbau der Kontakte zum Westen eine zentrale Rolle spielte.

Für den Wissens- und Technologietransfer musste einerseits das Bildungssystem wiederbelebt werden, das durch die Schulschliessungen während der Kulturrevolution ruiniert worden war. Zum anderen sollte sich ein internationaler akademischer Austausch entwickeln. In den 1980er Jahren entstanden eine Vielzahl von Veröffentlichungen zur westlichen Politik, zu Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Zugleich wurden westliche Klassiker aus Literatur, Philosophie und Sozialwissenschaften ins Chinesische übersetzt – unendlich viel mehr als in umgekehrter Richtung. Eine Bewegung, die sich «Neue Aufklärung» nannte, setzte sich zum Ziel, einen öffentlichen, vom Staat unabhängigen Raum zu schaffen, eine chinesische Zivilgesellschaft. Die Überzeugung von der Überlegenheit des Sozialismus schien einer neuen Bewunderung für die westliche Kultur und Gesellschaft zu weichen. Dass die Staatsspitze an der Parteiherrschaft und am sozialistischen Weg festhielt, hatte sich allerdings bereits im Jahr 1979 gezeigt, mit dem harschen Vorgehen der Regierung gegen die Bürgerrechtsbewegung, die eine Demokratisierung als «fünfte Modernisierung» forderte.

In Osteuropa gelingen nach dem Ende des Kommunismus friedliche Reformen – China schlägt die Demokratiebewegung blutig nieder. Studenten in Peking am 28. Mai 1989, wenige Tage vor dem Tiananmen-Massaker.



Bild: Stuart Franklin / Magnum Photos; Illustration: Agata Marszalek

Ein Jahrzehnt später wurden die Studentenproteste auf dem Tiananmen-Platz blutig niedergeschlagen. China ging damit einen anderen Weg als Ostmitteleuropa, wo Volksbewegungen den Untergang des Sowjetblocks einleiteten und zumindest in einigen Ländern Demokratisierungsprozesse anstiessen. In China dagegen setzte sich ab den späten 1980er Jahren ein Autoritarismus durch, der aufgrund wirtschaftlicher Erfolge immer selbstbewusster auftrat. Begleitet von nationalistischer Rhetorik, verminderte er den Einfluss des Westens einmal mehr. Darüber konnte auch Chinas Eintritt in die Welthandelsorganisation (WTO) 1999 nicht hinwegtäuschen, der ein Jahrzehnt sensationeller Wachstumsraten einleitete. Auch die Exportleistung im Hightech-Sektor verbesserte sich: China war nicht mehr nur ein gigantischer Produzent billiger Massenwaren.

Die wachsende globale Verflechtung Chinas im wirtschaftlichen Bereich kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Jahr 1989 eine fortwirkende Zäsur im Verhältnis zum Westen darstellt. Während der Kommunismus im Osten Europas kollabierte, setzte Chinas Kommunistische Partei ab den 1990er Jahren viel daran, Patriotismus und Nationalismus in der Bevölkerung zu mobilisieren. Diese Haltung steht der zunehmenden Kritik an China gegenüber: Wenn der Westen Mängel in den Bereichen Menschenrechte oder Demokratie kritisiert, werten das viele Chinesen als ungerecht und als Zeichen einer Systemrivalität zwischen ihrem Land und dem Westen.

Teilweise hat sich als zutreffend erwiesen, was der amerikanische Politikwissenschafter Samuel Huntington erstmals 1993 vorausgesagt hatte: eine allgemeine Herausforderung westlicher Werte, allzu dramatisch formuliert als «Kampf der Kulturen». Hier die globale Vernetzung der expansiven chinesischen Wirtschaftsmacht, dort der in den letzten Jahren zunehmend konfrontative Umgang mit Chinas Weltmachtstreben in Europa und, mehr noch, in den USA. Beide Entwicklungen deuten auf einen neuerlichen Umschwung im wechselvollen Verhältnis zwischen China und dem Westen. |G|



Sabine Dabringhaus, Jahrgang 1962, ist Historikerin und Professorin für Ostasiatische Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau. Ihre Forschungsschwerpunkte sind das spätkaiserliche Imperium in China, der Nationalismus im China des 20. Jahrhunderts, die chinesischen Geisteswissenschaften sowie Zentralasien (Tibet und Mongolei). 2008 erschien von ihr *Mao Zedong,* 2009 *Geschichte Chinas im 20. Jahrhundert* (beide im Verlag C. H. Beck), 2015 *Geschichte Chinas, 1279–1949* (De Gruyter).

Weiterführende Literatur

John S. Gregory: The West and China since 1500. Basingstoke 2003.

Martin Jacques: When China Rules the World. The Rise of the Middle Kingdom and the End of the Western World. London 2009.

Klaus Mühlhahn: Geschichte des modernen China. Von der Qing-Dynastie bis zur Gegenwart. München 2022.

David E. Mungello: The Great Encounter of China and the West, 1500–1800. Oxford 2006.

Jürgen Osterhammel: China und die Weltgesellschaft. Vom 18. Jahrhundert bis in unsere Zeit. München 1989.

Jonathan D. Spence: Das Tor des Himmlischen Friedens. Die Chinesen und ihre Revolution, 1895–1980. München 1985.

Kai Vogelsang: Kleine Geschichte Chinas. Stuttgart 2019.

Joanna Waley-Cohen. The Sextants of Beijing. Global Currents in Chinese History. New York 1999.

Odd Arne Westad: Restless Empire. China and the World since 1750. London 2012.



Drehscheibe Schweiz

Von Ariane Knüsel

Die chinesische Botschaft in Bern war bis in die 1970er Jahre Hauptquartier des kommunistischen China in Europa. Spionage und illegaler Handel blühten.



Erholungspause während der Indochinakonferenz in Genf: Chinas Premierminister Zhou Enlai (Dritter von links) und weitere chinesische Beamte am 4. Juni 1954 im Garten der Villa Montfleury in Versoix.

Im Februar 1959 lief das Telefon im Politischen Departement – dem heutigen Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten – heiss: Journalisten, Beamte des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements und Privatpersonen hatten Fragen zum ausserordentlich hohen Personalbestand der chinesischen Botschaft in Bern. Auch die Bundespolizei beobachtete argwöhnisch, wie Bern zum Zentrum der chinesischen Präsenz in Europa wurde. Nun hatte sie genug und forderte eine engmaschige Kontrolle aller Chinesinnen und Chinesen sowie Massnahmen zur Eindämmung der Anzahl von chinesischen Beamten in der Schweiz. Aussenminister Max Petitpierre versuchte die Wogen zu glätten: Die Schweiz profitiere von der «diplomatischen Zentrale», die China mit seiner Botschaft in Bern aufgebaut habe. Sie erleichtere den Handel mit China, und die Sonderrolle der Schweiz sei ein gutes Druckmittel, um Schweizer Interessen in China zu schützen.

Dass sich damals so viele Chinesen in der Schweiz aufhielten, hat historische Gründe. 1949 hatten die chinesischen Kommunisten den Bürgerkrieg gewonnen und ihre Feinde, die Nationalisten, nach Taiwan vertrieben. Am 1. Oktober 1949 wurde die Volksrepublik China ausgerufen. Der neue Leader Rotchinas, Mao Zedong, wollte das Land verändern – weg von Korruption, sozialer Ungleichheit und wirtschaftlicher Ausnutzung durch westliche Grossmächte hin zu einem sozialistischen Staat, der international respektiert würde und wirtschaftlich konkurrenzfähig war. Der Bundesrat sah die Stunde der Schweiz gekommen: Eine rasche Anerkennung Chinas sollte es Schweizer Firmen ermöglichen, sich auf dem chinesischen Markt zu etablieren, bevor die übrigen Länder dort Fuss fassen konnten.

Als eines der ersten westeuropäischen Länder anerkannte die Schweiz am 17. Januar 1950 die Volksrepublik China. In der offiziellen Pressemitteilung hiess es begründend lediglich, dass die kommunistische Regierung «die völkerrechtlichen Voraussetzungen für eine Anerkennung» erfülle. Die Schweiz wollte sich im Kalten Krieg als neutrale Vermittlerin zwischen dem kapitalistischen und dem kommunistischen Block etablieren; eine moralische Anerkennung des kommunistischen Systems bedeutete das nicht. Im September 1950 nahm die Schweiz mit China diplomatische Beziehungen auf, und bereits drei Monate später kamen die ersten chinesischen Diplomaten in Bern an. Sie begannen unmittelbar damit, ihre Botschaft zu einer Drehscheibe für Chinas politische, wirtschaftliche, kulturelle und nachrichtendienstliche Kontakte mit Westeuropa auszubauen.

Fünf Umstände erklären, weshalb China dafür die Schweiz wählte. Erstens gab es bis Mitte der 1960er Jahre nur in der Schweiz, in Grossbritannien, den Niederlanden und den skandinavischen Ländern überhaupt chinesische Gesandtschaften. Die Schweiz lag am zentralsten – Geschäftsleute, Auslandchinesen, Politiker, Spione und Journalisten aus ganz Europa waren schnell in Bern. Zweitens konnten die Chinesen in Bern dank der Schweizer Neutralität mit Diplomaten aus der ganzen Welt Kontakte knüpfen. Drittens war in Genf das europäische Hauptquartier der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen, und viertens konnte China die Mehrsprachigkeit der Schweiz für die sprachliche Ausbildung von Diplomaten und Übersetzern nutzen. Fünftens schliesslich konnte man mit der Swissair leicht alle Weltregionen erreichen. Kein anderes Land in Europa bot China mehr Möglichkeiten, sich als neue Macht auf der Weltbühne zu etablieren.

Für die Schweizer Chinapolitik waren umgekehrt Handelsinteressen zentral – und sie sind es bis heute. Besonders erfolgreich war man damit aber lange Zeit nicht. Seit die westlichen Mächte China in den beiden Opiumkriegen (1839–1842 und 1856–1860) mit Kanonenbootdiplomatie zum Handel gezwungen hatten, phantasierten Schweizer Unternehmer von den Hunderten Millionen Chinesen als potenziellen Käufern. Nach der Aufnahme der bilateralen Beziehungen 1950 schien die Lage für Exporteure von Maschinen, Apparaten und Instrumenten günstig, da es fast keine europäischen Rivalen gab und China einen grossen Bedarf an moderner Technologie hatte, um die Industrialisierung und die Modernisierung der Landwirtschaft voranzutreiben.

Bild S. 44/45: Intercontinental / AFP

Schnell zeigte sich aber, dass die Schweiz die chinesischen Kommunisten unterschätzt hatte. Sie machten den Schweizer Unternehmern das Leben schwer: Sie stellten immer seltener Visa und Exportbewilligungen aus, führten Monopole für bestimmte Warengruppen ein und trieben Verstaatlichungen voran. 1952 forderte der Schweizer Botschafter in Peking, Clemente Rezzonico, die Firmen mit einem Appell an den Nationalstolz zum Verbleiben auf: «Desertieren ist gegen den schweizerischen Charakter.» Er erinnerte an die «600 (und in einigen Jahren bereits 800) Millionen Konsumenten», die auf Schweizer Produkte warten würden – indes vergebens. Zahlreiche Firmen gaben ihre Filialen in China auf.

Der Botschafter in Peking mahnte: «Desertieren ist gegen den schweizerischen Charakter.»

Auch in der Schweiz blieben die Geschäftsabschlüsse mit China hinter den Erwartungen zurück. Der antichinesische Kurs der USA hatte viele Schweizer Unternehmen überzeugt, gar nicht erst mit den chinesischen Aussenhandelsorganisationen in Bern in Kontakt zu treten; zu gross war die Angst, amerikanische Handelspartner zu verärgern. Wer es trotzdem tat, wurde von den Chinesen oft zu enormen Preissenkungen oder Tauschgeschäften genötigt. Entgegen aller Hoffnungen bot die Schweizer Sonderrolle also keinen besonderen wirtschaftlichen Vorteil. Während des Koreakriegs (1950–1953) weigerte sich die Schweiz, das Embargo der westlichen Mächte, die Südkorea unterstützten, gegen den Nordkorea-Verbündeten China mitzutragen. Sogar das wirkte sich jedoch nicht gross auf den Handel aus – zumindest nicht auf den legalen.

Illegale Geschäfte waren eine andere Sache. Länder wie China durften zwar gemäss internationalen Abkommen keine Atombomben besitzen oder bauen, die Sowjetunion unterstützte China aber nach 1949 mit Wissenschaftern, Technologien und Material. Als Mao die Sowjetunion in den späten 1950er Jahren immer schärfer kritisierte und China als neue Führungsmacht der kommunistischen Staaten darstellte, beendete die Sowjetunion die Zusammenarbeit. Chinas Traum einer eigenen Atombombe schien zu platzen, wäre da nicht die chinesische Botschaft in Bern gewesen. Obwohl aus Neutralitätsgründen offiziell kein Kriegsmaterial aus der Schweiz nach China exportiert werden durfte, hatte die Botschaft ein Netzwerk von Embargowarenhändlern in ganz Europa aufgebaut. Uran, schweres Wasser und andere Stoffe sowie Geräte konnten so illegal erworben und nach China verschifft werden. Die Schweizer Bundespolizei arbeitete mit Interpol, westlichen Geheimdiensten und Polizeiorganisationen zusammen, um die Händler zu stoppen. Doch sie war nicht bei allen Sendungen erfolgreich, und 1964 zündete China seine erste Atombombe.

Der Handel mit China entwickelte sich auch deshalb nicht so stark, weil die Chinesen Wirtschaftsspionage betrieben. Delegationen aus China und Mitarbeiter der chinesischen Handelsabteilung in Muri bei Bern besuchten praktisch wöchentlich Schweizer Firmen und Fabriken. Oft forderten sie Einblick in verschlossene Abteilungen, die zum Beispiel Kriegsmaterial produzierten. 1956 berichtete die Bundespolizei über die häufige Anwesenheit des chinesischen Militärattachés bei Fabrikbesuchen und monierte: «Diese Herren interessieren sich bestimmt nicht nur für die Ausfuhr von Uhren, sondern sie haben mehr Interesse für andere Sachen!»

Damit nicht genug: Wer in China Produkte verkaufen wollte, musste vor chinesischen Experten Vorträge über die verwendeten Technologien und Produktionsverfahren halten. 1965 kritisierte Hans Keller, der damalige Schweizer Botschafter in Peking, dass Wirtschaftsvertreter bei solchen Vorträgen «wie Zitronen ausgequetscht» würden. Häufig kam es anschliessend nicht einmal zu einem Vertragsabschluss, da die Chinesen das benötigte Wissen bereits erhalten hatten. Auch der Markenschutz war ein Problem. Von Nestlé-Schokolade über das Ciba-Medikament Coramin

bis zu Sugus kopierten die Chinesen alle möglichen Schweizer Produkte. Fernand Bernoulli, der Vorvorgänger von Hans Keller, stellte bereits 1958 resigniert fest: «Maschinen, Apparate, Verfahren, die in der chemischen Industrie verwendet werden, usw. – alles wird mit unglaublicher Geschicklichkeit gefälscht.»

Der Handel zwischen den beiden Ländern verlief bis Ende der 1970er Jahre schleppend. Das hatte auch mit Maos Wirtschaftspolitik zu tun. In den 1950er und 1960er Jahren setzte er verschiedene politische Programme um. Dazu gehörten der «Grosse Sprung nach vorn», mit dem die chinesische Wirtschaft auf das Niveau der westlichen Mächte gebracht werden sollte, oder die Kulturrevolution, mit der die Jugend dazu aufgerufen wurde, die Feinde der Revolution auszumerzen. Erfolgreich war Mao damit nicht – der «Grosse Sprung nach vorn» führte zu einer Hungersnot, die 45 Millionen Opfer forderte, während im Zuge der Kulturrevolution knapp 2 Millionen Menschen getötet und über 22 Millionen politisch verfolgt wurden.

Trotzdem gilt in China bis heute die Devise: Mao war siebzig Prozent gut und dreissig Prozent schlecht. Erst nach seinem Tod 1976 kamen Reformer an die Macht, darunter Deng Xiaoping. Im Gegensatz zu Mao war Deng der Meinung, dass begrenzte kapitalistische Massnahmen sowie Know-how und Technologien aus dem Westen nötig seien, um die chinesische Wirtschaft anzukurbeln. Die Macht der Kommunistischen Partei sollte aber auch in diesem «Sozialismus chinesischer Prägung» absolut sein.

Die Schweiz hatte bereits 1974 ein Handelsabkommen mit China abgeschlossen und stand bereit, als 1978 westliche Direktinvestitionen in China erlaubt wurden. Bei den Schweizer Firmen herrschte Goldgräberstimmung, allerorten wurden Workshops zum Handel mit China angeboten. 1979 warnte der Chefbeamte für Handelsverträge, Benedikt von Tscharner, dass China kein leicht zugänglicher Markt für Konsumgüter wie «Skischuhe, Schokolade oder Haarsprays» sei. Schliesslich war die Kulturrevolution mit ihrem Versuch, alles Westliche und Konterrevolutionäre in China auszumerzen, erst 1976 offiziell beendet worden. Chinesen und Chinesinnen kleideten sich immer noch in Mao-Anzüge – eine Art Uniform aus Hose und einer Jacke mit aufgenähten Taschen. Von Tscharner riet Wirtschaftsvertretern, chinesische Gepflogenheiten und die Wirtschaftspläne der Regierung zu studieren, und mahnte, dass es bis zu einem Vertragsabschluss Jahre dauern konnte.

Auch Uli Sigg, der für die Ebikoner Firma Schindler 1980 das erste westliche Joint Venture in China abschloss, warnte vor Euphorie: «Der chinesische Markt ist mit Sicherheit kein Eldorado.» Seine Worte verhallten ungehört. Allein im Jahr 1980 reisten mehr als 800 Schweizer Wirtschaftsvertreter nach China, und bis 1989 gab es über ein Dutzend chinesische Joint Ventures mit Schweizer Firmen. Die Palette reichte von Mövenpick-Radisson-Hotels über Nestlé-Milchprodukte und Hoffmann-La-Roche-Vitamine bis hin zu alkoholfreiem Bier von Feldschlösschen. Viele Verhandlungen endeten trotz hohem Aufwand allerdings erfolglos.

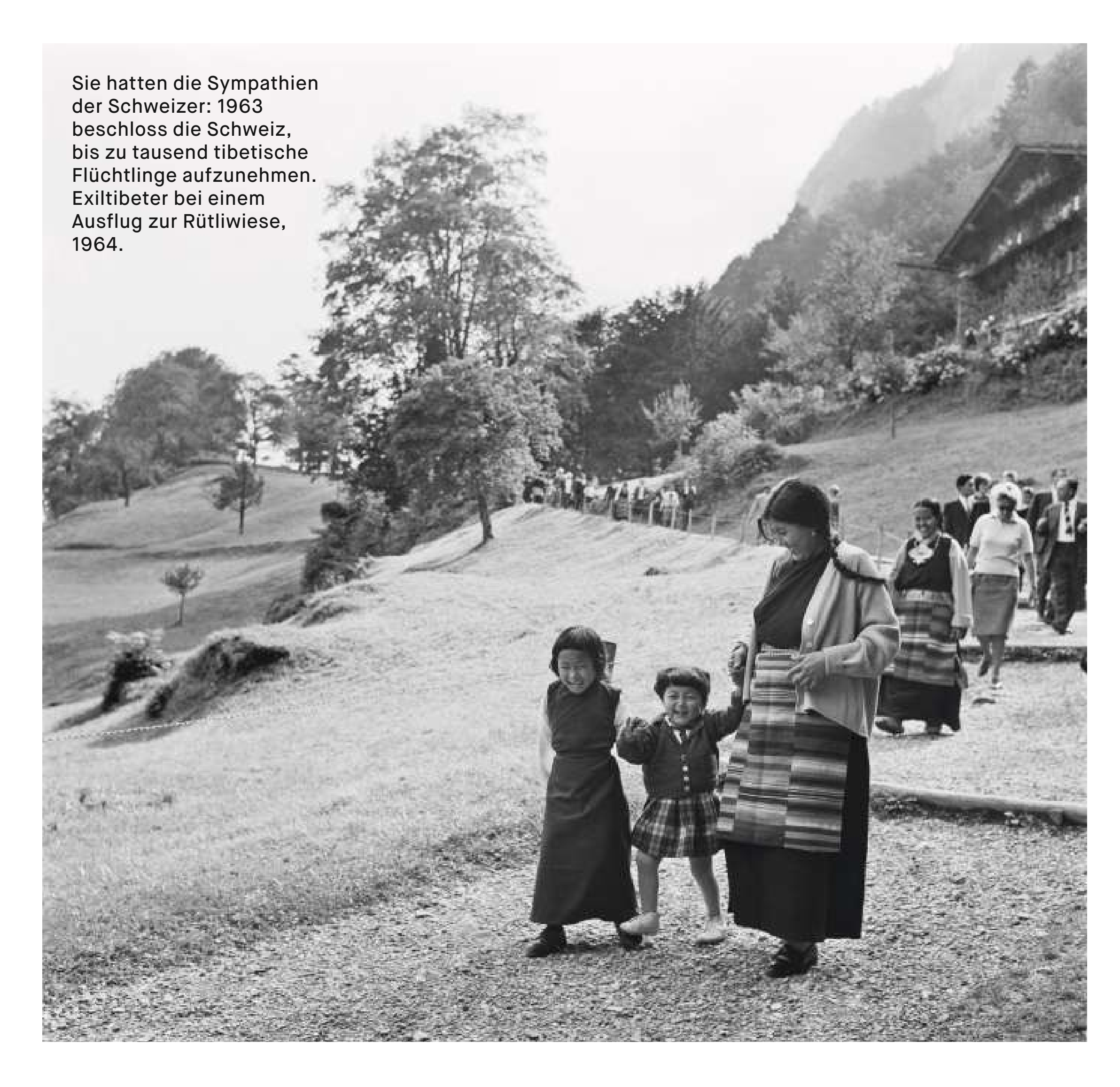
Dazu bereitete die Sonderrolle der Schweiz den Politikern seit längerem Kopfzerbrechen. Ausländische Medien warfen der Schweiz immer wieder vor, China missbrauche sie als europäisches Spionagehauptquartier. Das war nicht völlig aus der Luft gegriffen. In den 1950er und 1960er Jahren verkehrten in der chinesischen Botschaft in Bern und im Generalkonsulat in Genf bis zu hundert chinesische Beamte und Diplomaten. Die Bundespolizei verdächtigte bis zu zwei Drittel von ihnen, nachrichtendienstlich tätig zu sein. Bundesrat Max Petitpierre fühlte sich verpflichtet, zu betonen, dass die Botschaft als wirtschaftliches, politisches und kulturelles Zentrum eine grosse Zahl an Funktionären erfordere, und Bundesanwalt René Dubois versteckte sich hinter erkennungsdienstlichen Problemen und europäischen Sehgewohnheiten: Eine vollumfängliche Überwachung von Verdächtigen sei «wegen der Sprache und der Unmöglichkeit, die Chinesen voneinander zu unterscheiden», besonders schwierig.

Auch wenn chinesische Spione identifiziert werden konnten, was in über einem Dutzend Fällen geschah, blieb der Bund meist untätig –

Bild: Keystone / Str

aus Furcht vor wirtschaftlichen Sanktionen. Immer wieder wies er darauf hin, dass es den Handel negativ beeinflusse und die Sicherheit von Schweizerinnen und Schweizern in China gefährde, wenn man die chinesische Regierung brüskiere. Auch während der Kulturrevolution mahnte der Botschafter Clemente Rezzonico den Bundesrat zur Ruhe, da sonst damit gerechnet werden müsse, dass die Schweizer Botschaft in Peking «kurz und klein geschlagen» werde.

Chinesische Diplomaten wurden dagegen regelmässig mit Kritik beim Politischen Departement vorstellig. Sie verlangten, dass chinakritische Artikel und Karikaturen unterbunden werden, und zeigten wenig Verständnis für die Schweizer Pressefreiheit. Auch die Präsenz von taiwanischen Diplomaten in der Schweiz war ein Problem. Für China ist Taiwan eine abtrünnige Provinz. Wer mit der Volksrepublik offizielle Beziehungen unterhalten will, darf Taiwan nicht als Nation anerkennen; die Schweiz beendete 1950 ihre Beziehungen zum Inselstaat. Bei der Uno in Genf hatte Taiwan aber bis 1971 den China-Sitz inne, und als Uno-Delegierte genossen Taiwaner in der Schweiz Diplomatenstatus.



Sie hatten die Sympathien der Schweizer: 1963 beschloss die Schweiz, bis zu tausend tibetische Flüchtlinge aufzunehmen. Exiltibeter bei einem Ausflug zur Rütliwiese, 1964.



Reger Austausch und erste Joint Ventures: Wirtschaftsvertreter aus China besuchen die Schweiz, um 1980.

Für die Chinesen war das offiziell inakzeptabel, heimlich aber nutzten sie die Situation aus und bauten mit taiwanischen Diplomaten ein internationales Spionagenetzwerk auf, das bis nach Europa, Amerika und Asien reichte. Taiwaner gaben Uno-Material weiter und erteilten Auskunft über die taiwanische Regierung, über Politiker, Diplomaten und Expats. Das wichtigste Druckmittel von China scheinen Familienangehörige in der Volksrepublik China gewesen zu sein; manche Taiwaner wollten auch zurück nach China. Der Bundesrat machte gute Miene zum bösen Spiel. Ausländische Spionage wurde von Gesetzes wegen nur geahndet, wenn sie die Sicherheit der Schweiz gefährdete.

Weit problematischer für die bilateralen Beziehungen waren die tibetischen Flüchtlinge in der Schweiz. Nach der Machtübernahme der Kommunisten wurde Tibet mit Gewalt der chinesischen Regierung unterstellt. 1959 kam es zu einem Aufstand; der Dalai Lama flüchtete mit rund hunderttausend Tibeterinnen und Tibetern nach Indien. In der Schweiz fanden landesweite Spendenaktionen statt, und 1963 beschloss der Bundesrat, tausend tibetische Flüchtlinge aufzunehmen. Bis heute hat die Schweiz die grösste exiltibetische Gemeinschaft Europas. China ist das ein Dorn im Auge. Es reagiert äusserst empfindlich auf Handlungen, die als versuchte Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten interpretiert werden könnten.

Doch die Schweiz hatte lange einen Trumpf in der Hand: Die Volksrepublik konnte es sich schlicht nicht leisten, aus verletztem Nationalstolz die Funktionstüchtigkeit seiner wichtigsten westeuropäischen Botschaft aufs Spiel zu setzen. Die Schweizer Sonderrolle endete, als in den frühen 1970er Jahren die meisten europäischen Länder offizielle Beziehungen mit China aufnahmen. Von da an musste sich die Schweiz entscheiden, ob sie weiter eine Politik mit Samthandschuhen verfolgen oder Kritik an Chinas Menschenrechtsverletzungen üben und dabei Handelssanktionen riskieren wollte.

Die blutige Niederschlagung der friedlichen Proteste auf dem Tiananmen-Platz in Peking am 4. Juni 1989 ist bis heute einer der wenigen Anlässe, bei denen die Schweiz öffentlich Kritik an

der chinesischen Führung und ihrer Unterdrückung der Bevölkerung formulierte. Während das Parlament heftige Vorwürfe an die Kommunistische Partei Chinas richtete, argumentierte SVP-Nationalrat Christoph Blocher, dass man von China keine Einhaltung der Menschenrechte erwarten dürfe. Kritik bewirke zudem oft das Gegenteil von dem, was intendiert sei: Chinesen hätten ein «ausserordentliches Nationalbewusstsein». Es schlage rasch um in «Feindschaft gegenüber dem ausländischen Staat». Anders ausgedrückt: Wer in China Geld machen wolle, dürfe nicht mit dem moralischen Zeigefinger kommen. Blocher war nicht der Einzige, der so dachte. Schon wenige Wochen nach dem Massaker waren die meisten Vertreter der grossen Schweizer Firmen nach China zurückgekehrt. Im Gegensatz zu anderen westlichen Staaten weigerte sich der Bundesrat, Sanktionen einzuführen. So wurde die Schweiz wieder zu einem wertvollen Partner für China.

Obwohl die Schweiz 1991 einen Menschenrechtsdialog mit China begann, zeigte sich die Regierung der Volksrepublik weiterhin empfindlich. Als Bundesrätin Ruth Dreifuss 1999 Präsident Jiang Zemin empfing und sich pro-tibetische Demonstrantinnen vor dem Bundeshaus in Szene setzten, polterte Jiang: «Sie haben einen Freund verloren!» Seither sind pro-tibetische Demonstrationen auf dem Bundesplatz bei solchen Anlässen nicht mehr bewilligt worden. Zudem wird der Dalai Lama bei seinen Besuchen in der Schweiz nicht offiziell empfangen.

In den letzten Jahren hat sich die Schweizer Chinapolitik zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht ausgezahlt: 2003 wurde die Grossbank UBS in China als erster «qualifizierter ausländischer institutioneller Investor» eingestuft, und 2013 schloss die Schweiz als erstes kontinentaleuropäisches Land ein Freihandelsabkommen mit China ab. Während die EU, die USA, Kanada, Grossbritannien, Island und Norwegen 2021 wegen der Unterdrückung der Uiguren und der Drohpolitik gegen Hongkong Sanktionen gegen China einführten, hält sich die Schweiz zurück. Als im Parlament gefordert wurde, das Freihandelsabkommen durch Verweise auf die Einhaltung der Menschen- und Arbeitsrechte zu ergänzen, winkte der Bundesrat ab.

Doch das Schweizer Interesse an einer Kooperation mit China ist nicht grenzenlos. Besonders seit der Übernahme von Syngenta durch Chem China 2017 macht sich Unbehagen bemerkbar. 2021 investierten chinesische Firmen 96 Millionen US-Dollar in der Schweiz; China macht kein Hehl daraus, dass es dadurch an Schweizer Technologie kommen will. Auch die zahlreichen Kooperationsabkommen mit Schweizer Universitäten werden immer mehr infrage gestellt. 2021 beschloss das Parlament gegen den Willen des Bundesrats, dass eine Genehmigungsbehörde zu schaffen sei, die problematische ausländische Investitionen prüfen soll. Zuoberst auf der Liste solcher Investitionen stehen jene aus China.

Wie geht es weiter mit den sino-schweizerischen Beziehungen? Seit Monaten werweissen die Medien, ob die Schweiz sich den europäischen Sanktionen gegen die Volksrepublik doch noch anschliessen wird. Ein Blick auf die Geschichte der bilateralen Beziehungen lässt allerdings vermuten, dass wirtschaftliche Überlegungen auch in Zukunft dominieren werden und Menschenrechtsfragen hintanstehen müssen. |G|



Ariane Knüsel, Jahrgang 1980, ist externe wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Freiburg, Dozentin an der Universität Bern und Geschichtslehrerin an der Kantonsschule Baden. Sie erforscht die schweizerisch-chinesischen Beziehungen und die Spionage im Kalten Krieg. 2022 erschien von ihr bei Cambridge University Press *China's European Headquarters*.



Weiterführende Literatur

Cyril Cordoba: Au-delà du rideau de bambou. Relations culturelles et amitiés politiques sino-suisses (1949–1989). Neuenburg 2020.
Ariane Knüsel: China's European Headquarters. Switzerland and China during the Cold War. Cambridge 2022.
Daniel Leese: Maos langer Schatten. Chinas Umgang mit der Vergangenheit. München 2020.
Klaus Mühlhahn: Geschichte des modernen China. Von der Qing-Dynastie bis zur Gegenwart. München 2022.
Xu Yingzhi (Hg.): Geschichten der Freundschaft über China und die Schweiz. Peking 2016.



Der Kleinstaat und die Supermacht

Neue Häfen, neue Bahnlinien, neue Pipelines, und das alles dank chinesischen Geldern: Ist die «neue Seidenstrasse» ein Mittel, um Entwicklungsländer abhängig zu machen? Der Fall Djibouti.

Von Ralph Weber und Selina Morell



Auf die Investoren aus Dubai folgten jene aus der Volksrepublik: Ein chinesischer und ein einheimischer Bauarbeiter bei der Zufahrt zur Freihandelszone von Djibouti, 2017.

Im Jahr 2012 ging alles schnell. Es war Januar, als eine Delegation aus China in Djibouti eintraf, im Kleinstaat am Horn von Afrika, direkt an der Einfahrt zum Roten Meer gelegen. Die Chinesen vertraten CMG, die China Merchants Group, ein Staatsunternehmen mit 230 000 Angestellten, weltweit tätig in der Schifffahrt, aber auch im Finanz- und Immobilienwesen. Sie trafen sich mit Aboubaker Omar Hadi, dem Leiter der Behörde, die den Hafen und die Freihandelszone Djiboutis überwacht. Hadi hatte seine Karriere im Hafen begonnen und später massgeblich mitgeholfen, Djiboutis Handelsbeziehungen mit dem grossen Nachbarn Äthiopien zu vertiefen. Als Freund des Staatschefs war er der Richtige für die Investitionspläne von CMG.

Der Kontakt lohnte sich. Schon im Mai kam es zu einem Treffen mit dem Staatschef, und kurz darauf erhielt ein Unternehmen in Dubai Post. Man werde eigene Anteile am Hafen an CMG verkaufen, erklärte Djibouti der emiratischen Firma DP World, die bislang der einzige ausländische Partner im neuen Containerterminal von Djibouti war. Ende des Jahres unterschrieb CMG den Vertrag, erwarb 23,5 Prozent am Hafen und wurde Miteigentümerin des Terminals. Heute ist er Djiboutis grösster Arbeitgeber und eine der wichtigsten Einnahmequellen des Landes.

CMG ist nicht irgendeine Firma. Sie entstand im späten 19. Jahrhundert, als China mit der Bewegung der «Selbststärkung» eine ausländische Vorherrschaft verhindern und vom Westen lernen wollte. Eine enorme Bedeutung gewann CMG ab 1978, mit der Reform- und Öffnungspolitik unter Chinas Machthaber Deng Xiaoping. Mit CMG kam auch, so wird es gern erzählt, die «neue Seidenstrasse», die sogenannte Belt-and-Road-Initiative, nach Djibouti. Eine weitere Etappe in den globalen Ambitionen Chinas. Und ein Wendepunkt für Djiboutis Wirtschaft.

Im Herbst 2013 hatte Chinas Staatspräsident Xi Jinping die Belt-and-Road-Initiative angekündigt, einen neuen Landweg («belt») und einen neuen Seeweg («road») zwischen China und Europa. Die Initiative wurde als grösstes Infrastrukturprojekt der Welt bezeichnet, von Investitionen von mehreren Billionen Dollar war die Rede. Die Regierung beabsichtigte, in über hundert Ländern ein weitverzweigtes Transport- und Handelsnetz zu errichten. Wie zu Zeiten der alten Seidenstrasse sollte China wieder enger mit der Welt verbunden werden.

Im Vergleich zur Volksrepublik ist Djibouti winzig, es zählt knapp eine Million Einwohner. Aber es befindet sich an einer der wichtigsten Seerouten, an der Meerenge, die den Golf von Aden mit dem Roten Meer verbindet. Neben der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich verfolgen die USA, die Emirate, aber auch Iran, die Türkei und Japan hier Interessen. Neuerdings ist es vor allem die Anlehnung an China, mit der sich die Frage stellt, was ein Kleinstaat wie Djibouti gegenüber einer Supermacht zu sagen hat. Zugleich wirft der Fall ein Licht auf Chinas globale Ambitionen. Am Horn von Afrika zeigt sich, dass es auch für eine Weltmacht wie China einen Unterschied zwischen Theorie und Praxis gibt.

Der Unterschied beginnt damit, dass die Geschichte der Belt-and-Road-Initiative weiter zurückreicht als bis zu Xi Jinpings Ankündigung im Herbst 2013. Chinesische Firmen waren in Djibouti aufgetaucht, lange bevor man dort etwas von einer Initiative aus China gehört hatte; oft wurden unter dem neuen Namen bestehende Geschäfte fortgeführt. So war es auch bei bekannteren Belt-and-Road-Projekten, etwa bei den Häfen in Piräus, wo die chinesische Cosco Shipping Corporation bereits 2009 investiert hatte, oder im pakistanischen Gwadar, wo die China Overseas Port Holdings 2013 die Kontrolle übernommen hatte: Die Engagements wurden nachträglich zu Belt-and-Road-Projekten erklärt. Das gilt auch für das Engagement von CMG in Djibouti.

CMG steht zudem symbolisch für die internationale Kritik an der «neuen Seidenstrasse». Fast von Beginn weg war von undurchsichtigen Vereinbarungen die Rede, von Mängeln beim Einbezug der lokalen Wirtschaft und bei den Umweltstandards; zudem wurden China hegemoniale Absichten unterstellt. 2017 erreichte die Kritik einen Höhepunkt. Das hatte wesentlich mit CMG zu tun, die gerade den Hafen von Hambantota in Sri Lanka für 99 Jahre gepachtet hatte. Vertreter der US-Regierung kritisierten, China bringe

Bilder S. 52/53 und S. 55: Dominic Nahr / Maps / Ag. Focus



Entwicklungsländer in eine «Schuldenfalle», um sie abhängig zu machen. Auch Djibouti wurde genannt. 2018 beliefen sich die Schulden des Landes auf über 80 Prozent des Bruttoinlandprodukts – Hauptkreditgeber war China.

Die Belt-and-Road-Projekte wurden immer mehr zum Inbegriff chinesischen Grossmachtstrebens. Die Führung in Peking musste reagieren, schliesslich hatte sie die Initiative in die Parteicharta schreiben lassen. So drosselte sie die Rhetorik, betonte Umweltaspekte («grüne Seidenstrasse») und kontrollierte die Staatsunternehmen stärker. Zugleich wurde die Initiative stark ausgeweitet. Neu gab es eine Seidenstrasse für die Arktis, eine für die digitale Welt und sogar eine für den Weltraum – Belt-and-Road-Politik wurde chinesische Aussenpolitik. Trotzdem geriet die Initiative ins Stocken. Zuletzt wurden vermehrt Schuldenerlasse gefordert und Vereinbarungen neu verhandelt. Aber während Chinas Auslandinvestitionen in der EU schon vor der Corona-Pandemie zurückgingen, nahmen sie in Afrika sogar ein wenig zu. Jedenfalls schlug Xi Jinping an einer Uno-Generalversammlung im Herbst 2021 bereits eine weitere Grossinitiative vor, um die Weltwirtschaft mit chinesischen Auslandinvestitionen anzukurbeln, die «Global Development Initiative». Im April 2022 folgte die «Global Security Initiative», mit der China Partnerschaften im Sicherheitsbereich fördern will. Über beide Programme ist noch wenig bekannt. Auch nicht darüber, wie sie sich zur Belt-and-Road-Initiative verhalten.

Djibouti lebt vom Hafen in der gleichnamigen Hauptstadt: Am Eingang zum Roten Meer gelegen, ist er eine Drehscheibe für den Welthandel (2017).

Ebenso unklar bleibt, wann Djibouti überhaupt Teil der «neuen Seidenstrasse» wurde. Es gibt bei dieser Initiative keinen formellen Beitritt, und China führt keine letztgültige Liste der beteiligten Länder. Einzelne Kommentatoren datieren Djiboutis «Beitritt» aufs Jahr 2015, andere erst auf 2018. Diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik hatte das Land schon 1979 aufgenommen. Doch die Wirtschaftsbeziehungen



waren lange bescheiden. In Fahrt kamen sie erst mit der «Go Out Policy», die Chinas Regierung 1999 initiierte: Auf Geheiss der Kommunistischen Partei verstärkten chinesische Privatfirmen, aber vor allem die Staatsunternehmen ihre Investitionen im Ausland massiv. Das spürte auch Djibouti. In diese Zeit fielen der von chinesischen Banken finanzierte Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur des Landes und die starke Zunahme von Importen aus China.

Der Wendepunkt kam 2012. Hatten für chinesische Investoren zuvor oft eher symbolische Projekte im Vordergrund gestanden, Bauten wie der Volkspalast zum Beispiel, ging es fortan um die Infrastruktur für den internationalen Verkehr, wie der Politikwissenschafter und Historiker Benjamin Barton feststellt. Wichtige Projekte, die ebenfalls erst nachträglich als Teil der Belt-and-Road-Initiative fungierten, nahmen damals ihren Anfang. Dazu gehört die Bahnlinie zwischen Djibouti und der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba, die hauptsächlich die chinesische Exim-Bank finanzierte.

Tatsächlich ist Djiboutis Wirtschaft eng mit jener des Nachbarlands verzahnt: Das bevölkerungsreiche Äthiopien hat keinen Meeranstoss, 95 Prozent des äthiopischen Seehandels laufen heute über Djibouti. Djibouti wiederum verdient fast drei Viertel seiner Einkünfte mit dem Gütertransport nach Äthiopien, der über den neuen Hafenterminal und die Bahnlinie abgewickelt wird; einen grossen Teil der Fracht machen Waren aus China aus. Doch wie der Politikwissenschafter David Styan schreibt, machen Djibouti neue regionale Häfen Konkurrenz, in Eritrea, Kenya oder Somalia. Dazu kommt, dass Äthiopien und Eritrea ihren Krieg beendet haben und friedliche Beziehungen unterhalten. So sorgt auch die geplante Ölpipeline von der eritreischen Küste nach Äthiopien für Befürchtungen in Djibouti, dass man drei Viertel des Handels mit

Djibouti ist auch ein Hotspot für die Armeen dieser Welt: Soldaten aus China beobachten ein Training der französischen Luftwaffe in der Wüste Grand Bara (2020).

Äthiopien verlieren könnte. Davon wäre auch die Bahn zwischen Djibouti und Äthiopien betroffen, ein Flaggschiff der «neuen Seidenstrasse», das erst seit kurzem Gewinne abwirft. All das hätte Folgen für Djiboutis Verschuldung, aber auch für seine Gläubiger. Ob man an eine «Schuldenfalle» glaubt oder nicht: Regionale Entwicklungen in den Belt-and-Road-Gebieten sind auch ein Risiko für China. Aber noch ist es mit der Neuausrichtung Äthiopiens nach Eritrea nicht so weit. 2019 kündigten Äthiopien und Djibouti ihrerseits eine neue Gaspipeline an, welche die chinesische Firma GCL-Poly bauen soll. An Plänen und Visionen mangelt es auf keiner Seite.

Neben seiner Funktion als Hafen und Transitland für Äthiopien ist Djibouti auch ein Hotspot für die Armeen dieser Welt. So haben die Amerikaner, die Franzosen und die Japaner Militärbasen auf djiboutischem Boden errichtet. Die Mietzahlungen belaufen sich auf mehr als hundert Millionen Dollar jährlich, keine geringe Summe bei einem Bruttoinlandprodukt von rund 3,4 Milliarden Dollar im letzten Jahr.

2017 eröffnete auch Chinas Volksbefreiungsarmee in Djibouti eine Militärbasis, ihre erste überhaupt im Ausland. In Kombination mit der hohen Staatsverschuldung bei chinesischen Geldgebern löste das Ängste vor einer schleichenden Übernahme Djiboutis aus. Dass sich die Chinesen zunächst weigerten, die Sache beim Namen zu nennen, und von einem Logistikzentrum sprachen, half da wenig. Dabei war Djibouti als Standort für eine chinesische Basis schon länger ein Thema. Xi Jinping verfügte laut dem Politikwissenschafter Jean-Pierre Cabestan schon 2013 über entsprechende Vorschläge, was zeitlich mit Entscheiden für grosse Belt-and-Road-Infrastrukturprojekte in der Region zusammenfällt.

Die Entscheidung für Djibouti war aber wohl eher dem Umstand geschuldet, dass Chinas Armee hier überhaupt geduldet war, im Gegensatz zu anderen afrikanischen Ländern. Zudem hatten die chinesischen Seestreitkräfte im Rahmen ihrer internationalen Anti-Piraterie-Task-Force bereits gute Erfahrungen mit Djibouti gemacht. Die Kooperation der beiden Länder im Sicherheitsbereich wurde 2014 vertieft, als ein Abkommen chinesischen Kriegsschiffen die verstärkte Nutzung djiboutischer Häfen ermöglichte. Als sich im Jahr darauf die Sicherheitslage in Jemen verschlechterte, auf der anderen Seite der Meerenge, evakuierte China seine Bürger auch über den Hafen von Djibouti. Bei einer nächsten Evakuierungsmission könnte China auf seinen eigenen Stützpunkt in Djibouti zurückgreifen.

Wann auch immer Djibouti auf der Bildfläche der Belt-and-Road-Planer in Peking erschien: Es wäre falsch, den Kleinstaat nur als Spielball Chinas zu verstehen. Djibouti verfolgte eigene Pläne und bemühte sich um die bestmöglichen Partner. So wurde 2014 mit der Weltbank die «Vision Djibouti 2035» ausgearbeitet. Die emiratische DP World, deren Geschäftsbeziehungen zur djiboutischen Regierung schon länger schwierig waren, hatte hier noch ihre Rolle. Aber die Ausrichtung nach China war bereits absehbar. Dass schliesslich ein chinesisches Staatsunternehmen der wichtigste Partner in der Entwicklung der Hafenwirtschaft Djiboutis wurde, dürfte vor allem mit der Suche der Regierung nach einem neuen Partner zusammenhängen.

Strategisch bedeutsame Kleinstaaten haben also durchaus einen Handlungsspielraum gegenüber dem mächtigen China. Das zeigen auch die Nachverhandlungen, die Djibouti 2017 und 2019 mit der Exim-Bank führte; es ging um die Darlehensbedingungen für die Bahn nach Äthiopien. Wie Jean-Pierre Cabestan erklärt, ging Djibouti auch nicht auf Chinas Bitte ein, den Bau einer französischen Entsalzungsanlage zu unterbinden, die ab 2018 in unmittelbarer Nähe der chinesischen Militärbasis entstand.

Vielleicht kann man von Djibouti mehr über die Belt-and-Road-Initiative lernen, als man auf



Bild: Dominic Nahr / Maps / Ag. Focus

den ersten Blick sieht. Solche Programme entstehen auf dem Reissbrett. Es wird gross gedacht, mit dem globalen Blick und mit globalisierten ideologischen Konzepten. So schrieb ein Vertreter der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften in der *Beijing Review:* «Wie das chinesische Volk den Traum der nationalen Verjüngung hegt, so verfolgt das afrikanische Volk den Traum, sich zu entwickeln und die Armut zu lindern.» Wenn der Entwurf vom Reissbrett dann aber auf die komplexe Wirklichkeit trifft, auf Interessen anderer Mächte oder strategisch wichtiger Kleinstaaten wie Djibouti, sind oft Anpassungen nötig. Das erste Jahrzehnt der Belt-and-Road-Initiative ist eine Geschichte solcher Anpassungen. Xi Jinping selbst sprach, als er die Initiative in Reaktion auf Kritik neu justierte, von groben Pinselstrichen, die nun verfeinert werden müssten.

Für Djibouti ergibt sich eine durchzogene Bilanz, und die Schwierigkeiten haben nicht nur mit China zu tun. Wenn Projekte medienwirksam angekündigt werden, sind die Zahlen der erwarteten Arbeitsplätze oft stark übertrieben. Ein Beispiel ist die Freihandelszone, von der man sich langfristig 350 000 Stellen und eine Versiebenfachung des Handelsvolumens erhoffte. Schon vor der Eröffnung hatten sich angeblich über fünfhundert Unternehmen für eine Registrierung gemeldet. Gemäss Benjamin Barton waren es 2019 faktisch aber nur achtzig. Und während zu der Zeit bereits 12 000 Jobs geschaffen worden sein sollten, stand die Zahl offiziell bei 1500.

Schliesslich ging auch der Einstieg von CMG in den Hafen von Djibouti nicht reibungslos vonstatten. Nach jahrelangen juristischen Streitereien mit DP World, dem emiratischen Betreiber des Hafens, verstaatlichte Djibouti den Containerterminal 2018 kurzerhand – angeblich, weil DP World in Somaliland einen weiteren Korridor nach Äthiopien schaffen wollte. Djibouti sah seine Rolle als Transitland gefährdet; kurz darauf wurde CMG zum wichtigsten Partner im Hafen von Djibouti. DP World klagte vor dem zuständigen internationalen Gericht in London und erhielt einen Schadenersatz von fast siebenhundert Millionen Dollar zugesprochen. Doch bis jetzt ignoriert Djibouti die Gerichtsurteile.

Mit einer neuen Klage gegen CMG möchte DP World aus der Sackgasse herausfinden. Die Anwälte des Unternehmens behaupten, das Regime in Djibouti habe den Terminal auf Druck chinesischer Geldgeber hin verstaatlicht, um für die wachsenden Schulden bei China aufzukommen.

Der Fall ist noch hängig. Laut Berichten treibt DP World zugleich Hafenprojekte in Somalia voran. Daneben wurde jüngst bekannt, dass China in Djibouti einen Weltraumbahnhof bauen möchte – just im Moment, da der Kleinstaat seine Schulden nicht mehr bedienen kann. Noch im Mai 2021 titelte die *Financial Times:* «Der Traum von Djiboutis Hafen, das Singapur Afrikas zu werden». Der Traum steht auf wackligen Beinen. |G|



Ralph Weber, Jahrgang 1974, ist Professor für European Global Studies an der Universität Basel. Er beschäftigt sich mit den europäisch-chinesischen Beziehungen und den globalen Ambitionen der Volksrepublik China. 2020 hat er eine Studie zur Einflussnahme des chinesischen Parteistaats in der Schweiz veröffentlicht.

Selina Morell, Jahrgang 1989, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Ralph Weber am Europainstitut der Universität Basel.



Weiterführende Literatur

Benjamin Barton: The Doraleh Disputes. Infrastructure Politics in the Global South. Singapur 2022.

Jean A. Berlie (Hg.): China's Globalization and the Belt and Road Initiative. Cham 2020.

Jean-Pierre Cabestan: China's Military Base in Djibouti, in: Journal of Contemporary China 29 (2020), S. 731–747.

Maximilian Mayer (Hg.): Rethinking the Silk Road. Shanghai 2018.

Igor Rogelja und Konstantinos Tsimonis: Belt and Road. The First Decade. Newcastle upon Tyne 2023.

Nadège Rolland: China's Eurasian Century? Seattle 2017.

David Styan: China's Maritime Silk Road and Small States. Lessons from the Case of Djibouti, in: Journal of Contemporary China 29 (2020), S. 191–206.

Ralph Weber: «I Seem to Hear the Camel Bells», in: Glenda Sluga u. a. (Hg.): Sites of International Memory. Philadelphia 2023, S. 141–161.

Illustrationen: Jindrich Novotny

Titelthema der nächsten Ausgabe:

RÖMISCHES REICH



Als man in Iran gerade mit viel Pomp 2500 Jahre Monarchie feiert, werden Ulrike Löttgen und Kambiz Espahangizi in Deutschland ein Paar. 1971, an Ulrikes neunzehntem Geburtstag, fahren die beiden mit einem alten Fiat ins Grüne, um sich ewige Liebe zu schwören.



Ulrike und Kambiz

Er fand das «Mädchen aus Germany», sie ihren «persischen Prinzen». Als sich die Eltern unseres Autors 1970 verliebten, hatten sie Klischees über Iran und Deutschland im Kopf. Aber sie teilten auch eine Geschichte.

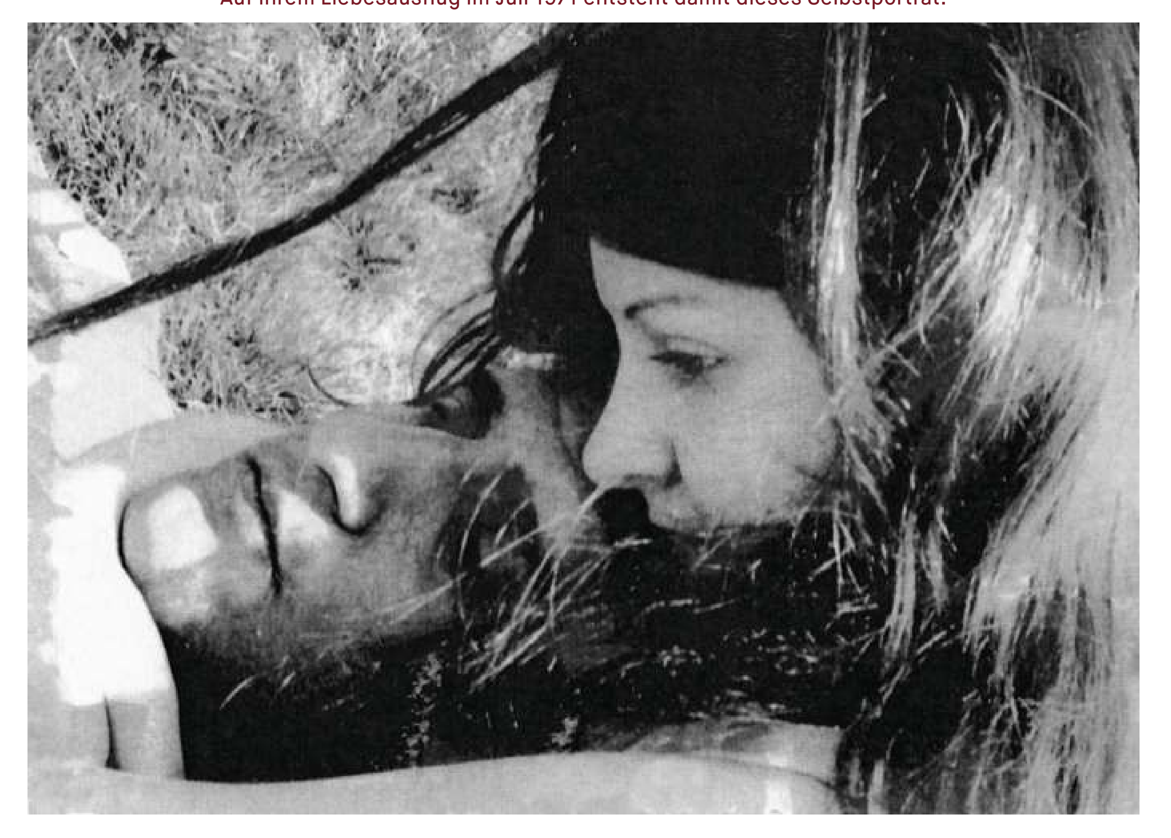
Von Kijan Espahangizi

Juli 1971. Aus dem Kofferradio, das auf der roten Picknickdecke liegt, tönt Popmusik. Zwei junge Menschen liegen auf einer Sommerwiese im Rheinland und küssen sich leidenschaftlich. Sie sind mit ihrem klapprigen grauen Fiat ins Grüne gefahren, um sich ewige Liebe zu versprechen. Mit der Fotokamera, die sie von einem japanischen Studienfreund geliehen haben, halten sie diesen besonderen Tag fest. Die Bilder sind schwarz-weiss, ihre Geschichte ist polychrom: Ulrike und Kambiz sind ein unwahrscheinliches Liebespaar.

Sie – eine deutsche Abiturientin aus einem kleinen Ort im Bergischen Land bei Köln, die an jenem Tag im Juli 1971 neunzehn Jahre alt wird, sich für die Beatles begeistert und aus der kleinbürgerlichen Enge des Elternhauses ausbrechen möchte. Er – ein elf Jahre älterer Werkstudent aus einer urbanen iranischen Familie, der 1967 von Teheran nach Wien ging, um die Welt zu erkunden. In den Semesterferien fuhr er mit dem Auto ins Rheinland und war «Gastarbeiter» in deutschen Fabriken. Man verdiente hier besseres Geld als in Österreich. 1970 lernen sich Ulrike und Kambiz in Köln im Ausgang kennen. Aus dem Flirt wird rasch mehr, trotz sprachlichen Barrieren: Kambiz zieht zu Ulrike nach Köln, die beiden heiraten wenige Jahre später, gründen eine Familie, bekommen Kinder und Enkel. Meine Eltern leben heute seit über fünfzig Jahren zusammen.

Bei grenzüberschreitenden Beziehungen und Ehen denkt man in der Regel zuerst an kulturelle Unterschiede – an das, was trennend zwischen zwei Menschen verschiedener Herkunft steht. Allerdings war das vermeintlich Fremde 1971 weniger fremd, als man meinen könnte: Als Ulrike und Kambiz sich ewige Liebe versprachen, steckte längst ein wenig Iran in Deutschland und ein wenig Deutschland in Iran. Ihre Verliebtheit

Von einem japanischen Studienfreund haben Ulrike und Kambiz eine Kamera geliehen: Auf ihrem Liebesausflug im Juli 1971 entsteht damit dieses Selbstporträt.



mag den beiden als rein private Angelegenheit erschienen sein, doch die Geschichten von «Orient» und «Okzident» sind in der Neuzeit eng miteinander verwoben – und so verwoben sind auch die Lebenserfahrungen und Vorstellungen, die Ulrike und Kambiz in ihre Beziehung mitgebracht haben.

Die europäische Expansion im Zeitalter des Imperialismus hat die Welt für immer verändert: Das koloniale Erbe aus dem 19. Jahrhundert wirkt bis heute fort, in Trennlinien, Ungleichheiten und Konflikten. Gleichzeitig wurde die Welt damals in neuer Weise in Beziehung gesetzt. Im Aufeinandertreffen der Kulturen ist die «Moderne» entstanden – eine Chiffre für den tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel durch Säkularisierung, Wissenschaft, Industrielle Revolution, Nationalstaatenbildung und globalen Handel, der seither unser Leben bestimmt. Die Wege in die Moderne waren regional verschieden. Und doch gibt es aufgrund der geteilten Geschichte Ähnlichkeiten und Annäherungen, die Begegnungen ermöglicht haben – auch die meiner Eltern.

Geschichten «interethnischer» Paare haben das Potenzial, unseren Blick auf die Vergangenheit und die Zukunft zu verändern. In ihnen werden die transnationalen Verflechtungen, aus denen unsere moderne Welt hervorgegangen ist, nahbar und persönlich – etwa in Vikram Seths preisgekrönter Familiengeschichte *Two Lives* oder in *Iraqi Odyssey,* Samirs Dokumentarfilm über seine Familie. Es sind Geschichten, die uns helfen, unsere heutigen globalisierten Gesellschaften zu verstehen. Und so führen auch die Spuren der Familiengeschichten von Kambiz und Ulrike von jenem Sommertag 1971 zurück ins 19. Jahrhundert.

Damals geriet Iran zunehmend unter den Einfluss zweier Kolonialmächte – des russischen Zarenreichs und des britischen Empire. Die in Iran herrschende Ghajaren-Dynastie war unfähig, dem Druck etwas entgegenzusetzen. Wirtschaft, Technologie und Staatswesen konnten mit der rasanten Entwicklung europäischer Nationalstaaten und ihrer Industrialisierung nicht mithalten. Das kaiserliche Heer war den modernen europäischen Armeen hoffnungslos unterlegen. Zudem finanzierten die Ghajaren-Könige ihren Luxus durch europäische Kredite und Konzessionen an Kolonialmächte und trieben das Land so in die Abhängigkeit.

Wie in anderen asiatischen Ländern wuchs auch in Iran in einer kleinen Schicht von Gebildeten die Sorge, dauerhaft ins Hintertreffen zu geraten. Ende des 19. Jahrhunderts war das Verhältnis zu Europa zwiespältig: Einerseits fanden antikoloniale Positionen auch in Iran breiten Anklang und mobilisierten die Massen. Der wachsende Einfluss des britischen Imperiums und des russischen Zarenreichs stiess auf Widerstand. Andererseits nahm man Modernisierungsimpulse aus Europa auf, ohne sich dabei als Kopie oder gar als Opfer des Imperialismus zu verstehen. In Abgrenzung sowohl zur konservativen islamischen Tradition als auch zum europäischen Kolonialismus gewann in der gebildeten Elite ein neues Projekt an Einfluss: der moderne Iran.

Auch Kambiz stammt aus einer Familie des mittleren Adels, die den rückständigen religiösen Absolutismus der Ghajaren kritisierte und auf grundlegende Reformen drängte. Insbesondere sein Grossvater väterlicherseits gehörte zu den vehementen Befürwortern einer nationalstaatlichen Modernisierung Irans. Mohammad Ali Khan Jalal al-Dowle Nuri wirkte Ende des 19. Jahrhunderts an einer illegalen Untergrundzeitschrift mit, die sich für eine moderne Verfassung starkmachte. Wie andere Reformer bezog er sich dabei auf die Geschichte und Kultur Irans vor der islamischen Eroberung im siebten Jahrhundert. Er legte seinen arabischsprachigen Adelstitel ab und zeichnete fortan mit dem altiranischen Namen Espahangizi Nuri Sassaninejad, der auf seine Abstammung von der letzten vorislamischen Dynastie in Iran verwies. 1898 floh er nach Istanbul und bewegte sich dort im Umfeld anderer iranischer Exilanten und der sogenannten Jungtürken, die auf eine Modernisierung des Osmanischen Reichs hinarbeiteten. Nach seiner Rückkehr nach Iran wurde Kambiz' Grossvater 1901 bei einer Verhaftung durch die Polizei in Teheran getötet – er «fiel» bei der Verfolgung vom Dach.

Sein Sohn Anuschirawan, Kambiz' Vater, wurde mit nur sechs Jahren Halbwaise und lebte fortan beim wohlhabenden Onkel. Der schickte den Jungen an die Schule der Alliance Israélite Universelle in Teheran, einer internationalen jüdisch-französischen Bildungseinrichtung. Hier lernte er die Geschichte und Kultur Europas kennen. Anuschirawan erlebte in seiner Jugend den Bankrott der Ghajaren und die konstitutionelle Revolution mit ihrem Kampf zwischen moderner Verfassung und islamischer Scharia. Er wurde Zeuge der tiefen Krise eines Landes unter fremder Besatzung, in dem während des Ersten Weltkriegs Hunderttausende an Hunger und Seuchen starben. Für ihn war klar: Ohne eine Modernisierung des Staates war sein Heimatland verloren und drohte von der Weltkarte zu verschwinden. Ein wichtiges Vorbild war für ihn – wie für viele Iraner – das Deutsche Reich, das als Verbündeter im antikolonialen Kampf gegen die eigentlichen Feinde wahrgenommen wurde: die Briten und die Russen.

Auch in Ulrikes Familiengeschichte, die wir aus den Aufzeichnungen ihres Vaters kennen, spiegelt sich der Aufbruch in die Moderne wider. Ihr Vater Otto-Ernst Löttgen, Jahrgang 1915, stammte aus Windeck-Rosbach, einem kleinen Ort an der Sieg südöstlich von Köln. Nach Feierabend betrieb der Volksschullehrer Heimatkunde: Er konnte den Stammbaum seiner Familie und den seiner Ehefrau Anna-Marie Kraus bis ins 16. Jahrhundert zurückverfolgen. Ulrikes Familie mütterlicherseits stammt aus der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Ihr Weg in die Moderne führte sie, wie viele andere, vom Land in die Stadt, von Böhmen ins Zentrum des Reichs – nach Wien. Ulrikes Grossvater war bildungsaffin und stieg aus einer Handwerkerfamilie zum Postinspektor auf. Er wurde Staatsangestellter. Seine Tochter Anne-Marie, Ulrikes Mutter, machte das Abitur und arbeitete in der Grossstadt als Dolmetscherin für Englisch.

Ulrikes Vorfahren väterlicherseits waren Bauern, Handwerker und Händler aus dem Bergischen Land im Südosten von Köln. Der Vater ihres Vaters wurde Anfang des 20. Jahrhunderts der erste Lehrer in der Familie. Auch sein Sohn Otto-Ernst stieg durch Bildung in eine Berufsgruppe auf, die für den neuen Nationalstaat von grosser Bedeutung war: Das «nation building» begann in den Schulzimmern. Ulrikes Vater studierte ab 1936 an der Hochschule für Lehrerbildung im ostpreussischen Elbing (heute Polen). Sein Schwerpunktfach war Geschichte – in einer Zeit, in der die Orientalistik und speziell das Studium «indoarischer» Hochkulturen neue Bedeutung für die Abstammungslehre im Nationalsozialismus gewannen. Während der Orient in Europa als Forschungsgegenstand und Objekt kolonialer Machtphantasien hoch im Kurs stand, studierte umgekehrt in Iran eine gebildete Schicht die europäische Entwicklung, um einen eigenen Weg in die Moderne zu finden.

Im Zuge seiner Auseinandersetzung mit europäischer Kultur und Geschichte entfernte sich Kambiz' Vater weiter von der Kultur des herrschenden ghajarischen Adels, zu dem auch seine Familie gehörte, und vom Führungsanspruch der schiitischen Geistlichkeit. Er wandte sich dem Projekt eines säkularen modernen Iran zu, was sich in Kleidung und Lebensstil niederschlug. Am Morgen die Zeitung zu lesen, wurde zu einem identitätsstiftenden Ritual der gebildeten Mittelschicht. Als junger Mann trat Kambiz' Vater der neuen iranischen Armee unter der Führung von Reza Khan bei, dem späteren König und Begründer der Pahlevi-Dynastie. Sie war das Rückgrat der «Modernisierung von oben», die Reza Khan nach seiner Krönung 1926 weiter forcierte: Als Reza Schah Pahlevi verbot er ghajarische Adelstitel und führte per Gesetz bürgerliche Nachnamen ein.

Anuschirawan besann sich wie schon sein Vater auf die sassanidischen Vorfahren und wählte deren militärischen Titel «Espah-angiz» als Nachnamen – «der das Heer bewegt und anführt». Als Offizier hatte er dieses Privileg. Als er in der westiranischen Stadt Hamadan stationiert war, heiratete er Mehrangiz Sani al-Molk, eine

Eine moderne, säkulare Familie: Kambiz' Eltern Anuschirawan und Mehrangiz Espahangizi mit ihrer ältesten Tochter Purandokht in Kermanschah, Iran, 1928.

Bild: privat





Familie Espahangizi mit Kambiz (ganz links) in Kermanschah, Iran, 1945. Sie gehört zur gebildeten Mittelschicht, die sich an der Nationalgeschichte und einem modernen Staat orientiert.

junge, gebildete Frau, die ebenfalls aus einer reformorientierten säkularen Familie stammte. Mehrangiz, die 1906 geboren wurde, erlebte die Regentschaft von Reza Schah als ambivalent: Das Tragen der religiösen Bekleidung der Frauen, des Hijab, war damals gesetzlich verboten, und dieses Verbot wurde autoritär durchgesetzt – es benachteiligte religiöse Frauen im öffentlichen Raum. Andererseits eröffnete die patriarchale Modernisierung neue Räume für eine wachsende Zahl an Iranerinnen, die sich der traditionell-religiösen Geschlechterordnung widersetzten. Bereits in den 1920er Jahren trug Mehrangiz keinen Hijab. Sie führte den Haushalt der Familie selbstbewusst und sympathisierte mit der Frauenbewegung, die im frühen 20. Jahrhundert auch in Iran an Einfluss gewann.

Das nationale Modernisierungsprojekt von Reza Schah berief sich auf die vorislamische Kultur Irans und Werte wie Freiheit, Gleichheit sowie einen starken und gerechten Staat. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Rezeption europäischer Orientalisten. Erst mit den Ausgrabungen vor allem französischer und deutscher Archäologen in Persepolis gewann die antike Dynastie der Achämeniden an Bedeutung für die Imagination einer nationalen Kultur. Im rund tausend Jahre alten iranischen Nationalepos *Schahnahme* – Firdausis *Buch der Könige* – kamen die Achämeniden nicht vor und waren daher in der einfachen Bevölkerung in Iran bis ins frühe 20. Jahrhundert kaum bekannt. Das änderte sich durch die Arbeiten eines ehemaligen iranischen Premierministers: Hassan Pirnia veröffentlichte ab den 1920er Jahren mehrere Bände zur Geschichte des antiken Iran. Sie stützten sich auf europäische Forschung und wurden breit rezipiert. Auch in Anuschirawans Arbeitszimmer standen Pirnias Bücher.

Die neue Erzählung einer iranischen Nationalgeschichte wirkte sich auf die Namen aus, die Kambiz' Eltern ihren Kindern gaben. Die Töchter wurden nach vorislamisch-sassanidischen Königinnen benannt: Purandokht und Azarmidokht. Die Jungen erhielten re-iranisierte griechische Namen der achämenidischen Könige: Dareios/Dariusch, Kyros/Kurosch, Kambyses/Kambiz.

Wie die Rückübersetzungen der Namen illustrieren, war auch in der neuen iranischen Mittelschicht das Verhältnis zu Europa weiterhin ambivalent. So sehr der imperiale Einfluss des russischen Zarenreichs und der Briten abgelehnt wurde, so positiv war man Frankreich, der Schweiz und insbesondere Deutschland gegenüber eingestellt, mit grosser Bewunderung für Wissenschaft, Kultur, Staat und Militär. Man sah sich nicht als rückständiges asiatisches Volk, sondern als ebenbürtige, ja verwandte Nation, die ihren eigenen, aber nicht grundsätzlich anderen Modernisierungsweg durchlief. Man konnte sich dabei auf die indogermanische Sprachtheorie berufen, die im 19. Jahrhundert in Europa entwickelt worden war und besagte, dass indoarische und europäische Sprachen denselben Ursprung haben. Rassenideologen leiteten daraus die Idee einer arischen Rasse ab, die nicht nur in Deutschland populär wurde.

Der westliche Arierkult hatte wenig mit Iran zu tun, veränderte aber die Wahrnehmung des Landes. Der Name «Iran», der als «Land der Arier» übersetzt werden konnte, gewann einen neuen Klang: Ab 1935 ersetzte er auf internationaler Ebene den alten Namen Persien. Der Bezug auf das Arische meinte in Iran und Deutschland zur Zeit des Zweiten Weltkriegs etwas grundlegend anderes. Aber hier wie dort verstärkte er das Bündnis gegen gemeinsame Feinde: die Briten und die Russen. 1941 marschierten die Truppen der beiden Kolonialmächte abermals in Iran ein. Weil sich Reza Schah weigerte, die Alliierten gegen Nazideutschland zu unterstützen, zwangen diese ihn zur Abdankung. Einen Monat später kam Kambiz im kurdischen Kermanschah zur Welt, wo sein Vater zu der Zeit stationiert war.

Der Zweite Weltkrieg veränderte auch das Leben von Ulrikes Familie. Ihre Eltern – der deutsche Lehrer Otto-Ernst und die österreichische Dolmetscherin Anne-Marie – lernten sich während des Zweiten Weltkriegs über eine Feldpost-Brieffreundschaft kennen, die von der Wehrmacht organisiert worden war. Sie heirateten 1944 während eines Fronturlaubs in Heiligenbeil an der Ostsee, im heutigen Polen. Für die Trauung war ein «Arierausweis» erforderlich, damit rassische «Mischehen» ausgeschlossen werden konnten. So lernte Otto-Ernst, wie man Ahnenforschung betreibt – eine populäre Praxis im Nationalsozialismus.

Nach Ende des Kriegs kehrte Otto-Ernst Löttgen ins Bergische Land zurück und wurde Leiter einer Volksschule in einem kleinen Dorf. Anne-Marie verliess für ihren Ehemann die Metropole Wien und landete in der deutschen Provinz. Trotz ihrer Berufsbildung wurde sie wie viele Frauen in der Nachkriegszeit Hausfrau. Es fiel ihr nicht leicht, sich mit der neuen Rolle als Lehrersgattin auf dem Land zu arrangieren. Die neue Heimat blieb ihr fremd. Die Spannung war im Hause Löttgen spürbar, auch nachdem die Kinder zur Welt gekommen waren.

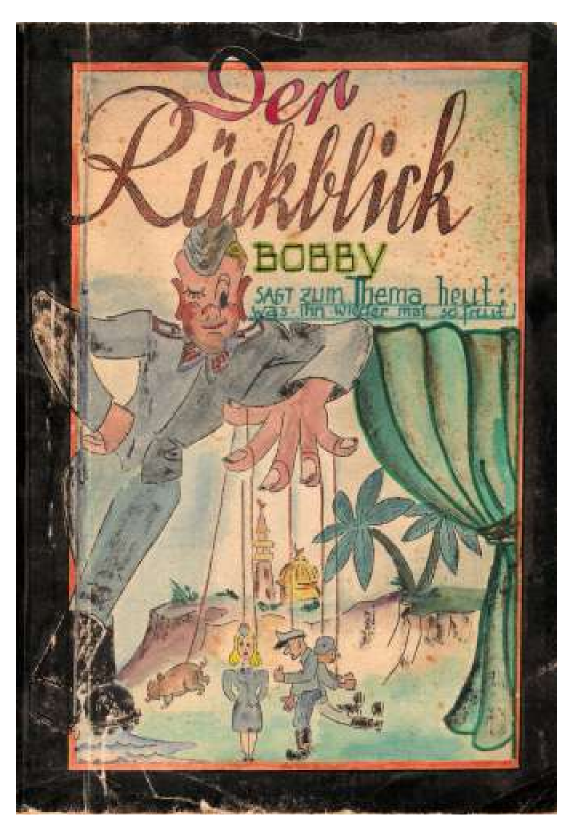
Nach dem Krieg verarbeitete Ulrikes Vater seine Erfahrungen in tagebuchartigen Rückblicken: Sein Alter Ego «Bobby» erinnerte sich in Form von Reimen an die Zeit in der Wehrmacht. 1940 hatte er am Westfeldzug gegen Frankreich teilgenommen. Im Sommer 1941 war der «Landser» beim Überfall auf die Sowjetunion dabei. Detailliert beschrieb er die «Bärenjagd» seiner Division durch die Ukraine: «Deutschland marschiert – Auf tausend Strassen rollen zehntausend Kolonnen, marschieren Millionen Soldaten, nach Osten, einem Ziel zu – vorwärts.» In der Rückschau zeigte sich «Bobby» von der historischen Mission der Wehrmacht gegen «den Bolschewiken» überzeugt. Von den Pogromen gegen Jüdinnen und Juden liest man hier nichts. Vor der ukrainischen Stadt Uman wurde Otto-Ernst verwundet und kehrte nach Deutschland zurück. 1942 wurde er in Rumänien am Schwarzen Meer stationiert.

Sein Rückblick zeigt: Das kulturelle Erbe des Osmanischen Reichs war in Osteuropa damals noch lebendig. Die Begegnung mit dem Orient,



Im Mai 1944 heiraten Ulrikes Eltern Anne-Marie und Otto-Ernst Löttgen während eines Fronturlaubs des Bräutigams. Nach dem Krieg folgt ihm Anne-Marie von Wien in ein kleines Dorf im Bergischen Land.

Bilder: privat



Nach dem Krieg blickt Otto-Ernst Löttgen auf seine Zeit in der Wehrmacht zurück: In stilisierten Reimen berichtet sein Alter Ego «Bobby» vom Erlebten. Das handgezeichnete Cover zeugt vom nahen Orient.

die in Form von Palmen und einer Moschee mit Minarett und Halbmond auch auf der Titelseite seiner Rückschau auftaucht, war von Ressentiments gegenüber den Orientalen wie auch von Interesse geprägt. Das zeigt eine Passage über die Frauen an der Schwarzmeerküste:

In einem Viertel wohnen Türken,
dort sieht man nun Weiber wirken!
--- und buhlen in Suhlen
und locken mit Brocken,
leger gelüftet und fies bedüftet,
durchaus nicht sehr appetitlich
und am allerwenigsten noch – sittlich.
Weshalb nicht ohne guten Grund
geriet so Mancher auf den Hund,
weshalb auch geschwind,
die Viertel uns verboten sind.

Der sexualisierte Exotismus war eingebettet in zeitgenössisches Wissen über den Orient. Dazu gehörte etwa die Gegenüberstellung von semitischen und indoarischen Religionen. Während einer Nachtwache am Schwarzen Meer 1942, so schreibt «Bobby», sei ihm eine «religiöse Reflektion» in den Sinn gekommen:

Adam und Eva ganz auf indisch! ...
Nicht ohne tief's Erstaunen,
erfüllt von religiösen Launen,
hab' ich per Bibel und Sanskrit,
ergrübelt hart und müd,
den Ursprung uns'rer ursten Ahnen.
Wie Adam und Eva zu uns kamen,
und fand als exklusiven Fall
den Ursprung indio-national!

Otto-Ernsts Interesse am Orient ging auf die Tochter Ulrike über, die 1952 als mittleres von drei Geschwistern im kleinen Opperzau geboren wurde. Ulrike erinnert sich, dass sie von Anfang an weniger an Grimms Märchen Freude fand als an den Geschichten, die ihr Vater zum Einschlafen aus *Tausendundeiner Nacht* vorlas, aus einem Nachdruck der ersten vollständigen Ausgabe des deutsch-jüdischen Orientalisten Gustav Weil von 1865 mit einem violetten Einband, der ihr lebhaft in Erinnerung geblieben ist.

Zur gleichen Zeit durchlebte Kambiz seine Jugend in Isfahan und dann in Teheran. Er wuchs in einer Familie der gebildeten Mittelschicht auf – Offiziere, Ingenieure, Lehrerinnen und Lehrer, die sich selbstbewusst an Staat und iranischer Nationalgeschichte orientierten. Die Nachkriegszeit unter dem jungen Mohammad Reza Schah, dem Sohn des abgetretenen Reza Schah, war von den Auseinandersetzungen um die Nationalisierungspolitik des iranischen Premierministers Mohammad Mossadegh geprägt. Es war eine Ära grosser politischer Spannungen in Iran, aber auch der Modernisierung und einer neuen Zivilgesellschaft – eine kulturelle Blütezeit für die urbane Mittelschicht, die in schicken Cafés zu einer neuen Popmusik tanzte, in der iranische Volkslieder mit westlichen und lateinamerikanischen Elementen zu einem eigenen Stil verschmolzen.

Bild: privat

Das Jahr 1963 markierte einen Wendepunkt in der neueren Geschichte Irans. Mit der «Weissen Revolution» dekretierte Mohammad Reza Schah ein staatliches Modernisierungsprogramm, das umfassende wirtschaftliche und politische Reformen vorsah, darunter das allgemeine Frauenwahlrecht. Die schiitische Geistlichkeit unter der Führung des jungen Ajatollah Khomeiny kritisierte die Reformen als unislamisch und mobilisierte zum Protest. Sowohl die religiös-konservative Bevölkerung als auch die Linke in Iran wandten sich in der Folge gegen den aufrüstenden Pahlevi-Staat und seine «verwestlichte» Elite – und bereiteten damit den Boden für die Revolution von 1978/79.

Auch Kambiz entfremdete sich in der Zeit von seinem sozialen Umfeld, mehrheitlich Militärs, wegen deren Unterstützung des zunehmend autoritären Schah-Regimes. Kritik war nicht erwünscht, Dissidenten wurden verfolgt. Doch weder wandte er sich dem Islam zu, noch brach er mit dem Westen. Er beschloss vielmehr, nach Deutschland zu gehen, um dort zu studieren und «den Kopf freizubekommen und durchzuatmen», wie er sich erinnert. Der Entschluss habe mit der grossen Bewunderung seines Vaters für das Land zu tun gehabt.

Wichtig war für Kambiz aber auch die Popmusik, die in jener Zeit aus Europa herüberschwappte. Im Teheraner Goethe-Institut, wo Kambiz Deutsch lernte, traf sich die städtische Jugend, um westliche Musik zu hören. Kambiz erinnert sich an einen Hit des kanadisch-syrischen Sängers Paul Anka, den dieser 1964 für den damals international erfolgreichen deutschsprachigen Schlagermarkt eingespielt hat: *Zwei Mädchen aus Germany*. Der Schlager regte in Iran nicht nur Kambiz' Interesse für Deutschland weiter an. Das Begehren nach der europäischen Frau wurzelte in einer langen kulturhistorischen Tradition: In den Geschichten und Reiseberichten über Europa, die in der Neuzeit in Iran zirkulierten, waren die Frauen immer ein Faszinosum.

Nach dem Tod des Vaters verliess Kambiz Iran. 1967 reiste er per Lastwagen zuerst nach Österreich, wo er sich politisierte und der linken Studentenbewegung gegen den Schah anschloss. Er geriet in Konflikt mit seiner Schah-treuen Familie, die auch über den Geheimdienst Savak von Kambiz' Aktivitäten erfuhr. In der Folge musste er sein Geld selbst verdienen. 1970 ging er auf Anraten eines Freundes in den Semesterferien ins deutsche Rheinland und wurde dort zum «Gastarbeiter». Er schippte Salicylsäure in den Bayer-Chemiewerken, fuhr als Chauffeur für das Transportunternehmen Schenker und nahm weitere Gelegenheitsjobs an. Kurz nach seiner Ankunft lernte er Ulrike kennen und verliebte sich in das deutsche Mädchen.

Schon früh hätten ihre Eltern prophezeit, so erinnert sich Ulrike, dass das «Rickelchen» niemals einen «deutschen Hansel» heiraten werde, sondern einen «persischen Prinzen». Die iranische Kaiserin regte die Phantasie weiter an: Soraya Esfandiary-Bakhtiary war als Kind deutsch-iranischer Eltern in Isfahan und Berlin aufgewachsen und heiratete 1951 Mohammed Reza Schah Pahlevi. Die deutsche Persien-Begeisterung der Nachkriegszeit kam auch in der Inneneinrichtung der Löttgens zum Ausdruck. Im Zuge der neuen Konsumkultur im Zeitalter des Wirtschaftsbooms leistete sich die Familie auf Drängen der Tochter ein kleines Perserteppich-Imitat. Selbst ein inszeniertes Familienidyll mit Hund von Mitte der 1960er Jahre wurde vom Vater Otto-Ernst – wie dessen Unterschrift auf der Rückseite des Bilderrahmens bezeugt – durch ein entsprechendes Teppichmotiv gerahmt.

Das orientalistische Imaginäre prägte den weiteren Weg Ulrikes – und speziell ihre Emanzipation vom kleinbürgerlichen Elternhaus auf dem Land. Anders als ihre Mutter schaffte sie es, im Zuge des kulturellen Aufbruchs Ende der 1960er Jahre die Enge der rheinischen Provinz hinter sich zu lassen. Es war ein weltweiter Aufbruch, der zeitgleich auch in Teheran zu spüren war. Im Sommer 1970 besuchte die Abiturientin ihre ältere Schwester, die bereits studierte. Vor dem Kölner Hauptbahnhof lernte Ulrike den elf Jahre älteren Kambiz kennen, der zu jener Zeit in der iranischen Studentenbewegung gegen das Schah-Regime mitwirkte. Die dunkelhaarigen Aktivisten aus Iran waren für die deutschen 68er interessant – und attraktiv. Nicht nur



Seit dem 19. Jahrhundert gilt Iran in Deutschland als Hochkultur. Der Orient fasziniert – auch die Familie Löttgen. 1965 posiert sie, mit Ulrike in der Mitte, vor ihrer deutschen Tapete. Vater Otto-Ernst rahmt das Bild mit einem persischen Teppichmotiv.

in der Musik entdeckte die Hippie-Generation den Orient für sich neu, sondern auch im direkten Austausch.

Gleichzeitig prägte zu der Zeit das sogenannte Gastarbeiterproblem die öffentliche Wahrnehmung. Im Hause Löttgen war man offen für ausländische Gäste, und doch waren die Eltern zunächst skeptisch, als ein «orientalischer» Herr der viel jüngeren Tochter Avancen machte. Er kam zwar aus gutem Hause, doch war unklar, ob der ausländische Werkstudent in Deutschland einen Hochschulabschluss schaffen konnte. Trotz oder gerade wegen der familiären und gesellschaftlichen Vorbehalte verliebte sich Ulrike, die einer neuen Generation emanzipierter Frauen angehörte, in Kambiz – der später ebenfalls Lehrer wurde. Im Schatten der pompösen 2500-Jahr-Feier der iranischen Monarchie von 1971, zu der die Staatsoberhäupter der Welt nach Persepolis anreisten und die auch in der deutschen Regenbogenpresse orientalistische Phantasien anregte, wurden die beiden ein Paar.

Man kann die Geschichte von Ulrike und Kambiz als Teil der globalen Geschichte einer bürgerlichen Mittelschicht im 19. und 20. Jahrhundert verstehen, die trotz allen Unterschieden zwischen multiplen Modernen einen gewissen Lebensstil und Wertekanon teilte. Ihre Vorfahren hatten eine ähnliche Vorstellung von Nation, Staat, Säkularismus, Wissenschaft, Technik, Bildung, Militär, Geschichte, Arbeit, Disziplin, Fortschritt und bürgerlicher Ehe. Mit dem Aufbruch der 1960er Jahre weitete sich der Horizont der nächsten Generation in Richtung Popkultur, Emanzipation, Rebellion gegen die Eltern, neue Geschlechterrollen und grenzüberschreitende Migrationserfahrungen. Hier trafen sich Ulrike und Kambiz.

Bild: privat; Illustration: Jindrich Novotny

Sind die gesellschaftlichen Gemeinsamkeiten also relevanter für die Geschichte als kulturelle Unterschiede? Oder waren es doch die Unterschiede, durch die sich Ulrike und Kambiz gegenseitig angezogen fühlten? Aus der Forschung wissen wir, dass die grossen Trennungslinien der Kolonialgeschichte, die etwa zum Verbot von «Mischehen» zwischen Kolonialherren und der kolonisierten Bevölkerung geführt haben, immer auch mit einem grenzüberschreitenden Begehren einhergingen. Auch die lange Geschichte der Beziehung zwischen «Orient» und «Okzident» ist sowohl von Abgrenzung, Angst und Ressentiment als auch von Anziehung, Neugier und Faszination geprägt.

Man macht sich Bilder vom Eigenen und vom Anderen, und man grenzt das Eigene dabei ab vom Anderen. Solche Bilder durchziehen auch die Familiengeschichten von Ulrike und Kambiz. Ist die Liebesgeschichte zwischen dem «Mädchen aus Germany» und dem «persischen Prinzen» deswegen ein kitschiges Missverständnis oder gar ein historischer Fehler, weil sie auf problematischen Stereotypen, auf Exotismus, ja letztlich auf rassistischen Vorurteilen beruht? Ist die Liebesgeschichte von Ulrike und Kambiz eine Täter-Opfer-Geschichte, die «dekolonisiert» werden müsste, so wie es für andere Relikte der Kolonialgeschichte heute gefordert wird? Diese Fragen betreffen mich sehr direkt, denn ohne die Liebesgeschichte meiner Eltern würden ich und meine Schwester nicht existieren.

Ich wurde am 8. September 1978 in Köln geboren, am «Schwarzen Freitag» der Revolution in Iran. Wegen des islamischen Regimes, das sich in der Folge gewaltsam durchsetzte, bin ich nicht in Iran, sondern in Deutschland aufgewachsen. Vor sechzehn Jahren ging ich beruflich von Köln nach Zürich – und wurde hier mit meiner Frau und meinen Kindern heimisch.

Ohne dass dies absehbar gewesen wäre, ist die Liebesgeschichte von Ulrike und Kambiz mit mir in die Schweiz eingewandert. Sie ist nun ein weiterer kleiner Faden, der die Schweizer Geschichte mit der Welt vernäht. Liebesgeschichten interethnischer Paare verbinden Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft über nationale Grenzen hinweg. Sie verkörpern die Hoffnung auf einen möglichen gesellschaftlichen Neuanfang im Zeitalter von Migration und Globalisierung. Sie zeigen: Wir können uns unsere verschiedenen Vor-Geschichten bewusst machen, auch jene, die uns trennen, und uns dennoch für eine gemeinsame Zukunft entscheiden – so wie das junge Liebespaar auf einer Sommerwiese im Juli 1971. |G|



Kijan Malte Espahangizi, Jahrgang 1978, ist Historiker und Privatdozent an der Universität Zürich. Er beschäftigt sich mit Migrations- und Wissensgeschichte. 2022 erschien bei Konstanz University Press sein Buch *Der Migration-Integration-Komplex. Wissenschaft und Politik in einem (Nicht-)Einwanderungsland, 1960–2010.*



Weiterführende Literatur

Ali Ansari: The Politics of Nationalism in Modern Iran. Cambridge 2012.
Desley Deacon, Penny Russell u. a. (Hg.): Transnational Lives. Biographies of Global Modernity, 1700 – present. Basingstoke 2010.
Christof Dejung, David Motadel u. a. (Hg.): The Global Bourgeoisie. The Rise of the Middle Classes in the Age of Empire. Princeton, New Jersey 2019.
Bianca Devos und Christoph Werner (Hg.): Culture and Cultural Politics under Reza Shah. The Pahlavi State, New Bourgeoisie and the Creation of a Modern Society in Iran. Oxon 2014.
Suzanne Marchand: German Orientalism in the Age of Empire. Religion, Race, Scholarship. Cambridge 2009.
Pankaj Mishra: Aus den Ruinen des Empires. Die Revolte gegen den Westen und der Wiederaufstieg Asiens. Frankfurt am Main 2013.
Detlef Siegfried: Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre. Göttingen 2006.
Janosch Steuwer: «Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse». Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern 1933–1939. Göttingen 2017.
Mohamad Tavakoli-Targhi: Refashioning Iran. Orientalism, Occidentalism and Historiography. Basingstoke 2001.

Toleranz statt Krieg

Wie lässt sich die Bestie Mensch erklären? Und was hilft gegen ideologisch motivierte Gewalt? Diese Fragen stellte sich der Jurist und freigeistige Denker Michel de Montaigne, als in Frankreich im 16. Jahrhundert die Religionskriege tobten.

Von Volker Reinhardt

Es gibt Fragen, die immer aktuell bleiben. Eine der bedrückendsten von ihnen lautet: Was treibt Menschen dazu an, sich in Kriegen, die im Namen höherer Mächte und Werte geführt werden, gegenseitig abzuschlachten, obwohl sie sich nicht kennen und sich auch nichts getan haben? Diese Frage mussten sich zwischen 1562 und 1598 alle Französinnen und Franzosen stellen, denn zu der Zeit war Gewalt allgegenwärtig. Das erlebte auch Michel de Montaigne (1533–1592), Spross einer reichen Kaufmannsfamilie aus Bordeaux namens Eyquem, die sich drei Generationen zuvor ein Schloss mit dazugehörigen Hoheitsrechten gekauft hatte.

«Ich war unterwegs in einer eigentümlich unruhigen Gegend», hielt er einmal fest. «Plötzlich stürzten, ehe ich es mich versah, drei oder vier Reitergruppen aus verschiedenen Richtungen auf mich zu, um mich gefangen zu nehmen. So wurde ich von fünfzehn oder zwanzig maskierten Edelleuten, denen eine Menge schwer bewaffnete Soldaten folgten, attackiert, festgenommen, in einen nahe gelegenen dichten Wald verschleppt, vom Pferd gerissen und ausgeplündert – meine Gepäckstücke wurden durchwühlt und meine Besitztümer einschliesslich der Diener, Pferde und Ausrüstung an neue Besitzer verteilt.» Der Überfall ging glimpflich aus; der Chef des Greifkommandos erfuhr, dass Montaigne mächtige Protektoren besass, und liess ihn wieder frei.

Dramatische Vorkommnisse dieser Art häuften sich fortan. Auf einer diplomatischen Mission wurde Montaigne mitsamt seiner bewaffneten Eskorte von einer Räuberbande ausgeplündert, kam aber erneut mit dem Leben davon. Im Juli 1588 schien dann alles verloren: «Zwischen drei und vier Uhr nachmittags wurde ich, schwer an Gicht erkrankt, von den Kapitänen und dem Volk von Paris gefangen genommen und in die Bastille gebracht.» Von einer der Konfliktparteien, die in Paris ihren Bürgerkrieg austrugen, war ein Edelmann entführt worden, jetzt hielt sich die Gegenseite an Montaigne schadlos. Eine reine Repressalie also und damit ein ziemlich sicheres Todesurteil. Gerettet wurde die Geisel Montaigne durch einen Zufall – einer der «Kapitäne» von Paris war eine Reisebekanntschaft aus Italien und verbürgte sich für den Gefangenen, der schon am späten Abend wieder freikam. Doch das traumatische Erlebnis ruinierte Montaignes Gesundheit und überschattete seine letzten vier Lebensjahre.



Wenn ich schon meine Meinungen ändere, wie viel Toleranz schulde ich dann erst anderen? Michel de Montaigne mit der goldenen Halskette des Ritterordens von Saint-Michel (anonymer Maler, um 1578). Es gilt als getreustes Bild des Skeptikers; die Gravur von Thomas de Leu in der Erstausgabe der *Essais* basierte darauf.

Die Bürgerkriege, die Montaigne als Zeitzeuge erlebte und deren Ursachen er zu ergründen versuchte, wurden im Namen der Religion geführt. Seit den 1540er Jahren waren Missionare des Genfer Reformators Jean Calvin nach Frankreich gezogen, um dort dessen Lehre zu verbreiten und Gemeinden ihrer «reformierten» Kirche zu gründen. Deren Anhänger wurden von ihren Gegnern spöttisch als «Hugenotten» bezeichnet; ob dieser Schimpfname «kleiner Hugo» bedeutet oder eine Verballhornung von «Eidgenosse» ist, lässt sich nicht mehr sicher entscheiden. Eine zweite Konfession warf in einem Staat erfahrungsgemäss grosse, meist unlösbare Probleme auf, die regelmässig in Krieg mündeten. Das lag daran, dass Kirche und Religion damals untrennbar mit Herrschaft und Politik verbunden waren. Die Eidgenossenschaft hatte kurz zuvor dieselbe leidvolle Erfahrung gemacht – 1531 hatten die «altgläubigen» Orte bei Kappel am Albis gegen die «reformierten» gesiegt und den Zürcher Reformator Huldrych Zwingli auf dem Schlachtfeld getötet.

Der französische König Franz I., der von 1515 bis 1547 regierte, und seine Nachfolger wussten also, warum sie die Ausbreitung der neuen Lehre in ihrem Herrschaftsgebiet erbittert bekämpften. Trotz aller Repression und Verfolgung der «Ketzer» liess sich die neue Kirche, die sich ihrerseits als die alte, den Prinzipien des Urchristentums treu gebliebene Glaubensgemeinschaft verstand, nicht mehr austilgen. Um 1560 gehörten ihr schätzungsweise zehn bis fünfzehn Prozent der französischen Bevölkerung an, im Südwesten des Landes bildeten die «Hugenotten» sogar regionale Mehrheiten unter dem Schutz lokaler Adelsfamilien.

Der Theologe Calvin sah sich als Erbe Luthers und Zwinglis und zugleich als konsequenter Fortsetzer und Vollender einer Reformation, die er als ganzheitliche Neugestaltung des menschlichen Lebens verstand. Höchster Zweck des irdischen Daseins war in seinen Augen das Lob Gottes, für das jeder und jede Einzelne alle Kräfte und Energien einzusetzen hatte, am besten durch permanente Arbeit und innerweltliche Askese, das heisst: Verzicht auf verbotene Genüsse wie Tanz, Kartenspiel und Ehebruch. Erreichbar war dieses kühne Ziel nur durch eine rigorose Umpolung und Umerziehung des sündhaften Menschen, der durch Sittenkontrolle und Sittengerichte zum guten Leben gezwungen werden musste.

Der strengen Lebensordnung lag eine nicht weniger herbe Theologie zugrunde: Gott hatte von Anbeginn der Zeiten einige Menschen – fraglos eine Minderheit – zur Erlösung erwählt, die vielen anderen aber aufgrund ihrer unstillbaren Neigung zum Bösen der ewigen Verdammnis überantwortet. Diese schroffe Prädestination bedeutete, dass kein Mensch einen freien Willen hatte und daher auch keinerlei Verdienste vor Gott erwerben konnte. Die Erwählten genossen das ihnen einseitig verliehene Privileg, nicht mehr sündigen zu müssen, doch sicher sein konnten sie sich ihrer Erwählung bis zum Schluss nicht. Eine Vergewisserung, ob man zu den Geretteten oder den Verdammten gehörte, gab es nicht.

Gemäss Calvin mussten die Menschen durch strenge Sittenkontrolle zum guten Leben gezwungen werden.

Die religiöse Spaltung verquickte sich in Frankreich wie in der Schweiz mit politischen Konflikten. Für viele Hochadelsfamilien war die Monarchie, die seit einem Jahrhundert immer mehr Kompetenzen an sich gezogen hatte, zu mächtig geworden, und zwar auf Kosten aristokratischer Herrschaftsrechte in den Provinzen. Die Abwendung des Adels vom staatlichen Katholizismus war somit auch eine Abwendung vom mächtigen Königshaus. Bestürzend, ja unheimlich und in höchstem Masse erklärungsbedürftig wurden die acht Religionskriege, die aus dem Dissens entsprangen, für zeitgenössische Beobachter wie Montaigne durch die Gewalt, die sie in allen Schichten der Gesellschaft entfachten, in den Städten wie in den Dörfern.

Besonders heftig brach dieser Vulkan 1572 in Paris aus. Hier nutzte die Königinmutter Caterina de' Medici, zwischen 1559 und 1589 die wahre Herrscherin Frankreichs, die als Akt der Versöhnung zwischen den Religionsparteien ausgegebene Hochzeit zwischen ihrer Tochter Marguerite und dem reformierten König Heinrich von Navarra dazu aus, in einer «chirurgischen Operation» die Führungsetage der Hugenotten um den Admiral Gaspard de Coligny ermorden zu lassen. Das gelang im zweiten Anlauf, doch dann sprang – was nicht geplant war – der Funke der Gewalt auf die Masse über. In der «Bartholomäusnacht» vom 23. auf den 24. August 1572 kam es in den Strassen von Paris zur organisierten Menschenjagd und zu einem Massaker, dem Tausende von Hugenotten und viele, die der rasende Mob nur für solche hielt, zum Opfer fielen.

Kurz darauf wiederholten sich solche Schreckensszenen in den meisten Provinzen Frankreichs, auch in Bordeaux. Dabei stach der rituelle Charakter des Abschlachtens besonders erschreckend ins Auge. Oft gingen der Ermordung lange Folterungen voraus, in denen die «Ketzer» ihr Bündnis mit dem Teufel bekennen und ihre Komplizen beim Namen nennen sollten. Darauf folgten Verfluchungen und grausame Mordmethoden – die einen wurden aus hohen Stockwerken auf die Strasse geworfen, andere lebendigen Leibes angezündet und verbrannt, kleine Kinder in den Armen der Mutter erstochen, selbst vor Kannibalismus sollen die entfesselten Massen nicht zurückgeschreckt sein. Auf dem Land, speziell in Montaignes Heimatprovinz Guyenne, rotteten sich die Dorfbewohner beiderlei Geschlechts zusammen, um den andersgläubigen Nachbarort zu überfallen, den Bewohnern das Dach über dem Kopf anzuzünden und andere im Brunnen zu ertränken – das alles im Namen Gottes und der wahren Religion.

Papst Gregor XIII., der die ultrakatholische Partei der Religionskriege eifrig unterstützte, liess den Massenmord 1573 in seinem – bis heute als solcher genutzten – Audienzsaal des Vatikans von Giorgio Vasari malen und übernahm die moralische Verantwortung dafür: Gott hatte es so gewollt. Mit dieser Antwort konnte sich jemand wie Montaigne nicht zufriedengeben. Auf der Suche nach den Gründen für die stetig weiter eskalierende Selbstzerfleischung Frankreichs wurde er zum Schriftsteller und Erfinder einer neuen Textgattung, die er *Essai* nannte. In seinen 107 «Versuchen» geht es um so ziemlich alle Fragen, Probleme, Genüsse und Leiden des Lebens, stets unter besonderer Berücksichtigung der eigenen Person, ihrer Eigenheiten, Spleens und Meinungen, aber die leitende Fragestellung lautet: Woher kommt dieser infernalische Hass unter Menschen, die demselben Land angehören, dieselbe Sprache sprechen und denselben dreieinigen Gott verehren, wenn auch mit unterschiedlichen Riten und abweichender theologischer Auslegung? Und was lässt sich gegen die Orgien der Grausamkeit und der Zerstörung tun?

Antworten fanden sich weder bei antiken noch bei lebenden Autoren. Einen Krieg wie diesen hatte die Welt noch nicht gesehen, deshalb musste Montaigne neue Methoden entwickeln und aussagekräftige Referenzen für seine Untersuchung finden. Die Methode war Empirie, also ein auf die Erfahrung gestütztes Vorgehen. Die wichtigste Referenz des empirischen Forschers Montaigne war Montaigne. Ein erster Hauptteil seiner Recherchen bestand darin, in sich selbst zu blicken, sich selbst zu schildern, zu analysieren und zu überprüfen, mit all seinen Facetten. Daraus entwickelte sich in den *Essais,* an denen Montaigne ab 1571 bis zu seinem Tod arbeitete, ein Selbstbild von einzigartiger Fülle und Ausführlichkeit.

Oft wurde der naheliegende Vorwurf eitler Selbstbespiegelung vorgebracht. Er läuft jedoch ins Leere. Montaigne schildert sich in dieser scheinbar so behaglichen Breite, um Hemmschwellen abzubauen, um eine Atmosphäre von Vertrauen und Vertraulichkeit zu schaffen, um seinen Leserinnen und Lesern zu suggerieren: Ich bin einer von euch, ihr könnt meinen Ratschlägen folgen, ich verlange nichts Übermenschliches von euch, ich bin ganz und gar durchschnittlich. Allerdings wäre es ein schwerer Fehler, ihm das unbesehen zu glauben. Montaigne spielt mit seinem Lesepublikum, und zwar aus pädagogischen Gründen. Wer sich auf





Entfesselte Gewalt: In der Nacht vom 23. auf den 24. August 1572 und den darauf folgenden Tagen wurden Tausende Protestanten ermordet. Gemälde des hugenottischen Malers François Dubois.

das Abenteuer der Lektüre einlässt, soll lernen, selbständig zwischen Verstellung und Aufrichtigkeit, Schein und Sein zu unterscheiden; aus dem Labyrinth der kunstvoll arrangierten Doppeldeutigkeiten soll er oder sie selbst herausfinden. Die *Essais* verstehen sich als eine grosse Lektion des Lebens und für das Leben.

Zu diesem Zweck hat Montaigne selbst krasse Gegensätze stehen lassen, die sich im Laufe seiner zwei Jahrzehnte währenden Gedankenarbeit angesammelt hatten. So äussert er sich in den frühen «Versuchen» der Erstauflage von 1580 noch abfällig über die Frauen: «Um die Wahrheit zu sagen, ist die Beschaffenheit der Frauen der Offenheit und dem Austausch der Freundschaft nicht gewachsen, die aus einer so heiligen Bindung hervorgeht; und ihre Seele ist nicht gefestigt genug, um so viel dauerhafte Nähe auszuhalten.» Diese Abwertung wird in der grundlegend überarbeiteten und um ein gewichtiges drittes Buch erweiterten Edition von 1588 nicht nur zurückgenommen, sondern ins Gegenteil verkehrt: «Die Frauen haben keineswegs Unrecht, wenn sie sich gegen die in der Welt herrschenden Lebensregeln wehren, umso mehr, als diese von Männern gemacht sind. So herrscht unvermeidlich Streit und Zwietracht zwischen ihnen und uns, und selbst das Maximum an Einvernehmen, das wir mit ihnen erreichen, ist immer noch wildbewegt und stürmisch.» Das schöne Geschlecht sei beständiger und lebenskluger und habe alles Recht der Welt, sich gegen die männliche Unterdrückung aufzulehnen.

Ganz ähnlich wird die Grundfrage aller Philosophie behandelt: Wie gehe ich mit der Unausweichlichkeit des Todes um? Am Anfang strotzen die *Essais* nur so vor stoischen Standhaftigkeitsbekundungen nach dem Motto: Dem Ende furchtlos und kühl bis ans Herz entgegensehen! Zwei Jahrzehnte später folgt auch hier die Einsicht: Alles angelesenes Geschwätz. Gegen Todesangst helfen keine trutzigen Parolen, am besten macht man es wie die einfachen Leute, die aus dem Sterben keine grosse Sache machen und erst recht nicht darüber reflektieren und räsonieren: Auf sich zukommen lassen, sich fallen lassen, und schon ist es geschafft.

Auch hier kommt Montaigne die Empirie zu Hilfe. Nach einem Sturz vom Pferd machte er eine Erfahrung, die man heute als Nahtoderlebnis bezeichnen würde: Er fiel in einen sanften, ja süssen Trancezustand, glaubte sich bereits in einem seligen Jenseits – und wurde durch die Wiederbelebungsaktionen seiner Diener jäh ins Diesseits zurückgerufen.

Spätestens nach der Hälfte der *Essais* versteht man, warum Montaigne die Gegensätze zwischen seinen älteren und neueren Ansichten stehen lässt: Wenn der Einzelne seine Meinungen und Überzeugungen in einem überschaubaren Zeitraum so oft und so radikal wechselt, wie viel Entgegenkommen, Respekt und Duldsamkeit – in einem Wort: Toleranz – schuldet er dann nicht den anderen mit ihren abweichenden Ansichten. So ist durch gemeinsame Bemühungen von Autor und Lesenden ein erster grosser Fund auf der Suche nach Heilmitteln gegen Hass und Grausamkeit gemacht: «Die fruchtbarste und natürlichste Übung unseres Geistes ist meiner Ansicht nach das Gespräch ... Wenn ich mich mit einer starken Seele und einem harten Turnierkämpfer auseinandersetze, bedrängt er mich von der Seite, sticht mich rechts und links, und seine Einbildungskraft erweckt die meinige.»

Das Motto lautet also: Man soll diskutieren, debattieren, sich auseinandersetzen und streiten, mit aller Härte, Geradlinigkeit und Unerbittlichkeit, aber immer unterhalb der Schwelle der Beleidigungen, Verleumdungen und Gewaltaufrufe. Mögen die Positionen mit aller Wucht aufeinanderprallen, der Effekt kann nur ein positiver sein: die Freiheit des ganz und gar Andersdenkenden, Andersglaubenden zu achten, auch wenn das aufgrund der eigenen Überzeugungen unendlich schwerfällt. Solche Kontroversen sind die beste Einübung für ein friedliches Zusammenleben, das nicht als Gleichförmigkeit oder Gleichmacherei, sondern als gewaltloses Miteinander der Gegensätze zu verstehen ist.

Eine Generallösung für die mörderischen Konflikte war das Miteinandersprechen und Miteinanderstreiten aber nicht. Zu Beginn der Religionskriege hatten auch die zerstrittenen Theologen dieses Verfahren gewählt. In ihren Reli-

gionsgesprächen stellten die Vertreter der katholischen und der reformierten Kirche jedoch schnell fest, dass sie sich so nie und nimmer einigen konnten, worauf die Disputationen in wüste Beschimpfungen und Handgemenge mündeten, auf die mit innerer Notwendigkeit ein weiterer der acht Religionskriege folgte. Für Montaigne hiess es also weiterzuforschen. Zum Abschluss seiner Selbstbefragung gelangte er zu dem Ergebnis, dass ihm selbst der Hang zur Grausamkeit gänzlich fehle, ja dass er instinktiv und rational nichts so hasse wie die Lust am Quälen anderer Lebewesen: Wenn nach wilder Jagd seine Hunde einen Hasen zu Tode bissen, krampfe sich ihm im Inneren alles zusammen.

Mit der Erkenntnis, selbst frei von sadistischen Neigungen zu sein, stellte sich Montaigne als Ausnahmeerscheinung dar. Denn seine Forschungen zu seinen Mitmenschen ergaben, dass diesen der Drang zum Töten und Quälen sehr wohl innewohnte. Um die Ursachen dafür zu finden, nahm Montaigne nun Menschen der verschiedensten Kulturen in Augenschein. Gelegenheit zu einem ersten Vergleich bot sich, als beim feierlichen Einzug des frischgekrönten Königs Karl IX. in Bordeaux dem staunenden Publikum auch eine Gruppe «Kannibalen» – nach Europa deportierte Ureinwohner Brasiliens – vorgeführt wurde. Im Anschluss daran, so Montaigne, habe er mittels eines Dolmetschers mit diesen Fremden tiefgründige Unterhaltungen geführt, die ihm wichtige Aufschlüsse über den Menschen im, oder zumindest sehr nahe am, Naturzustand geliefert hätten.

> Alle Menschen sind «Wilde», so Montaigne. Aber viel wilder als die Kannibalen sind die Europäer.

Aus diesen Schilderungen ergab sich für ihn das folgende Bild: Die Menschen auf der anderen Seite des Atlantiks haben keinen Staat, keine Steuern, keine Gerichtsprozesse, keine sozialen Hierarchien, kein Eigentum, kein Geld; das alles war also nicht natürlich, sondern ein Produkt der Zivilisation. Sie lebten auch nicht monogam, kannten keine Erbfolge und keinen Adel und fast keine Religion. Grausam aber sind auch sie. Ihre Kriegsgefangenen mästen sie mit Fleisch und Leckereien, bis sie fett genug sind, um geschlachtet zu werden. Diesem schrecklichen Ende sehen die Opfer nicht nur klaglos, sondern mit Hohn für ihre Peiniger kaltblütig entgegen. Montaignes Fazit zu diesen Berichten fällt völlig aus dem Rahmen europäischer Wahrnehmung: Das sei grausam, gewiss, aber bei weitem nicht so grausam wie der Brauch der Inquisition, Menschen, die das Abendmahl anders feiern als die Mehrheit, auf dem Scheiterhaufen zu Tode zu rösten. Alle Menschen sind, so betrachtet, «Wilde», aber wir Europäer sind noch viel wilder als die Kannibalen.

Ein «Zurück zur Natur» war also auch keine Lösung für die Beilegung der Bürgerkriege. Die Zivilisation hatte den von Natur aus zur Grausamkeit tendierenden Menschen noch grausamer gemacht. Ein Hauptgrund dafür sei, so Montaigne, dass jeder Mensch glaube, im Besitz absoluter Wahrheiten zu sein. Diese Arroganz müsse ihm ausgetrieben werden, und zwar gründlich. In seinem bei weitem ausführlichsten *Essai,* dem zwölften des zweiten Buchs, spielt Montaigne zum Totentanz aller Philosophie und Theologie auf: Sämtliche hochgemut vorgetragenen Weisheitslehren von der Antike bis zur Gegenwart sind Makulatur, denn sie widersprechen sich in allen Kernaussagen, für die sie zudem keine schlagenden Beweise liefern können. Der Mensch hat zwar einen Verstand, der ihm im täglichen Leben gute Dienste zu leisten vermag. Alle höheren, speziell metaphysischen Einsichten sind ihm jedoch verschlossen.

Am schlimmsten aber sei, dass sich der Mensch als solcher überschätze: Die Bibel habe ihm die irrige Überzeugung eingepflanzt, die Krone der Schöpfung zu sein, doch das sei er mitnichten. Er ist ein Geschöpf der Natur unter unzähligen anderen, denen er nichts voraushat – Sprache, Kommunikation, Staat, Empfindungen

und Vernunft haben auch die Tiere, die wahren Lebens- und Leidensgenossen des Menschen in einer Natur, die unbarmherzig mit ihren Kreaturen umspringt. Dass dahinter ein lieber, liebender Gott steht, ist mehr als unwahrscheinlich. Aus dieser Einsicht entspringt eine erstaunliche, für Montaignes Zeitgenossen unannehmbare Schlussfolgerung: «Wenn ich mit meiner Katze spiele, wer weiss, ob sie sich nicht mehr die Zeit mit mir vertreibt als ich mit ihr?»

Mit solchen Überlegungen hatte sich Montaigne vom Christentum in all seinen Spielarten weit entfernt. Sündenvergebung, Erlösung, jüngstes Gericht, ewiges Leben – all das war für ihn als selbstsüchtige Einbildung des zerstörerischen Naturwesens Mensch erwiesen. Je weiter er sich von den Glaubenshorizonten seiner Zeit entfernte, desto intensiver rückte die Religion als Hauptursache der französischen Bürgerkriege in sein Blickfeld. Montaigne wusste, wovon er sprach. Der Riss zwischen den Konfessionen und Kirchen verlief mitten durch seine Familie – er blieb katholisch, sein Bruder war reformiert, was zu weitreichender Entfremdung führte. Bei näherer Erforschung des Phänomens der Religion drängte sich ihm eine Hypothese auf, die wie viele andere Ideen viel zu kühn war, um auch nur verklausuliert niedergeschrieben zu werden: Fehlt mir, Michel de Montaigne, die Grausamkeit, weil mir die Religion fehlt?

Schreiben liess sich stattdessen die umgekehrte Schlussfolgerung, und zwar mit aller schneidenden Schärfe: Die christliche Religion soll durch die Lehre des milden Jesus die Menschen besser machen, doch das Gegenteil ist überall der Fall: «Ich sehe ganz klar, dass wir uns nur der Frömmigkeit widmen, wenn dieser Dienst unseren Leidenschaften schmeichelt. Es gibt keine so hervorstechende Feindseligkeit wie die christliche.» Die Anhänger der unterschiedlichen christlichen Glaubensrichtungen fallen bestialischer übereinander her als die Angehörigen aller anderen Religionen. Glaube und Religion sind ein billiger Vorwand für die endlosen Kriege, in denen es ausschliesslich um Macht, Ehrgeiz, Habgier und Lust am Töten geht. Die christlichen Konfessionen setzen also die destruktive Energie frei, die die Grausamkeit hervorbringt. Keine Seite sei besser als die andere, alle seien gleichermassen von blindem Vernichtungswillen besessen. Wer eine Armee aus aufrichtigen Glaubensstreitern rekrutieren wolle, müsse die Segel streichen – mehr als ein winziges Häufchen Aufrechte werde er nicht zusammenbekommen, wenn überhaupt.

Das waren Aussagen von einer Kühnheit, die normalerweise direkt auf den Scheiterhaufen führte. Nicht minder radikal ist, was Montaigne zur damals grassierenden Hexenverfolgung schrieb: «Die Hexen in meiner Nachbarschaft geraten in Lebensgefahr, wenn ein neuer Autor mit seiner Einschätzung ihren Träumereien Substanz zuschreibt.» Die «Hexen in meiner Nachbarschaft» – die subtile Ironie der Formulierung macht deutlich, was Montaigne davon hielt: Wie in den Religionskriegen tobt sich in Folter und Verbrennung der angeblichen Zauberinnen die menschliche Grausamkeit aus. Hexenglaube ist eine kollektive Verblendung, die der gesunde Menschenverstand mühelos ins Reich kollektiver Wahnvorstellungen verweisen kann.

Montaigne wusste, dass er sich mit solchen Meinungen angreifbar machte, und federte seine Texte daher vielfältig ab – durch kunstvolle Entschärfungen des Typs «Ich meine ja nur ganz unmassgeblich …» und andere Schein-Rückzugsmanöver. Dazu gehört auch seine Religions-Transfer-Theorie: Gott habe seine Offenbarung in der Bibel ausgedrückt, und diese sei daher wahr; doch auf dem Weg vom Himmel auf die Erde sei diese Wahrheit verloren gegangen, da die Menschen nicht fähig seien, sie rein, wie sie ist, aufzunehmen. Stattdessen verkehrten sie sie ins krude Gegenteil. Zusammen mit seinem lebenslangen Bekenntnis zum katholischen Glauben seiner Vorfahren reichte das aus, um Montaigne in Frankreich vor der Verfolgung durch die Inquisition zu schützen.

Mit den Organen der katholischen Glaubenskontrolle spielte er auf seiner Reise nach Rom in den Jahren 1580 und 1581 indes ein lebensgefährliches Spiel. Er führte nämlich die erste Auflage seiner *Essais* im Gepäck mit, in denen die Schuldzuweisungen an die Religion als Katalysator des

Illustration: Agata Marszalek

Bösen im Menschen zu lesen waren. Die Zensoren von der römischen Indexkongregation lasen das alles, aber fanden wenig daran auszusetzen; einige wenige anstössige Bemerkungen musste Montaigne korrigieren, weiterreichende «Verbesserungen» wurden ihm nicht auferlegt. Dass es so glimpflich ausging, hing damit zusammen, dass die «Buchprüfer» das Französische nur mangelhaft beherrschten, die Entschärfungsstrategien für bare Münzen nahmen und wussten, dass Montaigne in seiner Heimat einiges Ansehen genoss – kurz darauf wurde er zum Bürgermeister von Bordeaux gewählt und nach zwei Jahren als ehrlicher Makler zwischen den zerstrittenen Parteien in seinem Amt bestätigt. Doch dieses milde Urteil der römischen Theologen konnte Montaigne nicht voraussehen – die Spannung, ob das kühne Experiment in den Verliesen der Engelsburg in Rom oder durch Freispruch enden würde, durchzittert die Aufzeichnungen seines einzigartigen Reisetagebuchs zwischen Januar und April 1581.

Unter dem Strich stellte sich für Montaigne eine letzte grosse Frage: Wie lassen sich die Religionen so entschärfen, dass sie die niederen Instinkte des Menschen nicht mehr freisetzen und entflammen? Die radikalste Antwort lautet: dadurch, dass man nicht mehr an sie und ihren Anspruch auf ein Wahrheitsmonopol glaubt. Doch das ist, wie Montaigne genau wusste, für die grosse Mehrheit der Menschen keine Lösung. Sie brauchen eine Religion, um das Elend ihres irdischen Daseins mit der Hoffnung auf ein besseres Jenseits zu überstehen. Durchgreifende Hilfe gegen die Zerstörungskraft der Religionen versprechen nur Eingriffe von oben, die den Priestern aller Sekten ihre Grenzen aufzeigen, und dafür kommen allein die wenigen Mächtigen infrage, für die die Macht der Güte der beherrschende Antrieb ist. Einen solchen Herrscher fand Montaigne am Ende in König Heinrich IV., der als Versöhner und Friedensstifter in die Geschichte einging: 1598 gewährte er den Hugenotten in Frankreich religiöse Toleranz und volle Bürgerrechte, während er gleichzeitig den Katholizismus als Staatsreligion festlegte. Das setzte den Religionskriegen ein vorläufiges Ende.

Mehr oder weniger endgültig gelöst hat das Problem der Religion dann die Aufklärung, die diese in die Privatsphäre zurückdrängte. Doch das Problem der menschlichen Grausamkeit ist damit nicht aus der Welt geschafft – an die Stelle der Religionen sind längst Ideologien aller Art getreten, die dasselbe bewirken. Die Lektüre von Montaignes *Essais* kann auch gegen sie heilsame Wirkungen zeitigen. Sie fördert eine Kultur des offenen Dialogs und hilft gegen die Verdrängung unangenehmer Wahrheiten, dient der Achtung der Andersdenkenden und bekämpft Unduldsamkeit und narzisstische Gekränktheit in jeglicher Form. Oder, in den Worten Montaignes: «Wenn man mir widerspricht, weckt man meine Aufmerksamkeit, nicht meinen Zorn. Ich gehe auf denjenigen zu, der anderer Meinung ist als ich, denn er bereichert mich.» |G|

Die Zitate stammen aus Michel de Montaigne: *Œuvres complètes,* Paris 1961 (übersetzt vom Autor).



Volker Reinhardt, Jahrgang 1954, ist Professor für Allgemeine und Schweizer Geschichte der Neuzeit an der Universität Freiburg. Er forscht und publiziert hauptsächlich zur Geschichte Italiens und Frankreichs. Im Januar 2023 erschien von ihm bei C. H. Beck: *Montaigne. Philosophie in Zeiten des Krieges.*



Weiterführende Literatur

Sarah Bakewell: Wie soll ich leben? oder Das Leben Montaignes in einer Frage und zwanzig Antworten. München 2016.
Philippe Desan: Montaigne. Une biographie politique. Paris 2014.
Claude-Gilbert Dubois (Hg.): Montaigne et Henri IV. Biarritz 1996.
Hugo Friedrich: Montaigne. Bern 1949.
Mark Greengrass: Governing Passion. Peace and Reform in the French Kingdom 1576–1585. Oxford 2007.
Michel de Montaigne: Œuvres complètes. Paris 1961 (deutsche Ausgaben: Auswahl und Übersetzung von Herbert Lüthy, Zürich 1953; Gesamtübersetzung von Hans Stilett, Berlin 2016).
Géralde Nakam: Le dernier Montaigne. Paris 2002.
Jean Starobinski: Denken und Existenz. München 1986.

Lauter Helden

Siebenhundert Jahre Stadtgründung: 1891 spielt Bern sich selbst.

Von Daniel Di Falco

«Der Regen giesst ohn' Unterlass / Das ist ein wohlgefülltes Fass!», heisst es einmal, und zwar als die Berner in die Schlacht bei Murten ziehen. Aber sonst fliessen statt Wasser Schweiss und Blut und Tränen, und Erholung vom Pathos gibt es keine: «Die Hörner blasen! Wohlauf, wohlauf! / Fasst mannlich fest den Knauf!»

Den Knauf des Schwerts, versteht sich. Vom 14. bis zum 17. August 1891 feiert Bern siebenhundert Jahre Bern, mit einem Festspiel auf einer hundert Meter breiten Bühne, gebaut von Hans Wilhelm Auer, dem Bundeshausarchitekten. Für das Publikum gibt es zwanzigtausend Plätze, und auf der Bühne spielen neunhundert Laien eine Vergangenheit nach, die vor allem aus Schlachten und ernsten Männerworten besteht.

Einer der Helden ist Otto Rytz. Er spielt den Ritter Bubenberg, der 1191 den Bau einer Siedlung namens Bern begonnen haben soll, auf Geheiss seines Herzogs. Im richtigen Leben ist Rytz Kaufmann; nach zehn Jahren in Argentinien hat er sich in Bern niedergelassen, wo er als Kassier der Mobiliar-Versicherung arbeitet, ab 1896 als Generalkonsul von Costa Rica. Das städtische Museum verdankt ihm eine Sammlung von Erzgesteinen aus den Kordilleren sowie einen Kondor und zwei wilde Lamas, die er geschossen hat.

Ein verdienter Bürger also. Aber kein Angehöriger des Patriziats, der alteingesessenen Oberschicht. Sie dirigiert die Festlichkeiten, sie behält sich die wichtigsten Rollen vor, und sie nutzt die Erinnerung an den einst mächtigsten Stadtstaat nördlich der Alpen zur «Selbstinszenierung», so der Historiker Daniel Schläppi. Dabei hat sie gerade im 19. Jahrhundert viel verloren – zuerst die bernischen Landgebiete, mit dem liberalen Umsturz 1830/31, dann auch die Macht in der Stadt, mit dem Wahlsieg des Freisinns 1888. So wie in Basel (*NZZ Geschichte* Nr. 44) machen die Patrizier ihren Abstieg mit Traditionsbewusstsein wett: Sie verstehen die Geschichte als ihr Verdienst, ja Eigentum. Und doch ist 1891 ein integrierender Moment, sogar für die ehemaligen Untertanen: «Kein Berner» sei «gleichgültig» geblieben, schreiben die Zeitungen auf dem Land. Die Feier helfe, die «Klassenunterschiede» zu «verebnen».

Tatsächlich gibt das Patriziat auch dem aufstrebenden Bürgertum einen Platz in der Vergangenheit. Neben den alten Familien tritt die neue städtische Elite auf die Bühne, die kein «von» im Namen hat – Kaufleute wie Otto Rytz, Anwälte, Pfarrer, Ärzte. Zudem kommt das Festspiel einer Idee entgegen, die damals boomt: Das «Nationale» ist zu einem zentralen politischen Prinzip geworden, und das entsprechende Wir-Gefühl entsteht in gemeinsamer Beschwörung der Geschichte. Vor zwei Wochen, Anfang August, beging man in Schwyz sechshundert Jahre Eidgenossenschaft, die erste Bundesfeier überhaupt, nachdem man sich über ein Gründungsjahr verständigt hatte. Im Berner Epos hat Helvetia eine Tochter namens Berna, und den Sieg bei Murten tragen Berner und andere Eidgenossen gemeinsam davon.

Auch wenn er selbst nicht in die Geschichtsbücher eingegangen ist: Das Verdienst des Otto Rytz ist eine besondere Erinnerung an 1891. Die Burgerbibliothek Bern hütet ein Album, in dem Rytz die Porträts von fünfzig seiner Mitstreiter im Festspiel sammelte, von den Berner Notabeln bis zu «Frau Apotheker Müller», alle aufgenommen in voller Maskerade, bereit für ihren Auftritt. Jene Tage im August müssen auch ein Fest für die Fotografen der Stadt gewesen sein: In ihren Studios ging die Geschichte ein und aus. |G|



Spezialgast in Bern ist die Eidgenossenschaft: «Frau Sprenger-Bürli, Zürich» spielt Helvetia.



Ihm verdankt sich die Sammlung der Porträts: Otto Rytz als Kuno von Bubenberg, erster Architekt der Stadt.

Bilder: Burgerbibliothek Bern, FA Rytz 27



«Herr Hermann», «Baumeister Probst» und «Lüthy, Maler» praktizieren den Rütlischwur.
Schauplatz ist – siehe die Kulisse – das Studio eines Fotografen.



«Fräulein Zuber» als Bernerin der Reformationszeit



«G. Bay» als Hans von Hallwyl, Anführer in der Schlacht bei Murten



«Burgmeyer aus Aarau» als Diebold Baselwind, Feldprediger



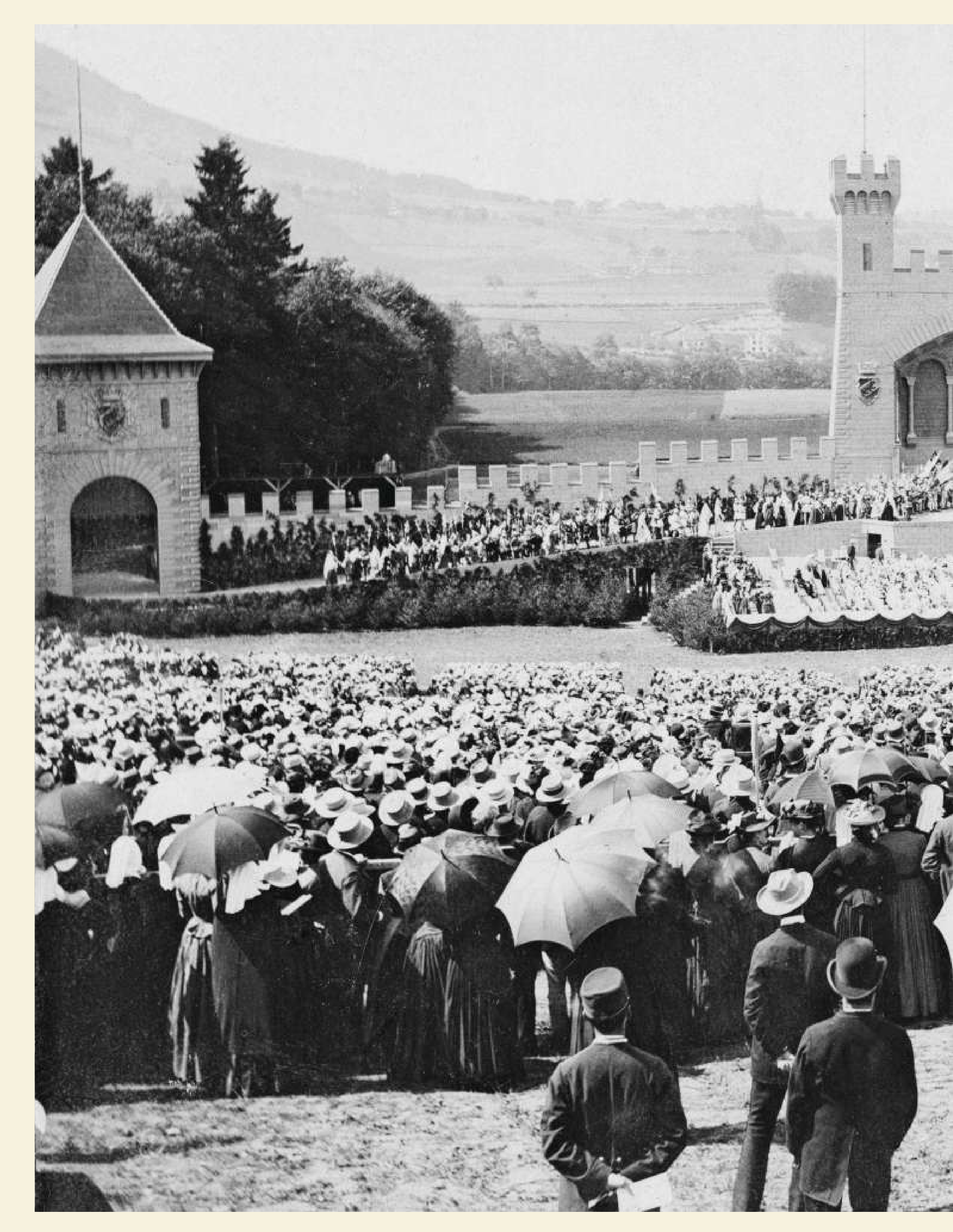
Fritz von Mülinen als Hans Wilhelm von Mülinen, Schatzmeister

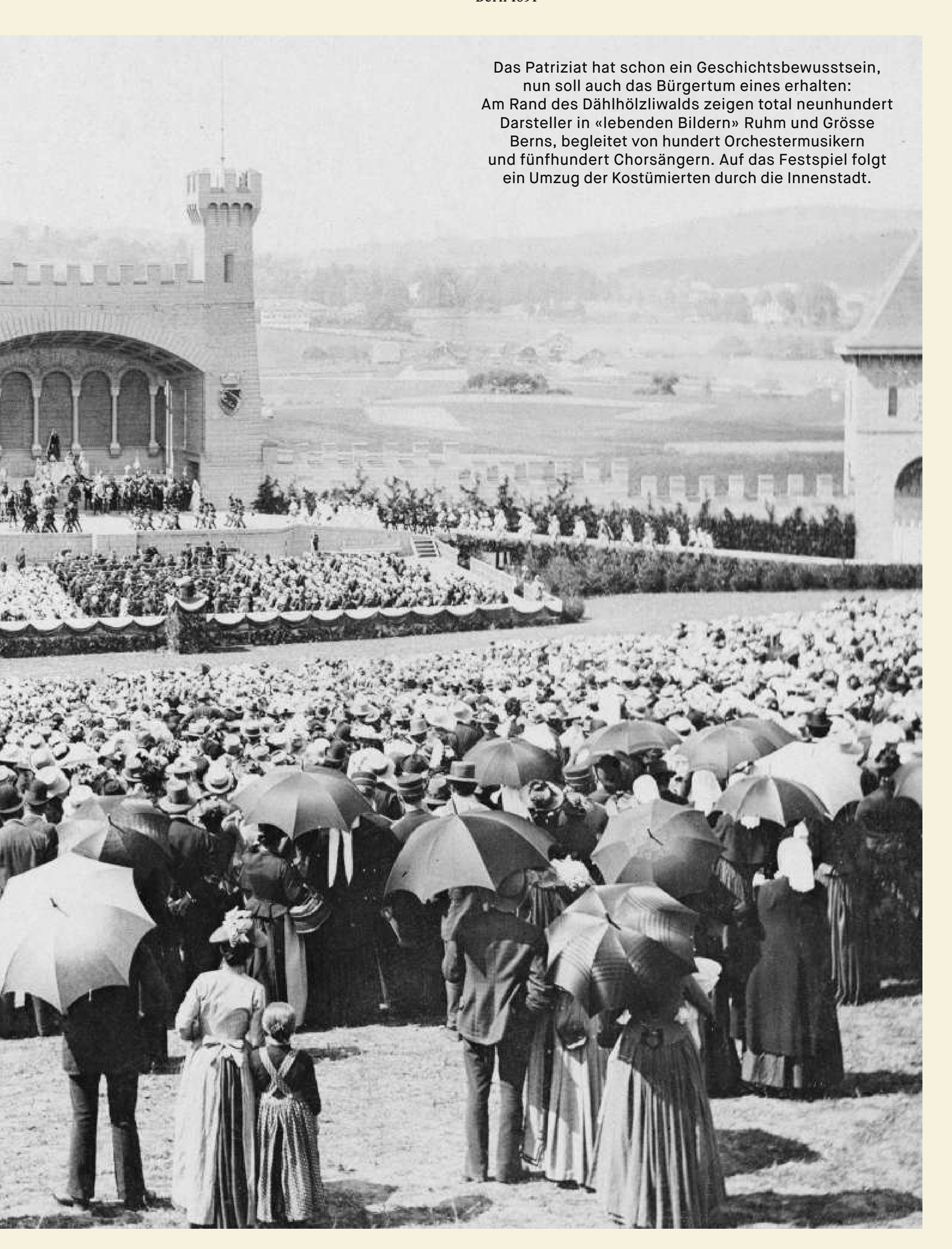


Eugen von Jenner als Samuel Jenner, Magistrat



Max von Tscharner als Adrian von Bubenbergs Knappe





Das Patriziat hat schon ein Geschichtsbewusstsein,
nun soll auch das Bürgertum eines erhalten:
Am Rand des Dählhölzliwalds zeigen total neunhundert
Darsteller in «lebenden Bildern» Ruhm und Grösse
Berns, begleitet von hundert Orchestermusikern
und fünfhundert Chorsängern. Auf das Festspiel folgt
ein Umzug der Kostümierten durch die Innenstadt.


«Frau Apotheker Müller»
als Landstürmlerin


Rudolf von Graffenried als
Anton von Blankenburg, Vogt


Franz Hermann als Erhart Küng,
Münsterbaumeister


Wilhelm von Wattenwyl
als Kuno von Habstetten, Ritter


«Fräulein von Wattenwyl-von Linden
und von Wattenwyl-Guibert»


Edgar von Wyttenbach als Adjutant
des Generals von Erlach



«Zwei Söhne von Dr. Dübi» als Knaben aus der Zeit der Burgunderkriege.
Der Vater, Gymnasiallehrer und Alpenkundler, ist im Organisationskomitee des Festspiels tätig.

Bild S. 86/87: Burgerbibliothek Bern, FA Wildbolz 20; S. 88/89: Burgerbibliothek Bern, FA Rytz 27

Explosiver Typ

Wer Österreichs Skandale verstehen will, kommt um einen Mann nicht herum: Udo Proksch, Landwirt, Konditor und Impresario der Wiener Society. Eine Detonation auf einem Frachtschiff zerriss 1977 den Filz der Freunderlwirtschaft, den er gewoben hatte.

Von Paul Jandl

Die Körpergrösse bescheiden, die Ambitionen kolossal, genau wie Napoleon: 1969 lässt sich Udo Proksch als Empereur verkleidet auf dem Flugplatz Wien-Aspern porträtieren.

Bild: Kristian Bissuti



Ein schwerer Fall. Aber auch ein klarer. Als dem bekannten Wiener Grafologen Prof. Dr. W. R. Muckenschnabel Ende der 1980er Jahre die Schriftprobe eines ihm unbekannten Mannes vorgelegt wird, ist die Expertise eindeutig. Mit einem Mann, der so schreibt, stellt Muckenschnabel fest, könne niemand «zusammenleben noch gar zusammenarbeiten, weil er ein selbstsüchtiger und fast gemeingefährlicher Gemütsegoist und Aufrührer sein wird, alles besser zu wissen vorgibt, sich vielfach Freiheiten herausnimmt, andere überspielt und wohl damit auch betrügt, zu affektiven und ungezügelten Reaktionen neigt, trotz seiner an sich bestehenden Freiheit gleichsam aus dem Hinterhalt schiesst und auf Kosten anderer sein Süppchen kocht».

Udo Prokschs versuchter Versicherungsbetrug wird zum Skandal, der über ein Dutzend Politikerkarrieren in den Abgrund reisst.

Der Professor schreibt sich aber erst richtig warm, später im Gutachten fallen Ausdrücke wie «desorientierter Hochkömmling», «Elefant im Porzellanladen», «pathologischer Windhund» und «neurotischer Sonderling».

Der kriminalistische Stellenwert der Grafologie mag seit jenen Tagen deutlich gelitten haben. Aber was an der fast possenhaften Expertise heute noch verblüfft, ist ihre Stichhaltigkeit. Der Mann, um den es geht, heisst Udo Proksch. In den 1960er und 1970er Jahren hat er als Selbstdarsteller eine Karriere hingelegt, die so unglaublich war, dass er sogar das an Selbstdarstellungen nicht arme Österreich in seinen Bann ziehen konnte. Proksch, gelernter Schweinehirt und Kurzzeit-Kunststudent, Designer und Konditor, hat die oberen Zehntausend des Landes gekannt. Und gerade die sollten ihn allmählich erst richtig kennenlernen.

Am Ende stand schliesslich Mord. Sechs Tote gab es am 23. Januar 1977 im Indischen Ozean, als die letzte grosse Aktion des Udo Proksch stattfand: die Sprengung des Schiffs «Lucona» für einen versuchten Versicherungsbetrug. Für Proksch ging es um eine Versicherungssumme von heute rund 50 Millionen Euro, aber für die Republik Österreich ging es um alles. Das Sinken der «Lucona» sollte noch zwei Jahrzehnte lang Politikerkarrieren in den Abgrund reissen. Es war der grösste Skandal, den das Land bis dahin in der Nachkriegsgeschichte erlebt hatte, Ergebnis eines undurchdringbaren Filzes von Freundschaft, krimineller Energie und wirtschaftlichen Interessen.

Udo Proksch war ein Katalysator dieses Systems, das bis heute nicht aus Österreich verschwunden ist. Man hielt ihn erst für vertrauenswürdig und ein bisschen verrückt, dann für zwielichtig. Er ging bei Politikern ein und aus, die ihn noch verteidigten, als an seine Unschuld in Sachen «Lucona» nicht mehr zu glauben war. Verfahren der Justiz gegen Proksch wurden von höchster politischer Stelle verhindert, bis es doch noch zum Prozess kam. 1992 endete er mit einer Verurteilung wegen sechsfachen Mordes. Die Gerichtsakten umfassen 250 000 Seiten. Wer aber war Udo Proksch, der Mann, der mit einem Frachter im Indischen Ozean auch ein ganzes System in die Luft fliegen liess?

1987, zehn Jahre nach der Explosion, schreibt der österreichische Journalist Hans Pretterebner sein schnell berühmt werdendes Buch *Der Fall Lucona*. Im Vorwort merkt der Autor vorsichtshalber an, dass es sich hier nicht um einen Kriminalroman handle. Die Geschichte ist so abenteuerlich, dass dieser Hinweis wichtig ist: Udo Proksch hätte eine literarische Figur sein können. Er lebte in den Konjunktiven eines Grössenwahns, und aus diesen Konjunktiven liess er Tatsachen werden. Dabei teilte der klein gewachsene Herr Proksch seine Körpergrösse, aber auch seine Ambitionen mit Napoleon. Nicht umsonst gibt es Fotos, die ihn im Napoleonskostüm zeigen.

Bild: Ernst Kainerstorfer / APA / Keystone



Kritiker wähnen hier eine Geheimloge nach dem Muster der italienischen P2: Udo Proksch (mit Bauch) im Club 45 in Wien. Ganz links: Hans Peter Daimler, Prokschs Kompagnon in der «Lucona»-Affäre (8. September 1980).

Udo Proksch wird 1934 im mecklenburgischen Rostock als Sohn überzeugt nationalsozialistischer Eltern geboren. Man übersiedelt nach Salzburg, der Bub besucht eine «Nationalpolitische Erziehungsanstalt» bei Bischofshofen, eines jener Internate, in denen der NS-Staat seine künftige Elite heranbilden will. Nach dem Krieg macht Proksch die obligatorische Schulzeit fertig und absolviert eine Lehre als landwirtschaftliche Hilfskraft. Ein Umstand, der dereinst zu den Mystifikationen Udo Prokschs gehört: Als Schweinehirt habe er begonnen und sich nach und nach in die obersten Zirkel der Society vorgearbeitet, wird er erzählen.

Tatsächlich kennt er sich mit dem Melken, dem Abferkeln, der Güllerei und der Koppelwirtschaft aus, als er später Gastschüler am Wiener Schauspielseminar Max Reinhardt ist und an der Akademie für angewandte Kunst studiert. Proksch verlegt sich aufs Design, und hier beginnt ein künstlerischer Lebenslauf, der sich aufgrund des Erfolgs sehr geradlinig hätte entwickeln können. Bei Proksch allerdings ist das Gegenteil der Fall. Sein Design ist nicht nur eine Frage von Form und Funktion, sondern eine Philosophie. Für den Visionär ist alles Design.

Es beginnt mit dem Entwurf für das Leichentuch erster Klasse der Wiener Bestattung und geht weiter mit Brillenfassungen, die sich mithilfe eines erfahrenen Unternehmers weltweit für ziemlich viel Geld verkaufen. Dabei entwirft sich Proksch gleich selber neu. Er legt sich den Namen «Serge Kirchhofer» zu und benennt eine Brillenmodellreihe nach dem ominösen Herrn. Einer «mystischen Figur, die in der kommenden Zeit einigen Staub aufwirbeln wird», wie Udo Proksch in einem Werbebrief formuliert. Dem Selbsterfinder können seine künftigen Erfindungen gar nicht kostbar genug sein: «Parfum in herrlicher Verpackung und dem Geruch des Todes oder Astern» oder «Blusen aus bester Seide mit Goldknöpfen und Saphirknöpfen».

Das Halbseidene des Unternehmens spielt so lange keine Rolle, als sich Prokschs Kreationen

1972 kommt Proksch durch eine verdeckte Übernahme in Besitz der altehrwürdigen Wiener Konditorei Demel. Unter ihm wird aus dem Zentrum des Kalorienumsatzes ein Zentrum der politischen Macht.

Bild: Michael Horowitz / Ullstein Bild

verkaufen. 1964 entwirft der Österreicher aufsteckbare Finger aus Gold, die bei einer Ausstellung der Aufmerksamkeit des James-Bond-Erfinders Ian Fleming nicht entgehen. Fleming kauft Proksch die Idee ab, der «Goldfinger»-James-Bond ist dann nur noch eine Frage der Zeit. Proksch-Brillen werden vom Schauspieler Peter Sellers, von Jackie Kennedy-Onassis, vom Schah von Persien und von seiner Frau Soraya getragen. Mit seinen Skibrillen kann der Designer beim internationalen Jetset des Sports punkten, aber die wahre gesellschaftliche Aufwertung hat schon 1962 anderswo stattgefunden: Die Hochzeit mit der jungen Burgschauspielerin Erika Pluhar katapultiert Proksch in die Kreise der Wiener Bohémiens. Seine Exzentrik wird auf den Partys dieser Menschen weltberühmt, und weil Wien ohne Spass nicht Wien wäre, mischen sich auch bald Politiker in das fröhliche Treiben.

Es sind die Sechziger. Österreich ist auf verschwenderische Art mit sich selbst zufrieden, und Wien entdeckt sich als Stadt eines zukunftsträchtigen Traditionalismus neu. Nach fünf Jahren wird die Ehe mit Erika Pluhar geschieden. Proksch heiratet die Schauspielerin Daphne Wagner, eine Urenkelin des Komponisten Richard Wagner. Eine Kurzzeitehe, die von Affären und Beziehungen abgelöst wird. Österreichs Aristokratie ist ein weiteres Sammlerobjekt im Leben Prokschs. Mit Durchlauchten aller Art werden die Nächte durchgemacht. Eine Altadelige mit imposantem Namen wird zur Mutter zweier seiner Kinder: Cäcilie Christine Caroline Maria Immaculata Michaela Thadäa Altgräfin zu Salm-Reifferscheidt-Krautheim und Dyck. Der Sohn der beiden wird auf den Namen Benvenuto Ivan Walodia Mc-Rudolf getauft. Design ist alles.

Mit seinen neuen aristokratischen Verbindungen und einer verschachtelten Geschäftskonstruktion gelangt Udo Proksch an einen weiteren grossen Brocken der Wiener Kronjuwelen: Er wird Besitzer der altehrwürdigen k. u. k. Hofzuckerbäckerei Demel. Die Konditorei Demel ist ein Zentrum des Kalorienumsatzes, aber unter Proksch alias Kirchhofer wird sie bald auch ein Zentrum der politischen Macht. Im 1973 gegründeten Club 45, der über dem Café Demel seine Heimat findet, verkehrt die Prominenz der österreichischen Sozialisten. Der Innenminister Karl Blecha, der Aussenminister Leopold Gratz und der Verteidigungsminister Karl Lütgendorf sind Mitglieder des Klubs und werden später politisch über die «Lucona»-Affäre stolpern. Der damalige Wissenschaftsminister Heinz Fischer gehört genauso zum Klub wie Franz Vranitzky, der es noch zum österreichischen Bundeskanzler bringen wird. Sein Vorgänger Bruno Kreisky ist dem Club 45 nicht weniger zugetan als dem Hausherrn Udo Proksch. Beide verbindet eine eigentümliche Beziehung. Kreisky durchschneidet feierlich das in den Farben der Monarchie gehaltene Band nach der Renovierung des «Kaiserzimmers», in dem sich der Club 45 treffen wird.

Der James-Bond-Erfinder Ian Fleming kauft Proksch die Idee mit dem «Goldfinger» ab. Der gleichnamige Film kommt bald darauf ins Kino.

Kreisky fährt mit Proksch in die Ferien. Ein andermal bittet er Proksch, der philippinischen Diktatorengattin Imelda Marcos bei einem Besuch schöne Grüsse auszurichten.

Der Multikünstler André Heller berichtet von einer Aktion seines Freundes Udo Proksch, bei der dieser zum Scherz mit geladener Waffe ins Büro des Kanzlers eingedrungen sei und «Kontrolle, Kontrolle, Kontrolle!» gerufen habe. Einen gerade anwesenden Staatsgast konnte Bruno Kreisky nur mit Mühe beruhigen. Hat die Anekdote einen unangenehmen Kern von Wahrheit? Unter den schärfsten Kritikern des Clubs 45, die in ihm eine politische Geheimorganisation nach dem Muster der italienischen P2 sehen, hält sich bis heute das Gerücht, Proksch habe die Treffen des Klubs heimlich gefilmt. Das wäre

Erpressungsmaterial erster Güte gewesen. Es soll heiss hergegangen sein, nicht zuletzt in der für den Klub eigens eingerichteten Sauna.

Die Mitgliederliste des Clubs 45 wurde in den 1970er Jahren immer umfangreicher und prominenter, während Udo Proksch weiter vor Ideen sprühte. Gemäss seinem Leitspruch «Eines meiner grössten Hobbys ist der Tod» hatte er 1971 den Verein «Freunde der Senkrechtbestattung» gegründet. In transparenten Plastikröhren sollte den Verstorbenen ein postumer Stehplatz zuteilwerden. Proksch erfand eine Zahnpastatube, die an beiden Enden geöffnet werden konnte, und wollte mit dem Formel-1-Rennfahrer Niki Lauda einen «Austro-Porsche» bauen – endlich wieder Automobilindustrie in Österreich. Kanzler Kreisky war begeistert, aber die Sache verlief im Sand. Genauso wie das Projekt eines Plastikhauses, das man nur in die Landschaft stellen musste, und der «Rubberman». Das war eine matrjoschkahafte Abreaktionspuppe, die mit den Porträts John F. Kennedys, Nikita Chruschtschows, Charles de Gaulles und Liz Taylors versehen war.

Der Waffennarr Proksch träumt von einem Einstieg in die Rüstungsindustrie. Der Verteidigungsminister spielt erstaunlich weit mit.

Seine eigenen Energien leitete Udo Proksch in immer megalomaneren Projekten ab. Es ging um Maschinen und Waffen. Der Waffennarr Proksch träumte davon, in die Rüstungsindustrie einzusteigen, und hatte mit seinem Freund, Österreichs Verteidigungsminister Karl Lütgendorf, einen Mann bei der Hand, der erstaunlich weit mitspielte. Der militaristische Konditor rief ein Projekt ins Leben, das sich «C. U. M.» nannte – «Civil und Militär» – und diffusen Zwecken irgendwo zwischen Sicherheitspolitik und Umweltschutz gewidmet war. Prokschs Firmen bekamen lukrative und bisweilen kuriose Aufträge vom österreichischen Bundesheer.

Peanuts für einen Mann, der einen aufwendigen Lebenswandel zu bestreiten hat und die Welt als Abenteuerspielplatz sieht. Versuche Prokschs, eine abgewirtschaftete Munitionsfabrik zu kaufen, scheitern Anfang der 1970er Jahre trotz Interventionen höchster politischer Stellen. Mit einem stillgelegten Kohlebergwerk in Niederösterreich hat der rastlose Monomane mehr Glück. Er kauft das Gelände und ist damit im Besitz jener Gerätschaften, die er für das allergrösste seiner Projekte brauchen wird. Die Arbeit beginnt.

In der Schweiz werden Briefkastenfirmen gegründet, und mit Hans Peter Daimler findet sich ein Kompagnon, den Udo Proksch nach dem Auffliegen der «Lucona»-Affäre einfach im Regen stehen lassen wird. Nahe dem ehemaligen Bergwerk kauft das Wiener Enfant terrible noch ein Industriegelände, auf dem sich für den geplanten Versicherungsbetrug alles in Ruhe zusammenschrauben und neu lackieren lässt. Maschinenreste aus dem Bergwerk und Teile einer Kunststoffpresse werden gegenüber der Versicherung als teure Aufbereitungsanlage für Uranerz deklariert. Man hat sich grosse Mühe gegeben, Rechnungen und Herkunftsbescheinigungen zu fälschen oder zu fingieren. Der Wert des in Kisten verpackten und am 29. Dezember 1976 auf der Strasse nach Oberitalien transportierten Schrotts steigt damit um das Fünfzigfache.

Am 6. Januar 1977 läuft das gecharterte Stückgutschiff «Lucona» aus dem Hafen von Chioggia aus. Zwölf Männer und Frauen sind als Besatzung an Bord. Was sie nicht wissen: In der Ladung ist auch Sprengstoff aus österreichischen Heeresbeständen. 700 Tonnen Fracht sind in den Papieren verzeichnet, tatsächlich ist das transportierte Material aber wohl nur halb so schwer. Die Fahrt der «Lucona» geht durch die Adria in Richtung Indischer Ozean und muss eine logistische Meisterleistung gewesen sein. Höchstwahrscheinlich ein Zeitzünder soll dafür

Zehn Jahre können Udo Prokschs Freunde in der Regierung eine Untersuchung gegen ihn verhindern – bis es doch noch zum Prozess kommt. Proksch am 22. November 1990 bei einem gerichtlichen Augenschein auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig, wo er einen von ihm entwickelten Kunststoffbunker präsentiert (mit Krücke wegen seines Rückenleidens), und beim Gang zum Gericht in Wien am 21. Februar des gleichen Jahrs.

sorgen, dass das Schiff an einer vorausberechneten, besonders tiefen Stelle des Meeres versinkt. Man hat nicht mehr als 21 Tage Zeit, dann ist die Autobatterie aus Heeresbeständen, an der die Bombe hängt, am Ende. Am 23. Januar 1977 ist es so weit. Um 16 Uhr Ortszeit explodiert die am Schiffsboden abgestellte Kiste mit dem Sprengstoff nahe den Malediven. Über viertausend Meter ist das Meer hier tief. Die Hälfte der Besatzung überlebt den Anschlag nicht, während ein Wiener Zuckerbäcker mit seinen Kompagnons hofft, jetzt das grosse Los gezogen zu haben.

Es kommt aber anders, als man sich das gedacht hat. Mit dem Ereignis auf offenem Meer werden die Wellen des Misstrauens allmählich höher. Zuerst sind es Sachverständige der Versicherung, die Verdacht schöpfen, dann Journalisten wie Hans Pretterebner, denen die Sache zweifelhaft erscheint. Demonstrativ gelassen bleibt die österreichische Politik. Justizminister Harald Ofner schmettert Anträge auf gerichtliche Voruntersuchungen mit der Bemerkung ab: «Die Suppe ist zu dünn.» Es dauert noch acht Jahre, bis Proksch und sein Mitwisser Hans Peter Daimler verhaftet werden. Sie haben wieder Glück. Diesmal ist es Aussenminister Leopold Gratz, der dem Duo aus der Patsche hilft. Er habe die Uranerz-Aufbereitungsanlage mit eigenen Augen gesehen, erklärt er. Ein Jahr später werden Proksch und Daimler noch einmal verhaftet, kommen aber sofort wieder frei und tauchen unter.

1987 ist unter einem neuen Justizminister der Weg endlich frei, Proksch zur Verantwortung zu ziehen und Anklage zu erheben. Der Verwandlungskünstler hat sein Erscheinungsbild auf der Flucht durch eine Gesichtsoperation verändern lassen. Als er 1989 versucht, unter falschem Namen in Österreich einzureisen, wird er verhaftet. Im Rahmen der staatsanwaltlichen Ermittlungen wird ein Tauchroboter in die Tiefen des Indischen Ozeans geschickt, dessen Aufnahmen jeden Verdacht bestätigen. Es muss auf dem Schiff eine Explosion gegeben haben, und an Bord war nur Schrott. Von Udo Proksch gibt es am Ende statt Grösse nur noch Wahn. Er kommentiert das Urteil, lebenslange Haft, so: «Da kann man nur noch ‹Heil Hitler› sagen.»

Der endgültige Absturz Prokschs ist dramatisch, aber vielleicht noch dramatischer ist die Causa Österreich. Es geht um Rückabwicklungen von korrupten Freundschaftsverhältnissen, die die ganze Republik an den Rand des Abgrunds gebracht haben. Die Banalität eines kriminellen Vorgangs ist das eine, Österreichs Weg in die Bananenrepublik etwas anderes. Es wird noch Jahre dauern, bis in der Politik wieder Ordnung hergestellt ist. Prokschs Freund Leopold Gratz muss als Nationalratspräsident zurücktreten, sein Kollege Karl Blecha als Innenminister. Verteidigungsminister Karl Lütgendorf hat schon 1981 Selbstmord begangen. Insgesamt sechzehn österreichische Politiker und hohe Beamte verlieren mit der Affäre Proksch ihren Job. Der Club 45 wird allerdings erst 1992 aufgelöst.

Als Brillendesigner und Erfinder des Unmöglichen war Udo Proksch noch in den 1960er Jahren auf dem besten Weg, eine beachtliche Laufbahn hinzulegen. Wer sich allerdings mit herkömmlichen Lebensentwürfen nicht zufriedengibt, braucht immer mehr. «Destruktion ist Kreation», lautete einer der Wahlsprüche des Mannes, der in Wien die Puppen tanzen liess, bis alle an eine endlose Party glaubten. Wenn nicht doch noch Videos aus dem Club 45 auftauchen, wird wahrscheinlich kein Mensch erfahren, was sich dort zugetragen hat. Die Verschwörungstheoretiker unter den Aufklärern hängen der These an, dass der Untergang der «Lucona» nur die Spitze des Eisbergs war – um es in einer schiefen Metapher zu sagen. Sie reden von Geheimdiensten und wärmen alte Gerüchte auf, dass Proksch ein KGB-Spion gewesen sein könnte. Nichts würde einen wundern bei einem Mann, der Sätze wie diesen gesagt hat: «Das Einzige, was dem Geben von Leben vergleichbar wäre, das ist das Nehmen von Leben, der Mord.» Zögernder Nachsatz: «Nur den mögen wir ja nicht, oder?»

Der Häftling Udo Proksch starb 2001 nach einer Herzoperation, aber sein Lebenswerk, der «Lucona»-Skandal, wirft nach wie vor Schatten auf das Land. Wer die damaligen Hintergründe kennt, der kann heute besser verstehen, wie die österreichischen Netzwerke politischer Korruption funktionieren. Auch die letzten Skandale

Illustration: Agata Marszalek

der Republik, die unter anderem 2021 zum Rücktritt des damaligen Bundeskanzlers Sebastian Kurz geführt haben, scheinen letztlich nur Kopien einer Freunderlwirtschaft, wie es sie schon vor fünfzig Jahren gab. Das Muster ist immer das gleiche: Jemand kennt jemanden, der jemanden kennt. Politik und ganz private wirtschaftliche Interessen reichen einander auf freundlich-österreichische Art die Hand. Man konspiriert, interveniert und intrigiert.

Udo Proksch war so etwas wie der Springteufel der österreichischen Seele: Mit Schreckensblässe und Amüsement hat das Publikum über Jahrzehnte ein Treiben verfolgt, in dem es selbst gespiegelt war. Die Sozialisten und die Konservativen, die altösterreichische Aristokratie und der neue Industrieadel haben sich vom kleinen Mann vorführen lassen. Er war ein Charmeur, der genau das verkörperte, was man den Österreichern klischeehaft immer schon unterstellte: nach aussen freundlich, aber im Inneren mit finstersten Absichten. Proksch war ein Verführer Österreichs, der das Pech hatte, der allergrössten Verführung zu erliegen: sich selbst. |G|



Paul Jandl, Jahrgang 1962, ist Kulturjournalist und Literaturkritiker. Von 1994 bis 2009 war er österreichischer Kulturkorrespondent der NZZ, ab 2010 Feuilletonkorrespondent und Kritiker der deutschen Tageszeitung *Die Welt.* Seit 2017 schreibt er als Kritiker und Essayist wieder für die NZZ, daneben für verschiedene andere Medien im deutschsprachigen Raum.



Weiterführende Literatur

Georg Biron: Der Herr Udo. Das wilde Leben des Udo Proksch. Klagenfurt 2021.

Hans Pretterebner: Der Fall Lucona. Ost-Spionage, Korruption und Mord im Dunstkreis der Regierungsspitze. München 1989.

Hans Pretterebner: Das Netzwerk der Macht. Wien 1993.

Ingrid Thurnher: Auf den Spuren des Udo Proksch. Der Zuckerbäcker, der eine ganze Republik verführte. Salzburg 2011.

Der Hase

Manche meinen, dass er den Mond bewohne, andere glauben, dass er Eier bringe: Aufgrund seiner regen Fortpflanzungspraxis ist der Hase in vielen Kulturen zum Symboltier geworden. Kennen tut man ihn aber schlecht – dauernd wird er mit dem Kaninchen verwechselt.

Text Claudia Mäder **Bild** Marta Zafra



Womöglich gehörten Zürcher Schulkinder zu den ersten Menschen, die Bekanntschaft mit dem Osterhasen machten. Ganz genau ist das natürlich nicht zu sagen bei einem Wesen, das im Geheimen agiert und sich und seine Gaben zu verstecken pflegt. Aber in jedem Fall war die hiesige Jugend vor gut 230 Jahren gehalten, den mysteriösen Hasen in gereimten Strophen zu besingen: «Wie deine Eier, bunt und schön / So musst du wahrlich selbst aussehn / Ist's nicht so was, Freund Osterhaas?» Dieses Stück galt es nach Anweisung einer Sammlung von *National-Kinderliedern* am Osterdienstag vorzutragen – das 1789 in Zürich gedruckte Buch ist eine der frühesten Quellen, in denen der eierbringende Osterhase Erwähnung findet.

Eier zu Ostern waren seinerzeit nichts Neues: Schon lange waren sie als Abgaben gebräuchlich gewesen, die zum Beispiel Pächter an ihre Grundherren zu leisten hatten. Später entwickelten sich daraus Geschenke zwischen Bürgern oder von Eltern an ihre Kinder. Dass aber der Hase diese Eiergeschenke bringen soll, darauf sind die Menschen erst in der Frühen Neuzeit gekommen, und man kann das durchaus erstaunlich finden: Ausgerechnet in der Aufklärung, in der Zeit, da man Tiere besser zu erforschen begann, sie klassifizierte und überhaupt in allen Bereichen den Verstand propagierte – ausgerechnet in dieser Zeit haben die Europäer ein Säugetier zum Eierbringer erklärt und damit auch vielfältige Tiermythologien wiederbelebt.

Der Hase, der sich dank fünf bis sieben jährlichen Würfen enorm schnell vermehrt, war nämlich nicht nur seit der Urzeit als Fruchtbarkeitssymbol bekannt. Das neue Leben, den Zyklus von Vergehen und Werden, den das Tier verkörpert, haben viele Kulturen auch mit dem Mond verbunden: just mit dem Himmelskörper also, nach dem sich bis heute das Datum des Osterfests richtet. Aus allen Weltgegenden sind Sagen überliefert, die von «Mondhasen» berichten und erklären, wieso der Erdtrabant von diesen Tieren bewohnt werde. In einer buddhistischen Geschichte aus dem 4. Jahrhundert vor Christus zum Beispiel bietet sich ein Hase einem schwachen alten Mann als Speise an – der Greis entpuppt sich als Buddha und hängt den Hasen als leuchtendes Beispiel für Opferbereitschaft in den Himmel.

Auf der Erde, so viel ist dank Knochenfunden klar, waren die Hasen schon heimisch, lange bevor die Menschen und ihre Religionen entstanden. Unsere Vorfahren sind dann wohl früh auf die Tiere gestossen, Gravierungen und Malereien in Höhlen zeugen von den Begegnungen. Eine gezielte Nutzung scheint indessen erst relativ spät eingesetzt zu haben: Solange die Menschen noch Grosswild jagten, waren Hasen für die Ernährung nicht bedeutend. Nach der Sesshaftwerdung aber wuchs das Interesse an den kleinen Tieren stetig, bis sie in der Antike schliesslich zu den beliebtesten Jagdobjekten zählten.

Hasenfleisch war etwa in Rom hochgeschätzt. Auf verschiedenste Weise wurde die Delikatesse zubereitet, und um sich einen ständigen Nachschub zu sichern, hielten die Römer auch Hasen in ummauerten

Anlagen gefangen. Diese Leporarien wurden jedoch nicht nur aus rationalen Gründen gebaut, sondern auch «zur Belustigung der Menschen», wie der Schweizer Naturforscher Conrad Gessner im 16. Jahrhundert mit Blick auf die alte Praxis festhielt. Hasen machten den Menschen in der Antike Freude: Gefässe wurden in Hasenform hergestellt, auf Wandgemälden tauchten die Tiere auf, und auch als Geschenke waren sie verbreitet, vor allem unter Liebenden. Die flauschigen Hasen standen für Sinnlichkeit, ihre aktive Fortpflanzungspraxis liess sie als wild und frivol erscheinen. Die Liebesgöttin Aphrodite wurde in der Antike folglich genauso oft in Begleitung von Hasen gezeigt wie Dionysos, der Gott des Rausches und der Ekstase.

Vielleicht war diese sexuelle Konnotation dafür verantwortlich, dass der Hase in der jüdischen Kultur und auch im frühen Christentum als unrein galt. Das Speiseverbot, das die Juden aus dem Alten Testament kannten, hat sich bei den Christen jedoch nicht fortgesetzt, und überhaupt war ihre Interpretation des Hasen meist mehrdeutig. Neben der verpönten sinnlichen Begierde verkörperte das Tier für die Christen auch eine Furchtsamkeit, die sie als vorbildlich sahen: So wie der Hase bei Gefahren sofort die Flucht ergriff, so schreckhaft sollten die Menschen auf den Teufel reagieren, hiess es zum Beispiel im Mittelalter. Da die Hasen weit verbreitet waren und jeder das Wildtier und dessen metaphorische Deutungen kannte, wurden sie oft auch in der Malerei verwendet. Auf Marienbildern erschien der Hase als Fruchtbarkeitssymbol, in Jesus-Porträts konnte er als Sinnbild für das Verfolgtsein auftreten, in Darstellungen des Sündenfalls standen herumtollende Hasen für die grassierende Lasterhaftigkeit im Paradiesgarten.

Wenn der Hase in der bildenden Kunst schon früh eine feste Grösse war, dann ist er dank Albrecht Dürer zum absoluten Star geworden. Mit dem Aquarell *Der Feldhase* hat der deutsche Maler im Jahr 1502 das bis heute vermutlich bekannteste Tierbild der Welt erschaffen. Das Fell des Hasen, den Dürer porträtierte, meint man beim Betrachten des Bildes zu spüren, so fein ist jedes Härchen gezeichnet. Diese Kunst stand für einen Paradigmenwechsel. Statt mit Bildern symbolische Botschaften zu vermitteln, wollte Dürer Tiere oder Pflanzen möglichst exakt darstellen, denn, so sein Credo: «Wahrhaftig steckt die Kunst in der Natur.» Die Formen und Gesetzmässigkeiten der Natur wurden in der Frühen Neuzeit als perfekt angesehen; sie galt es jetzt zu studieren, abzubilden oder genau zu beschreiben. Dieses Bestreben stimulierte auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Natur – der schon erwähnte Conrad Gessner, der gut vierzig Jahre nach Dürer geboren wurde, war einer der ersten Vertreter einer neuen, auf Beobachtung basierenden Forschung.

Dem Hasen widmete Gessner in seinem grossen *Thierbuch* von 1563 mehrere Seiten, wobei er gleich auch das Kaninchen mit abhandelte. Dieses sei, wie er schrieb, «die kleinest Ardt der Hasen». Noch gut zweihundert Jahre später war im *Universal-Lexikon* von Johann Heinrich Zedler Ähnliches zu lesen, das Kaninchen wurde dort als «Zwerg»

des Hasen bezeichnet. Bis heute werden die beiden Tiere oft verwechselt und ihre Namen als Synonyme verwendet. Doch längst ist klar, dass sie zu verschiedenen Gattungen gehören, eine unterschiedliche Anzahl von Chromosomen aufweisen (Kreuzungen zwischen Hasen und Kaninchen sind somit ausgeschlossen) und ihre je eigenen Lebensweisen pflegen. Während sich die Hasen zum Beispiel niemals zähmen liessen, gibt es vom Wildkaninchen seit dem Mittelalter domestizierte Formen. Damals begannen Mönche, die kleinen Tiere in den Klöstern zu halten, denn das Fleisch von neugeborenen Kaninchen durfte gemäss den kirchlichen Regeln sogar in der Fastenzeit gegessen werden. Später setzte auch die Rassenzucht ein, die Kaninchen machten als Haustiere in Stuben und Gärten Karriere und wurden nicht zuletzt für Versuche in Laboren verwendet.

All das blieb den Hasen zwar erspart. Und doch verlief die Entwicklung der beiden Gattungen in neuerer Zeit ähnlich. Sowohl die Hasen als auch die Kaninchen konnten sich im Gefolge der Menschen zunächst stark verbreiten. Der Hase profitierte davon, dass in den vergangenen Jahrhunderten Wälder gerodet wurden und durch die Landwirtschaft neue Lebensräume entstanden, die seinen Vorlieben entgegenkamen. Die Population der wilden Kaninchen wiederum nahm vor allem am anderen Ende der Welt gewaltig zu. 1859 liess sich ein englischer Siedler 24 Exemplare nach Australien schicken, um dort wie gewohnt der geliebten Kaninchenjagd frönen zu können. Innert kurzer Zeit waren die eingeführten *rabbits* überall, denn Feinde wie Dingos, die ihre Vermehrung hätten stoppen können, waren zuvor so gut wie ausgerottet worden. Als die vielen Kaninchen die Ernten zu beschädigen begannen, konnten die Menschen in den Tieren kein Amüsement mehr sehen. Vielmehr galten sie jetzt als Plage – die man mit Millionen von Dollars und allen möglichen Mitteln bekämpfen musste.

Den grössten Erfolg erzielte eine Biowaffe: In den 1950er Jahren wurde ein Virus in die Kaninchenpopulation eingeführt, die Zahl der Tiere sank drastisch. Auch in Europa wurde das Mittel angewandt, die Kaninchenbestände in Frankreich, Spanien oder Grossbritannien sind in der Folge um gut 95 Prozent zurückgegangen. Anders als in Australien, wo sich resistent gewordene Kaninchen seit längerem wieder ausbreiten, sind die Bestände in Europa tief geblieben. Den Hasen ist es in den letzten siebzig Jahren nicht besser ergangen. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben die intensive Landwirtschaft mit Düngern und Pestiziden, die Zersiedelung und der Autoverkehr dazu geführt, dass sie unserer Kultur nicht länger folgen konnten, sondern von ihr dahingerafft wurden. Im Supermarkt mögen die Regale zur Osterzeit voll sein von Hasen. Im richtigen Leben steht das Tier als gefährdete Art auf der roten Liste. |G|



Claudia Mäder, Jahrgang 1980, ist Redaktorin bei der *NZZ am Sonntag.*

Weiterführende Literatur

Birgit Gehrisch: «Lepusculus Domini, Erotic Hare, Meister Lampe». Zur Rolle des Hasen in der Kulturgeschichte. Giessen 2005.

Bruce Munday: Those Wild Rabbits. How They Shaped Australia. Mile End 2017.

Marianne Taylor: The Way of the Hare. London 2017.

Illustration: Agata Marszalek

Zugaben

Als wäre alles echt

Wie bringt man die freie Wildbahn in eine Ausstellung? Ein Besuch im Naturhistorischen Museum Bern, wo sich Stefan Hertwig nicht nur mit Zoologie beschäftigt, sondern auch mit der Alterung von Kunststoffen und dem Erbe des Kolonialismus.

Text Daniel Di Falco **Bild** Beat Schweizer

Auch künstliche Natur braucht Pflege. Stefan Hertwig leitet die Abteilung Wirbeltiere im Naturhistorischen Museum Bern, und er zeigt auf das Laub am Boden: «Materialermüdung.» Der Baum verliert Blätter, dabei ist im zentralafrikanischen Regenwald keine Trockenzeit angebrochen. Doch Kunststoff altert. «Mit den Jahren lösen sich die Weichmacher, dann wird er brüchig.» Den Rest vollbringt die Schwerkraft, und weil die Farbe der Plastikblätter nicht ebenfalls gelitten hat, sind sie nicht welk gefallen, sondern grün.

Auf der dunkelbraunen Erde sieht das ein bisschen unnatürlich aus, wenn man als Besucher vor der Scheibe steht und ins Diorama blickt. Der nachgebaute Regenwald ist das Zuhause von drei Okapis – Tieren, die Giraffen gleichen, aber einen kurzen Hals und ein Zebramuster an den Beinen haben. Das Männchen reckt den Kopf und streckt die Greifzunge in die Äste, um ein Blatt abzureissen. Das tut es mit demselben Appetit seit 1958, dem Jahr, als man es ausstopfte. «Aber sagen Sie bloss nicht ‹ausgestopft›», sagt Stefan Hertwig. «Die Präparatoren hassen das zu Recht. Es heisst ‹präpariert›.» Präpariert, weil Präparatoren nichts ausstopfen, im Gegenteil: Aus einer Modelliermasse bilden sie detailgetreu die Anatomie des Tiers, dann kleiden sie es in Haut und Fell.

Auch wenn es die präparierten Okapis vielleicht nicht für nötig halten: Ihr Futterbaum wird nächstes Jahr ersetzt, «im Rahmen des üblichen Unterhalts», laut Hertwig, genau wie die zerfallenden Grasbüschel bei den Nashörnern, den Nachbarn der Okapis in der Ausstellung *Tiere Afrikas*. Eine Etage höher, bei den *Tieren der Schweiz,* hat Hertwig eine Singdrossel in «bedenklicher Schräglage» ausgemacht: Das Drähtchen, das den Vogelfuss fixiert, ist aus dem Loch im Fels gerutscht. Wieder Materialermüdung, wieder in Tatgemeinschaft mit der Schwerkraft.

Mag sein, dass die meisten Besucher solche Dinge übersehen. Aber es sind Risse im Realismus, ein Makel, der die Illusion verrät. Und auf Illusion ist in Dioramen alles angelegt: Dem Betrachter soll das Gezeigte wie die Wirklichkeit erscheinen. Das betrifft die Exponate, die echt oder so echt wie möglich sind, doch der Realismus endet damit nicht: Dioramen täuschen ganze Welten vor. Wo in einer Vitrine der Blick an der Rückwand endet, sieht man in einem Diorama wie durch ein Fenster hinaus in eine Landschaft.

Die räumliche Tiefe entsteht durch eine gemalte Kulisse, und die Wirkung lässt sich noch verstärken, indem man den Übergang vom dreidimensionalen Vordergrund zum zweidimensionalen Hintergrund tarnt, den Boden leicht nach unten neigt, den Himmel krümmt, den Abbildungsmassstab je nach Perspektive variiert und eine natürliche Beleuchtung imitiert, während der Betrachter im Halbdunkeln steht. Das ergibt eine Art Kino mit unbewegten Bildern.

Kein Wunder, war der erste überlieferte Anwender dieser Technik der französische Unterhaltungsunternehmer Louis Daguerre. Bevor er sich als Pionier der Fotografie betätigte, staunte



«Sagen Sie bloss nicht ‹ausgestopft›.» Stefan Hertwig mit einem Spitzmaulnashorn (links) und einem Nördlichen Breitmaulnashorn. Die Hörner hat man durch Attrappen ersetzt, um Elfenbeindiebe abzuhalten.

in den 1820er Jahren das Publikum in Paris und in London über seine Dioramen, die pittoreske Landschaften und geschichtliche Sehenswürdigkeiten zeigten. Ende des 19. Jahrhunderts bauten dann die ersten Naturkundemuseen Dioramen, sie wollten die Tiere inmitten ihrer natürlichen Umgebung präsentieren. Dafür stellten sie neben den Präparatoren Theatermaler wie Daguerre oder Bühnenbauer an.

Im Naturhistorischen Museum Bern entstanden die ersten Dioramen in den 1930er Jahren. «Heute sind sie ein Museum im Museum», sagt Stefan Hertwig. Zwar seien sie nach wie vor eine grosse Attraktion. «Aber wir bauen nur noch ausnahmsweise neue. Die Ausstellungsmacher arbeiten mit abstrakteren Formen der Darstellung.» Könnte es sein, dass der Illusionismus aus der Mode geraten ist, ganz generell, auch im Theater oder in den Romanen? Dass er als naiv gilt? Und dass das daran liegt, dass wir in der Postmoderne leben, einer Kultur, in der man um jeden Preis das «Konstruierte» der Wirklichkeit kenntlich machen will?

Hertwig zuckt mit den Schultern. «Das kann schon sein. Ich bin auf alle Fälle froh, dass man in Bern die Dioramen nicht entsorgt hat, anders als in vielen Museen.» Vor allem die *Tiere der Schweiz* haben es Hertwig angetan. «Eine solche Artenvielfalt auf derart kleinem Raum bekommen Sie kaum ein zweites Mal zu sehen.» Zudem bekäme man die Präparate auch kein zweites Mal zusammen, da viele Arten mittlerweile geschützt oder ausgestorben sind. Unweit der Singdrossel hüten zwei Mauerläufer ein Nest mit vier frisch geschlüpften Jungen.

Stefan Hertwig ist selber Zoologe. Er hat seine Doktorarbeit 2005 im deutschen Jena abgeschlossen, sein Thema waren Fische. Genauer: die Zahnkärpflinge und die Evolution ihrer Kiefermuskulatur «unter phylogenetischen und funktionsmorphologischen Aspekten». Im Museum vermittelt er naturwissenschaftliche Erkenntnisse einem breiten Publikum. Dafür seien die Dioramen auch heute noch geeignet – sofern man nicht vergesse, dass sie nicht nur Fauna und Flora konservieren: «In den Dioramen steckt auch die Zeit, in der sie entstanden sind.»

Letztes Jahr wurden die *Tiere Afrikas* überarbeitet. Die Dioramen sind unberührt geblieben, aber umso ausführlicher ist in einem einführenden Kapitel nun von ihrem Making-of die Rede. So erfährt man, dass das Berner Museum «von den kolonialen Strukturen profitierte». Das betrifft namentlich die zwei Dutzend Dioramen, die den Kern der Ausstellung bilden: Sie verdanken sich den Expeditionen Bernard von Wattenwyls, eines Berner Patriziers und Grosswildjägers, der 1923/24 gemeinsam mit seiner Tochter Vivienne in Kenya mehr als hundert Tiere für das Museum beschaffte. Kenya war eine britische Kolonie, und von Wattenwyl bekam von der Kolonialverwaltung, was er brauchte – Jagdpatente, Unterkünfte, Transportmöglichkeiten, Einheimische, die für ihn als Spurenleser und Abhäuter tätig waren.

Das Foto, das ihn triumphierend mit seiner Beute zeigt, ist aus der Ausstellung verschwunden. Die koloniale Ära hat aber auch subtilere Spuren hinterlassen, und zwar in den Dioramen selber. «Man sieht hier kein menschliches Leben weit und breit», sagt Hertwig, «keine Strasse, keinen Zaun, keine Rinderherde.» Und das sei schon eine Idealisierung gewesen, als man die Dioramen baute. «In Europa stellte man sich Afrika als unberührte Wildnis vor. Man überging, dass es dort auch Menschen und Gesellschaften gab.» Umso legitimer war aus europäischer Sicht die «Zivilisierung» dieses Kontinents.

Es gibt noch eine Unwahrheit in den Dioramen, aber die hat nichts mit Ideologie zu tun. Viele Tiere sind wie menschliche Familien des 20. Jahrhunderts dargestellt: Vater, Mutter, Kind. «Das ergab sich aus rein praktischen Gründen. Man wollte im gleichen Diorama alle Formen einer Spezies präsentieren.» Wie sie sich wirklich verhalten, kann man bei den Steinböcken ebenso nachlesen wie bei den Bongos, einer Antilopenart: «Männchen leben als Einzelgänger getrennt von den Weibchengruppen mit ihren Jungen.»

Das Gleiche steht bei den Okapis. Aber die halten das für Theorie: Mutter und Kind sehen weiter gebannt zu, wie der Vater mit seiner Zunge die Kunststoffblätter von den Ästen rupft. |G|

www.nmbe.ch/de/ausstellungen/tiere-afrikas

Impressum

Ausgabe 45, April 2023

Redaktion
Redaktionelle Leitung: Lea Haller
Redaktion: Daniel Di Falco
Art Direction: Claudio Gmür
Bildredaktion: Barbara Stauss
Korrektorat: Christina Heyne, Barbara Stuppia

Wissenschaftlicher Beirat
Prof. Dr. Irène Herrmann, Universität Genf
Prof. Dr. Caspar Hirschi, Universität St. Gallen
Prof. Dr. Gisela Hürlimann, TU Dresden
Prof. Dr. Sacha Zala, Universität Bern

Chefredaktorin Magazine der «NZZ am Sonntag»
Nicole Althaus

Adresse Redaktion
NZZ Geschichte, Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich
Tel. +41 44 258 11 11, geschichte@nzz.ch

Verlag
Neue Zürcher Zeitung AG, Postfach, CH-8021 Zürich

Leserservice
Tel. +41 44 258 10 00, leserservice@nzz.ch
www.nzz.ch/leserservice

Jahresabonnement
NZZ Geschichte (inkl. E-Paper):
98 Fr. (Schweiz), 107 € (Deutschland und Österreich),
107 Fr. (übriges Ausland)
NZZ Geschichte digital (E-Paper):
98 Fr. (Schweiz), 90 € (Ausland)
Tel. +41 44 258 10 00, go.nzz.ch/geschichte

Einzelheftbestellung (inkl. Mehrwertsteuer und Porto)
19 Fr. (Schweiz und Ausland),
shop.nzz.ch/geschichte, shop@nzz.ch

Anzeigenverkauf
NZZone, Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich
Tel. Deutschschweiz +41 44 258 16 98,
Westschweiz +41 21 311 48 95
inserate@nzz.ch, www.nzzone.ch

Konzept und Creative Direction
Winkreative

Druck
Multicolor Print AG, Baar

Management
Unternehmensleitung: Felix Graf
Projektleitung: Lukas Leuenberger

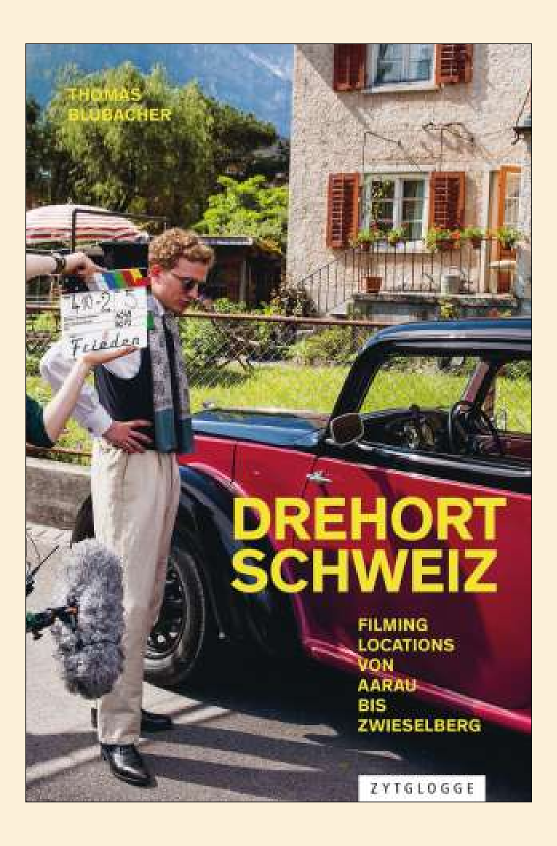
Nächste Ausgabe
19. Mai 2023

ISSN 2297–2722

Korrigendum
Im Editorial und im Inhaltsverzeichnis der Ausgabe Nr. 44 ist uns ein Fehler unterlaufen: Die Russische Revolution beziehungsweise die beiden russischen Revolutionen fanden natürlich 1917 statt, nicht 1918.

Achtung, Klappe!

Thomas Blubacher: Drehort Schweiz. Filming Locations von Aarau bis Zwieselberg. Zytglogge 2022. 384 S., um 39 Fr.



lha. Die Schweiz ist nicht nur Tourismusdestination, Bankenplatz und Handelsdrehscheibe – sie ist auch Kulisse. Hier wurden rund fünftausend Filme realisiert. Der Autor und Regisseur Thomas Blubacher lässt über 700 davon Revue passieren, wobei es ihm nicht um den jeweiligen Plot geht, sondern um die Schauplätze.

Ein bisschen wie im Roadmovie *Reisender Krieger* von Christian Schocher (Kinostart 1982) kommt man sich bei der Lektüre vor. Dessen Drehorte fehlen zwar, dafür landet man in Glattfelden, wo einst das grösste Filmstudio der Schweiz stand und zwischen 1999 und 2006 die «Schoggi-Soap» *Lüthi und Blanc* gedreht wurde. In Ernen im Wallis mutierte Wilhelm Tell 1933 im gleichnamigen Film zum «Führer». In Aubonne beschaffte sich der Knecht Pipe 1979 sein Moped für *Kleine Fluchten,* und 2012 diente die stillgelegte Textilfabrik Stoffel in Mels 370 Statisten als Flüchtlingslager Diepoldsau für die *Akte Grüninger.*

Indigener Widerstand

Aram Mattioli: Zeiten der Auflehnung. Klett-Cotta 2023. 464 S., um 38 Fr.

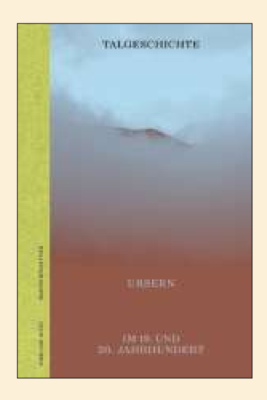
ddf. Wie bezwingt man eine Weltmacht wie die USA? Man nimmt sie beim Wort. Es war 1919, im Kampf um Land für sein Volk, als Robert Yellowtail, Vertreter der Crow, vor eine Kommission des Senats trat und die Senatoren verblüffte: Wie ihnen selbst, argumentierte er, seien auch den «American Indians» jene unveräusserlichen Menschenrechte angeboren, die Thomas Jefferson in der Unabhängigkeitserklärung der USA von 1776 so eindrücklich beschworen habe. Yellowtails Auftritt war, wie man im neuen Buch des Historikers Aram Mattioli erfährt, ein entscheidender Moment in einer bisher wenig beachteten Geschichte: Fast ausgelöscht, nahmen Nordamerikas Ureinwohner im 20. Jahrhundert ihr Schicksal in die Hand. Dass sie dabei Schlüsselkonzepte der westlichen Denktradition übernahmen, etwa die Menschenrechte, war Teil ihres Erfolgs im Kampf um Selbstbestimmung.



Alpweiden, Bergstürze, Transitverkehr

Martin Schaffner: Talgeschichte. Ursern im 19. und 20. Jahrhundert. Hier und Jetzt 2023. 180 S., um 34 Fr.

lha. Wo liegt Silenen? In einer Beiz nahm einer den Stift, zog eine senkrechte Linie auf ein Blatt Papier, machte oben ein N für Norden, unten ein S für Süden und in der Mitte einen kleinen Kreis für die Ortschaft im Kanton Uri. Sie liegt im Zentrum einer kontinentalen Verkehrsachse, hiess das. Die Lage prägte auch das nahe Urserntal: «Ursern war nie ein stilles Bergtal», so der Historiker Martin Schaffner in seiner *Talgeschichte*. Es ist eine



Sammlung von Geschichten im Plural. Welchen Stellenwert hatte die «Allmeini», die gemeinsam genutzte Allmende? Wie formte die Alpenbewirtschaftung die Landschaft? Wer schleppte das Holz? Und wie ging man mit Naturkatastrophen um? Schaffner zeigt: Die Topografie prägt einen Ort – und die Menschen, die dort leben.

Bilder machen Leute

Eliane Kurmann: Fotogeschichten und Geschichtsbilder. Campus 2023. 393 S., um 59 Fr.



ddf. Wie objektiv sind Fotos? In ganz Tansania kennt man das Porträt von Songea Mbano: Es zeigt einen Helden, einen Anführer im Kampf gegen die deutsche Kolonialherrschaft um 1900. Entstanden ist das Bild aber nicht im Widerstand: Mbano war Gefangener in einem Lager, wo ihn ein deutscher Fotograf ablichtete, um die Minderwertigkeit der Afrikaner rassenkundlich zu beweisen und die Kolonisierung zu rechtfertigen. Mit diesem und zwei weiteren exemplarischen Fällen aus der Geschichte Tansanias zeigt Eliane Kurmann in ihrer Studie, wie eine ehemalige Kolonie einen eigenen Blick auf die Vergangenheit entwickelt hat – und eine eigene Deutung der Bilder jener Ära. Dabei wird klar, wie mehrdeutig Fotografien immer sind: Was sie darstellen, hängt von den Texten ab, mit denen man sie beschriftet.

Lange Nazi-Schatten

Hans-Hermann Klare: Auerbach. Eine jüdisch-deutsche Tragödie oder Wie der Antisemitismus den Krieg überlebte. Aufbau 2022. 475 S., um 40 Fr.

sca. Philipp Auerbach war der bekannteste Jude in Deutschland nach dem Krieg. Als Staatskommissar stritt er für eine Wiedergutmachung für KZ-Überlebende. Er selbst hatte mit gebrochenen Kniescheiben im Steinbruch von Auschwitz gelegen und einen Todesmarsch überstanden. Doch während sich die Bundesrepublik mit ihren Alt-Nazis einrichtete, wurde der jüdische Staatskommissar diesen lästig: 1952 fand sich Auerbach in einem haarsträubenden Gerichtsprozess über Veruntreuung wieder. Hans-Hermann Klare schildert, wie der Antisemitismus nach dem Krieg weiterlebte – und wie Richter mit NS-Vergangenheit Auerbach am Ende zermürbten. «Mein Blut komme auf das Haupt der Meineidigen», schrieb er nach der Urteilsverkündung. Dann schluckte er eine Überdosis Schlaftabletten.



China, griffig erklärt

Klaus Mühlhahn: Geschichte des modernen China. Von der Qing-Dynastie bis zur Gegenwart. C. H. Beck 2022. 760 S., um 54 Fr.

ddf. War es der Westen, der im 19. Jahrhundert für Chinas Niedergang sorgte? So sehen es viele Historiker, und sie blicken dabei auf die Niederlagen in den beiden Opiumkriegen und im Boxeraufstand. In seiner neu aufgelegten *Geschichte des modernen China,* ebenso prägnant gedacht wie geschrieben, kommt Klaus Mühlhahn zu einem anderen Schluss: Die Krise dieser Weltmacht begann früher. Nach 1800 brachen Exportmärkte weg, Ineffizienz und Korruption höhlten den Staat aus. Für Mühlhahn sind es die «Institutionen», die Chinas Entwicklung in den letzten vierhundert Jahren am besten erklären – die konkreten Formen des Regierens, des Wirtschaftens und des sozialen Lebens. So hätten die traditionellen Familienfirmen am meisten zum Wirtschaftsboom der jüngsten Zeit beigetragen.



Welt gestalten

Adom Getachew: Die Welt nach den Imperien. Suhrkamp 2022. 448 S., um 40 Fr.

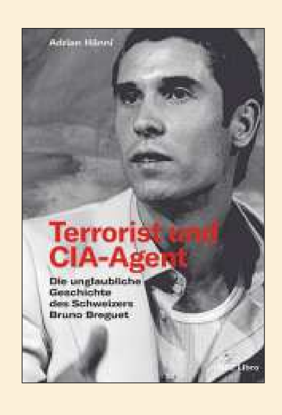


lha. 1960 gilt als «afrikanisches Jahr». Erst drei Jahre waren vergangen, seit Ghana unabhängig geworden war; nun traten 17 afrikanische Staaten den Vereinten Nationen bei. Im Dezember wurde die Uno-Resolution 1514 verabschiedet: Sie erklärte die Fremdherrschaft als Menschenrechtsverletzung und forderte das sofortige Ende aller kolonialer Herrschaft. Die äthiopisch-amerikanische Politologin Adom Getachew zeigt: Was heute gern als zwangsläufige Entwicklung vom Imperium zum Nationalstaat verstanden wird, war ein Ringen um Selbstbestimmung in einer unfertigen Welt. Die Theoretiker der antikolonialen Bewegungen verfolgten keinen kruden Nationalismus, sie dachten grösser. Sie loteten Spielräume einer gerechten internationalen Ordnung aus – diese wurden nicht genutzt.

Terrorist aus dem Tessin

Adrian Hänni: Terrorist und CIA-Agent. Die unglaubliche Geschichte des Schweizers Bruno Breguet. NZZ Libro 2023. 291 S., um 36 Fr.

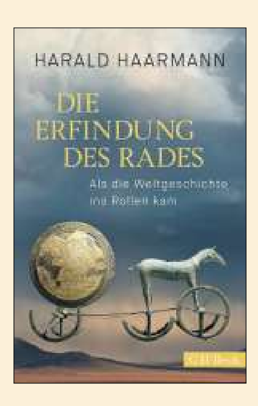
yr. Am 23. Juni 1970 kommt Bruno Breguet, ein Tessiner Gymnasiast, mit dem Dampfschiff «Enotria» in der israelischen Küstenstadt Haifa an. Nach einer Leibesvisitation richten die Grenzbeamten ihre Maschinenpistolen auf ihn: In einem weissen Stoffgürtel führt Breguet zwei Kilogramm Sprengstoff mit, auf einem Zettel hat er notiert, wie er sie am Shalom Tower in Tel Aviv anbringen will. Der Historiker Adrian Hänni zeichnet das Leben eines Mannes nach, der 1968 politisiert wurde, sich nach der Verurteilung dreier palästinensischer Terroristen radikalisierte und bei der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) anheuerte. Nach seiner Haft in israelischen Gefängnissen schloss er sich einer antiwestlichen Söldnertruppe an, später wechselte er die Seite und wurde CIA-Spion. 1995 verschwand er spurlos.



Rollen, rotieren, ineinandergreifen

Harald Haarmann: Die Erfindung des Rades. Als die Weltgeschichte ins Rollen kam. C.H. Beck 2023. 191 S., um 29 Fr.

lha. Am 6. Februar 1934 hielt der Philosoph Oswald Spengler in München einen Vortrag zum Thema «Der Streitwagen und seine Bedeutung für den Gang der Weltgeschichte». Keine Waffe, so Spengler, sei so «weltverwandelnd» geworden wie der Streitwagen, nicht einmal die Feuerwaffen. Das Angreifen auf Rädern habe die Kriegsführung zur hohen Kunst gemacht und der Kriegerkaste politischen Einfluss verschafft. Ägypten ist, wie der Kulturwissenschafter Harald Haarmann in diesem Buch zeigt, ab 1550



vor unserer Zeit damit zur Grossmacht geworden. Was Haarmann ebenfalls zeigt: Das Rad wurde mehr als einmal erfunden. Zuerst hat das Töpferrad die Modellierkunst revolutioniert. Später trieben das Spinn- und das Zahnrad industrielle Revolutionen voran.

Die Macht der Papiere

Urs Hardegger: Für einen Pass und etwas Leben. Roman. Nagel & Kimche 2022. 240 S., um 37 Fr.

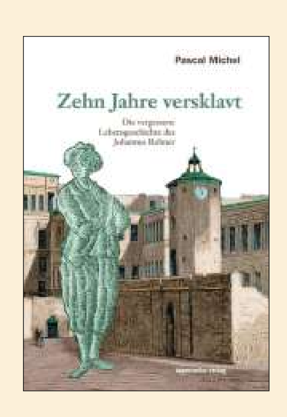


ddf. Waren es 30 000, wie die beste Schätzung besagt? Oder weniger? Oder doch mehr? Abgesehen davon, dass man aufgrund der lückenhaften Akten nie ganz genau wissen wird, wie viele Zivilflüchtlinge im Zweiten Weltkrieg an der Schweizer Grenze abgewiesen wurden: Statistiken erzählen keine Geschichten. Urs Hardegger tut es. Sein Roman verbindet die realen Fälle dreier jüdischer Flüchtlinge, die ihre Erfahrungen mit den Schweizer Behörden machten. Im Zentrum: Fanny Schulthess-Hirsch, die in Genf für eine Hilfsorganisation arbeitet und versucht, Pässe für Juden in Deutschland zu besorgen. Das ist ein Kampf gegen die Bürokratie mit bürokratischen Mitteln – es geht um Formulare, Listen und Papiere, aber die entscheiden über Leben und Tod. Das schildert Hardegger ohne Pathos und eben darum ergreifend.

Verschleppt

Pascal Michel: Zehn Jahre versklavt. Die vergessene Lebensgeschichte des Johannes Rohner. Appenzeller Verlag 2023. 128 S., um 35 Fr.

lha. «Nach einer Fahrt von fünf Tagen und fünf Nächten langten wir in Tunis an, und wir waren nun in Sklaverei.» Das erlebte 1796 nicht etwa ein schwarzer Gefangener, auch wenn solche damals zu Tausenden über den Atlantik verschifft und an Plantagenbesitzer verkauft wurden. Notiert hat die Geschichte der aus Appenzell Ausserrhoden stammende Johannes Rohner. Ein weisser Christ als Sklave? Das Phänomen war verbreitet: Zwischen 350 000 und 1,25 Millionen Europäer gerieten in der Frühen Neuzeit in Nordafrika in Sklaverei. Johannes Rohner wurde als Söldner auf See von muslimischen Freibeutern gefangen genommen und verbrachte zehn Jahre als Haussklave in Bardo bei Tunis. Der Historiker Pascal Michel erzählt, was er erlebte und wie er mithilfe Frankreichs wieder freigekauft werden konnte.



Meinrad Inglin: Schweizerspiegel

Von Bruno Lezzi

Vor mehr als fünfzig Jahren empfahl mir Peter von Matt, der damalige Assistent und spätere Nachfolger des Zürcher Germanistikprofessors Emil Staiger, mich mit dem Bild des Soldaten in Meinrad Inglins Roman *Schweizerspiegel* von 1938 zu befassen. Damit erhielt ich Zugang zu einem Buch, das mich seither begleitet. Die Lektüre der ebenso farbenreichen wie nuancierten Schilderung der Schweiz zwischen 1912 und 1918 – von aussen militärisch bedroht und im Innern durch den Generalstreik und die Grippepandemie belastet – lohnt sich gerade jetzt wieder: in einer Zeit, in welcher der Krieg Russlands gegen die Ukraine die Welt in Atem hält und auch die Schweiz vor heikle staatspolitische Fragen stellt.

Am Beispiel einer weit verästelten Familie zeigt Inglin die gesellschaftlichen und politischen Bruchlinien der Schweiz zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Bilderbuchkarrieren beginnen zu bröckeln. So vermag etwa der Patron der Familie Ammann, Nationalrat und Brigadekommandant, den militärischen Anforderungen nicht mehr zu genügen; er scheitert kläglich in einem Manöver. Auch die Fassade scheinbar gefestigter Bürgerlichkeit bekommt Risse. Zwei der drei Söhne Alfred Ammanns engagieren sich in verfeindeten ideologischen Lagern.

Nicht zuletzt die Milizarmee, der Inglin einen breiten Platz einräumt, reagiert seismografisch fein auf Veränderungen der Zeitumstände und Lebenswelten. Das wusste Inglin, der als Infanterieleutnant Aktivdienst geleistet hatte, aus eigener Erfahrung. Physische Strapazen, Langeweile im Grenzeinsatz und Krankheit sowie das zunehmend aufgeheizte politische Klima setzen der Truppe zu. In dieser Lage behält eine der für mich immer noch faszinierendsten Romanfiguren den Überblick: der unerbittlich strenge Divisionskommandant Bosshart, ein hoher Militär, aber kein Militarist. Im Vertrauen auf die Kraft der demokratischen Schweiz lehnt er das Ansinnen seines Neffen ab, die Führung einer rechtskonservativen Bürgerwehr zu übernehmen.

Meinrad Inglins monumentales Werk vermittelt in meinen Augen immer noch das eindrücklichste Bild jener schwierigen Zeit. Wie andere grosse dichterische Zeitgemälde – etwa die Romane aus Émile Zolas Rougon-Macquart-Zyklus – lässt auch der *Schweizerspiegel* viele geschichtswissenschaftliche Bücher verblassen. |G|



Bruno Lezzi, Jahrgang 1945, war NZZ-Redaktor und Lehrbeauftragter für Sicherheitspolitik an der Universität Zürich. Bei der Edition Königstuhl erschien kürzlich sein autobiografischer Rückblick *Von Feld zu Feld. Ein Leben zwischen Armee, Journalismus und Politik.*

Illustration: Jindrich Novotny



NZZ
GESCHICHTE
China und der Westen
Ein Ringen um Macht



Master of Advanced Studies in Applied History

Weiterbildungsprogramm in Applied History 2023–2025

Der MAS Applied History, ein seit mehr als einem Jahrzehnt erfolgreicher Studiengang der Universität Zürich, bietet eine praxisorientierte Ausbildung auf hohem Niveau, die Ihre berufliche Qualifikation auf einzigartige Weise ergänzt. Sie eignen sich analytische Fähigkeiten an, schulen Ihre Kommunikationskompetenz, erweitern Ihren Bildungshorizont und erwerben in konzentrierter Form historisches Wissen.
Gut 100 Dozierende unterrichten Sie in Zürich und im Rahmen mehrtägiger Schools, die u.a. in Rom, Kopenhagen, Brüssel und in der Türkei stattfinden.

Ihr Profil: Sie sind vielseitig interessiert, verfügen über ein abgeschlossenes Hochschulstudium in einer beliebigen Fachrichtung oder über eine vergleichbare Qualifikation (Entscheidung über die Aufnahme sur dossier).
Das zweijährige, berufsbegleitend angelegte Studium behandelt in 31 Modulen u. a. folgende Themen:

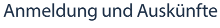
- Wirtschaftskrisen, Geschichte der Rohstoffe
- Megatrends: Globalisierung, Urbanisierung, Religion
- Massenbewegungen und Revolutionen
- Weltperspektiven: Russland, Japan, China, Naher Osten

Vier verschiedene Studiengänge stehen Ihnen offen:

- MAS Applied History (CHF 24’900)
- DAS Applied History (CHF 17’900)
- CAS Applied History (CHF 9960)
- CAS Applied Economic History (CHF 9960)

Das 18. Curriculum beginnt am 2. Juni 2023.
Anmeldefrist: 15. April 2023.





MAS Applied History
Historisches Seminar
Universität Zürich

Tel: +41 (0)44 634 47 97
applied-history@hist.uzh.ch
www.mas-applied-history.ch